

Nr. 3

15.-21. Januar 1990

BRD 2, - DM
Österreich 10, - ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2, - DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

AFGHANISTAN:
10 Jahre danach

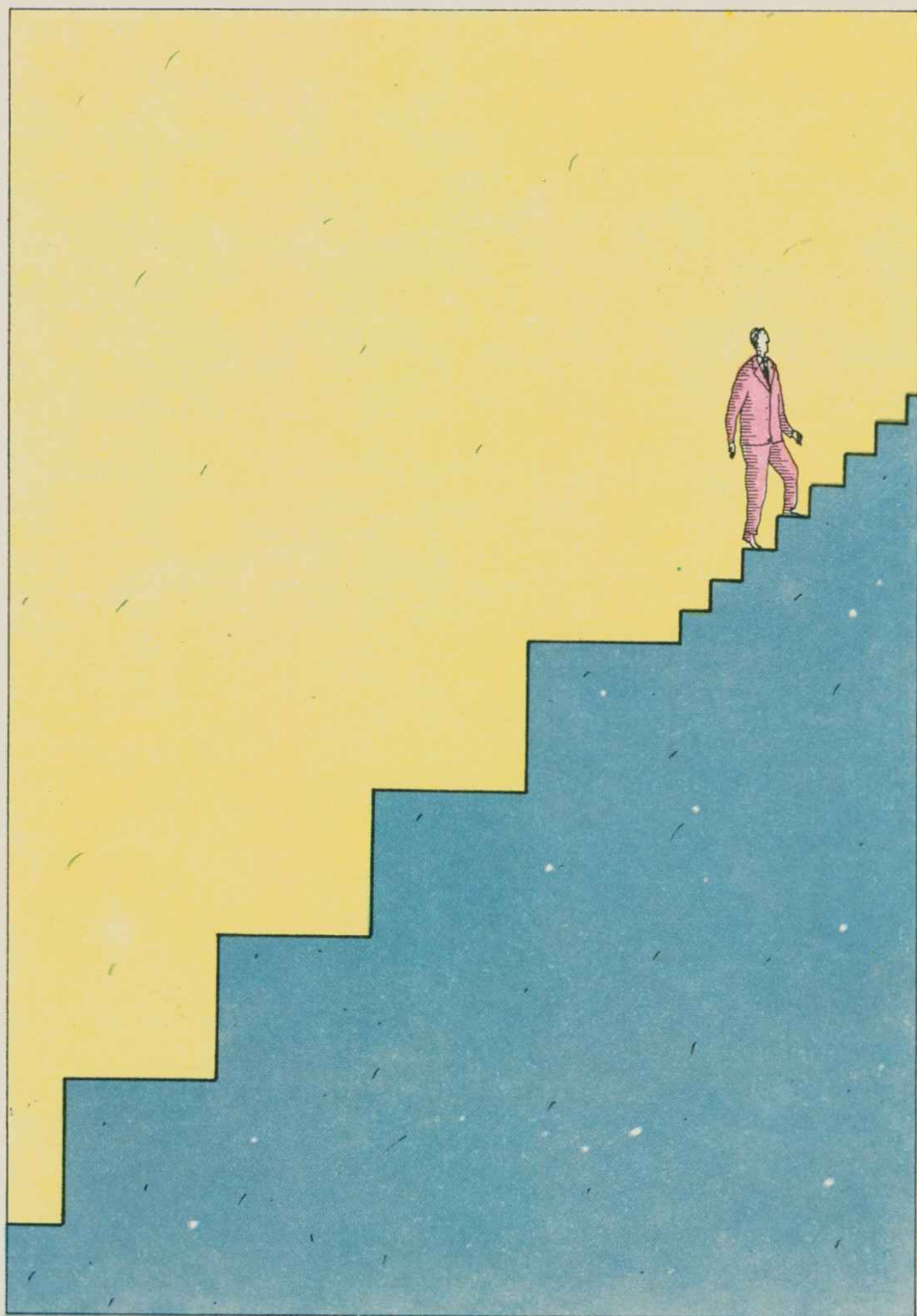


Im Reiche des Todes: Die Welt der Aids-Infizierten

DER „DRITTE WEG“: Japans Standpunkt



PERSPEKTIVEN



Zeichnung: Igor Schejin

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

RUMÄNIEN *D. Pogorshelski, S. Swirin* AUS DER MACHT DER FINSTERNIS BEFREIT 5

EXKLUSIV FÜR DIE NZ

Silviu Brucan: DIE PARTEI STAND ABSEITS 6

NZ-STANDPUNKT *W. Shitomirski* VERSPÄTETE GLASNOST 8

AFGHANISTAN *G. Arijewitsch* IM KRIEG NACH DEM KRIEG 9

POLEN *R. Borecki* ERNEUERUNG ODER SPALTUNG? 12

JAPAN – UdSSR

K. Sugimori DRAMA FÜR ZWEI PERSONEN oder: Hinter den Kulissen

eines geplanten Staatsbesuchs 14

USA – PANAMA *J. Kudimow* DIE ACHILLESFERSE DES „STARKEN MANNES“ 16

VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE

V. Ganjuschkin, W. Lebedew FATA MORGANA

ZUM ANFASSEN 17

NAHER OSTEN *E. Wejzman* GENUG KRIEG GEFÜHRT 20

NZ-UMFRAGE

WIR SIND NUN MAL NEUGIERIG 23

NZ-STANDPUNKT *R. Jengibarjan*

AUF DEM WEG ZU ENDLOSER ZERSTÜCKELUNG? 27

SPANNUNGSSHERDE *M. Schakina*

ZÜNDELN AN DER GRENZE 28

S. Tatarinow „SCHWER ZU ERKLÄREN“ 28

ASERBAIDSHANER IM IRAN 30

FRAUEN-LOGIK *T. Iwanowa* MIT DORSCH VERWECHSELT? 31

MEDIZIN UND ETHIK *K. Cahill* KOMPLOTT DES VERSCHWEIGENS 32

L. Jelin IM „HIV-HOTEL“ 34

JUNGE WELT *S. Solowejschik* ICH LERNE AN EINER AMERIKANISCHEN UNIVERSITÄT 36

FESTIVAL „NOWOJE WREMJA“ *G. Kremer* DER MUSIK ZU IHREN RECHTEN VERHELFFEN 39

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT *A. Sacharow* GEDANKEN AN FORTSCHRITT,

FRIEDLICHE KOEXISTENZ UND INTELLEKTUELLE FREIHEIT 40

KUNST *N. Sorkaja* STENKA RASIN AN DER SEINE 46

SPORT UND POLITIK *A. Nowikow* IN DER SALASKIN-STRASSE, IN ASUNCION... 48



Rumänien,
aus der Macht
der Finsternis
befreit

S.5



Festival
des russischen
vorrevolutionären
Films in Paris

S.46



Zwischenfälle
an der sowjetisch-
iranischen Grenze

S.28

Titelbild: Viktor Brel

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-42-23, 200-41-92

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
 (verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
 (stellv.
 Chefredakteur),
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
 (stellv. Chefredakteur),
Leonid MLETSCHIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
 (1. stellv.
 Chefredakteur),
Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW
 Gestaltung:
Igor SCHEJIN
 Verantw. Redakteur
 der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier
 Jewgeni BOBROW;
Belgrad
 Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
 Anatoli KOWRIGIN;
Bonn
 Nikita SHOLKWER;
Bukarest
 Sergej SWIRIN;
Delhi
 Sergej IRODOW;
Havanna
 Vitali SOBOLEW;
Lusaka
 Nikolai RESCHETNIAK;
Managua
 Juri KUDIMOW;
New York
 Jewgeni ANDRIANOW;
Rom
 Pawel NEGOIZA;
Stockholm
 Alexander POLJUCHOW;
Tokio
 Wladimir
 OWSJANNIKOW.

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Casy“
 Jan LYSEK;
Prag, „Nova doba“
 Vladimir TRAVNICEK;
Athen, „Nei Keri“
 Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

**„Mit den Augen eines Ausländers“
 (Nr. 43/89)**

■ Es war mir ein inneres Bedürfnis, Ihrer Einladung folgend, mich zum Brief des Mexikaners Javier Jimenez Hernandez zu äußern. Nicht nur ich, auch alle meine Bekannten, wahre Freunde Ihres Landes, teilen vollauf seine Sorge. Wir können einfach nicht glauben, daß es bei Ihnen tätliche Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Nationalitäten gibt, Losungen aufgestellt werden, die die Bürger nach der Sprache und nationalen Merkmalen klassifizieren.

Die Verzerrung der Normen der sozialistischen Demokratie führte dazu, daß das werktätige Volk seine große aufbauende Kraft einbüßte. Die Situation ist nun erkannt, der Ausweg aus dieser Situation mittels Perestroika und Demokratisierung

der Gesellschaft gefunden. Nun muß man die Sache unverzüglich anpacken.

Ich habe in Ihrer Zeitschrift gelesen, daß die Wirtschaftswissenschaftler über die große Geldmasse beunruhigt sind, die sich bei der Bevölkerung angestaut hat. Ich glaube, es wäre für den Staat von Vorteil, langfristige Anleihen auf Wohnraum aufzunehmen, damit die „überflüssigen“ Millionen aus dem Verkehr zu ziehen und auf diese Weise jeden, der es wünscht, mit Wohnraum zu versorgen. Ein anderer Vorschlag: Warum sollten sich Ihre Aktiengesellschaften nicht an potentielle Anleger im Ausland wenden, die dafür Devisen bezahlen? Und noch etwas: Warum sollten Sie an Ihren Hochschulen nicht Ausländer gegen Gebühr studieren lassen (wieder Devisen)?

Ich schreibe das alles allein aus

dem Wunsch heraus, Sie wenigstens mit Worten, wenn schon nicht mit Taten, bei Ihrer Perestroika zu unterstützen. Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen, daß die Perestroika Erfolg hat und die Bedenken von Hernandez und unsere Bedenken zerstreut werden.

Alexej Anastasopoulos
 Saloniki, Griechenland

**Leserbrief von K. Ettinger,
 Kanada (Nr. 38/89)**

■ Nach der Meinung von Ettinger „unterstützt der Westen Glasnost und Perestroika aus einem einzigen Grund: Ihre Neuerungen werden als Abweichungen von den sozialistischen Prinzipien angesehen“. Viele Mitglieder der portugiesischen kommunistischen Partei vertreten die gleiche Ansicht. Die Kinder, Enkel und Neffen von Salazar, die der Perestroika Lobes-

„Service für den Export“

(Nr. 28/89)

■ Im Beitrag des NZ-Korrespondenten in Kuba V. Sobolew wird vom sogenannten „Gesundheitstourismus“ berichtet, d. h. die Urlauber können hier das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden, sich also erholen und gleichzeitig Heilbehandlungen in Anspruch nehmen, u. a. auch Vitiligo heilen. Ich wende mich an Sie, weil ich selbst an dieser Krankheit leide und alle Bemühungen der Ärzte leider nicht zu einem positiven Ergebnis führen. Die Krankheit schreitet fort, es gibt keine Hoffnung auf Besserung.

Wie kann man zu einer Behandlung in Kuba kommen, wohin muß man sich wenden?

T. Klepikowa,
 Moskau

Die Redaktion erhielt mehrere solcher Briefe. Wir baten V. Sobolew, diese Frage zu beantworten.

Verehrte Frau Klepikowa!

Die Kubaner sind bereit, bei uns ein Zentrum zur Behandlung von Vitiligo aufzubauen und uns die Lizenz für die Medikamente und die Technologie zu verkaufen. Soviel ich jedoch weiß, halten unsere für die Medizin zuständigen Beamten die kubanischen Behandlungsmethoden für Kurpfuscherei. Ich kenne aber persönlich Menschen, denen diese Behandlung sehr geholfen hat.

Ihren Brief leitet die Redaktion natürlich an das Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR weiter. Diese Bitten häufen sich, und vielleicht zwingen sie die mit entsprechenden Machtbefugnissen ausgestatteten Beamten des Ministeriums, entweder klipp und klar zu sagen, daß diese Behandlungsmethode unannehmbar ist und diese Entscheidung zu argumentieren, oder die Hilfe der kubanischen Ärzte in Anspruch zu nehmen. Ich denke, daß ist der realste Weg, wenn man von den Dimensionen unseres Landes ausgeht (Alle Kranken kann man nicht nach Kuba schicken).

Es kann Sie auch nichts daran hindern, einen entsprechen-

den Brief an die kubanische Botschaft in Moskau zu senden. Obwohl ich nicht sehr vom Erfolg überzeugt bin. Jährlich besuchen nur etwa 10 000 sowjetische Touristen Kuba, und der Aufenthalt ist zu kurz, um einen vollen Behandlungszyklus durchzuführen. Man sollte es jedoch versuchen.

Ich verstehe, daß ich Ihnen wenig Erfreuliches mitteilen konnte. Doch der Gedanke, daß diese Krankheit dennoch heilbar ist und das Problem so oder so gelöst wird, hoffe ich, muntert Sie ein wenig auf.

Vitali Sobolew
 Havanna

Folgende Antwort erhielten wir von der Verwaltung der speziellen medizinischen Hilfe beim Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR:

Der Ankauf des Präparats Melagenin, das in Kuba zur Behandlung von Vitiligo angewandt wird, ist bereits beschlossen. Nach Erledigung der entsprechenden Formalitäten wird dieses Präparat in wirtschaftlich selbstständig arbeitende medizinische Einrichtungen von Moskau geliefert. In der Perspektive ist mit kubanischer Beteiligung der Aufbau eines ebenfalls auf wirtschaftlicher Rechnungsführung basierenden Zentrums zur Behandlung dieser Krankheit geplant.

Melagenin ist allerdings kein Medikament, das die völlige Heilung der Krankheit bewirkt. Die Behandlung mit diesem Präparat ist langwierig, dauert ein bis drei Jahre, und die Ergebnisse sind nicht stabil.

In der UdSSR wurden neue effektive Therapien zur Heilung von Vitiligo, inklusive Bestrahlung der betroffenen Hautpartien mit Laser, ausgearbeitet und eingeführt.

Die Anwendung der sowjetischen und der kubanischen Methoden erlaubt es, die therapeutische Wirkung erheblich zu verbessern, den Anteil der Mißerfolge bei der Behandlung dieser Krankheit zu senken. Zur Zeit befindet sich eine sowjetische Spezialistengruppe in Kuba, um die kubanische Methode zu studieren.

Leiter der Verwaltung
A. N. Demenkov

„Buch des Sozialismus“ oder „Bibel des Kapitalismus“

Seien Sie nicht grausam zu den Gefangenen

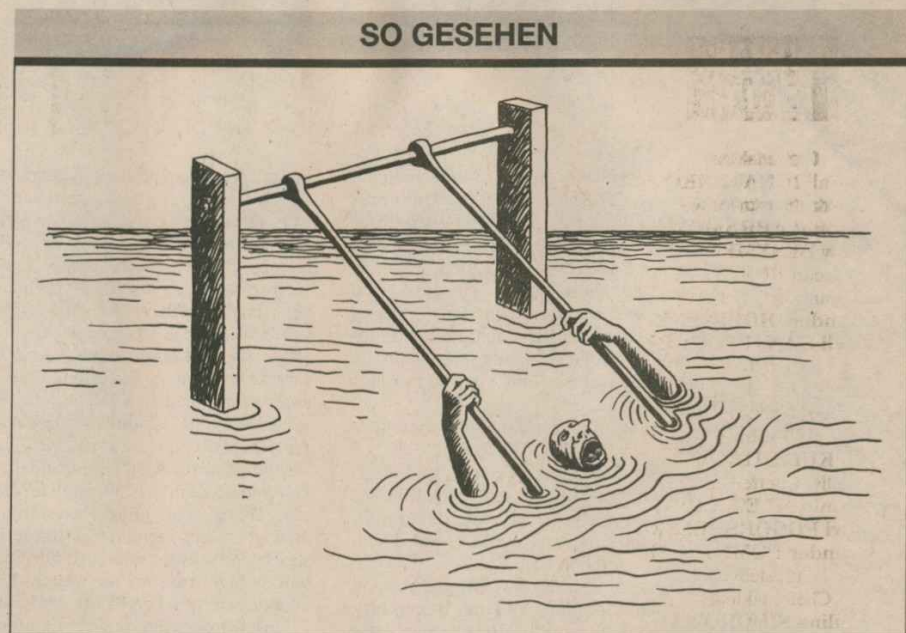
Lesen die Leader unsere Briefe?

hymnen singen, verfolgen in Wirklichkeit nur ein Ziel – das „Buch des Sozialismus“ zuzuklappen und die „Bibel des Kapitalismus“ noch weiter aufzuschlagen. Beim Lesen Ihrer Zeitschrift erstaunt mich manchmal, wie Ihre Korrespondenten das kapitalistische System verteidigen. Was die Leserbriefe in Ihrer gleichnamigen Rubrik angeht, so verwundern mich diese oft durch ihre naiven Vorstellungen von der kapitalistischen Lebensweise. Viele in den Briefen dargelegte Ansichten verblüffen durch ihre offene antisozialistische Ausrichtung. Um so seltsamer ist es, daß diese Briefe von Leuten geschrieben wurden, die ihr ganzes Leben in der UdSSR zugebracht haben, in einem Land, das schon 70 Jahre lang Wegbereiter des Sozialismus ist.

M. Chitas de Brito
Lissabon, Portugal

„Amnestie“
(Nr. 43/89)

■ Die Härte, mit der Bürger Ihres Landes alle beurteilen, die in Gefangenschaft geraten, macht mich betroffen. Daß unter der Herrschaft Stalins, der den Menschen soweit mißachtete, daß er ihn mit einem jederzeit ersetzbaren Schraubchen verglich, nimmt mich nicht wunder. Aber das sollte doch der Vergangenheit angehören. Im Krieg wird der Mensch aus seiner Geborgenheit herausgerissen und gerät in Umstände, denen er nicht gewachsen ist. Der Invalide des Großen Vaterländischen Krieges Bachurin sieht das meines Erachtens richtig. Er urteilt, weil er den Krieg erlebt und überlebt hat. Dagegen dürfte der Offizierschüler mit seinem Schulwissen kaum geeignet sein, ein solches Problem zu beurteilen. Ich wünsche ihm, daß er kei-



Zeichnung: Arkadi Gurski

nen Krieg erleben muß. Ich war selbst Kriegsgefangener und fühle mich deshalb mit solchen Menschen wie dem Invaliden Bachurin freundschaftlich verbunden, auch mit einigen Ärztinnen, die menschlich-mütterlich mit uns Kriegsgefangenen umgingen.

Horst Rocholl
Neuenhagen, DDR

Leserbrief von N. Andrijaschin
(Nr. 26/89)

■ Meine Briefe wurden schon zweimal in der NZ veröffentlicht. Das erste Mal schrieb ich darüber, daß Moskau Ländern Hilfe gewährt, die sich als revolutionär bezeichnen, obwohl ihre Führer, gelinde gesagt, Zweifel an Ihrer Progressivität zwecken. Im zweiten Brief habe ich zur Schaffung eines friedensstiftenden Bündnisses der Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO aufgefordert. Viele andere Autoren machen ebenfalls Vorschläge. Die Veröffentlichung ihrer Briefe ist zwar den Autoren angenehm, doch wohl kaum effektiv. Hören denn die Führer bei uns und in anderen Ländern unsere Stimme? Auf meine Meinungsäußerung reagierte z. B. nur ein Leser, offensichtlich ein ganz normaler Bürger. Für die Führung scheinen unsere Äußerungen nicht zu existieren.

In einer Fernsehsendung hörte ich einmal die Einladung des Moderators an unsere führenden

Politiker, an der Erörterung einer akuten Frage teilzunehmen. Keiner hat darauf reagiert. Was ist das? Herrschaftliche Geringschätzung oder das unbewußte Eingeständnis des eigenen Unrechts?

... Ich würde mir wünschen, daß unsere Leader Informationen aus den publizistischen Materialien der Zeitungen und Zeitschriften, darunter auch aus den NZ-Leserbriefen, schöpfen.

N. Andrijaschin
Tschern, Gebiet Tula, RSFSR

„Auge um Auge“
(Nr. 43/89)

■ Obwohl mein Englisch nicht sehr gut ist (die NZ war nur in Englisch verfügbar), lese ich die Artikel über die Umgestaltung ihrer Gesellschaft mit großem Interesse. In unseren Zeitungen sind Wörter wie Glasnost und Perestroika erst seit einigen Wochen zu lesen, die Inhalte der Umgestaltung in Ihrem Land sind hier aber weitgehend unbekannt.

Mein besonderes Interesse gilt den im Artikel behandelten Menschenrechtsfragen. Die allgemeinen Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen, die Erklärung der Konferenz von Helsinki über die Menschenrechte und die Wiener Erklärungen sind den Bürgern der DDR nicht zugänglich.

Nach meiner Auffassung ist aber der Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses nur mög-

lich, wenn dieses Haus ein gemeinsames Fundament besitzt. Als dieses Fundament sehe ich die Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte in allen Staaten Europas an. Wenn solche elementaren Rechte wie Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Recht zur Bildung von Organisationen, Unverletzlichkeit und Schutz der Persönlichkeit in allen Ländern nicht nur auf dem Papier existieren, kann ein gemeinsames europäisches Haus wachsen und jede Nation einen Platz unter diesem Dach finden.

Auch unser Volk ist im Aufbruch, viel hat sich in den letzten Tagen ereignet. Hunderttausende haben in unserer Republik für diese Grundrechte demonstriert. Aber wir brauchen genauere Informationen über diese Umgestaltungsprozesse in anderen Ländern und brauchen Kenntnisse über die international festgelegten Normen der Menschenrechte.

Ich bitte Sie deshalb, mir Material zu diesem Thema zuzusenden.

Ich wäre auch an einem Gedankenaustausch zu Menschenrechtsfragen in unseren Ländern gerne bereit.

Klaus Steiner
Leipzig, DDR

Zusammengestellt von
M. Tschervonzewa



**VAINO
VÄÄLS,**
1. Sekretär
des ZK der KP
Estlands

Die Kommunisten stehen unterschiedlich zur Frage der Souveränität der Unionsrepubliken und der Selbständigkeit ihrer kommunistischen Parteien. Beim jüngsten ZK-Plenum der KP Estlands suchten auch wir nach einer Antwort auf diese Frage. Wie das Leben lehrt, gibt es keine eindeutigen Antworten in schwarzweiß. Zudem würden sich die Spannungen in unserer Republik stark mindern, wenn die Union uns mehr Interesse und Verständnis entgegenbringen würde.

Wir wollen Garantien für die Souveränität der Unionsrepubliken und ihrer Parteien.

Beim Plenum fixierten wir erneut und strikt unser Hauptziel: ein souveränes demokratisches Estland. Danach streben auch viele demokratische Bewegungen unserer Republik, mit denen wir gemeinsam vorgehen können.

Die KP Estlands sieht ihre wichtigste Mission heute darin, den Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten, obwohl das die Partei um ihre gewohnte Stellung bringen könnte. Ich glaube, gerade eine solche Position wäre für die KP Estlands, die für die Deformation der gesellschaftlichen Entwicklung der Republik mitverantwortlich ist, die politische Sühne. Bei der Tagung des Obersten Sowjets der Estnischen SSR werden wir den Vorschlag einbringen, eine Kommission aus Volksdeputierten der UdSSR und aus Deputierten des Obersten Sowjets unserer Republik einzusetzen. Die Kommission soll ein Aktionsprogramm ausarbeiten, das Estland zur staatlichen Souveränität und zur Wiedererlangung seiner Stellung als Subjekt des Völkerrechts verhilft.

Die Selbständigkeit der KP Estlands kann eine KPdSU garantieren, die nach dem Prinzip der Selbständigkeit der kommunistischen Parteien der Republiken aufgebaut ist. Die KP Estlands kann nur aufgrund einer frei getroffenen Entscheidung eine richtige Partei werden. Ich hoffe, daß das bei unserem 20. Parteitag im März geschehen wird.



**Dr. HERMANN
SIMON,**
Historiker,
Direktor
der Stiftung
„Neue Synagoge“
Berlin –
Centrum
Judaicum“

Kürzlich las ich in einer Berliner Tageszeitung, daß die Gesellschaft unseres Landes, wie noch nie seit Gründung der DDR, herausgefordert ist, und zwar von rechten Kräften. Meine Meinung und auch meine Ängste sind durch diese deutlichen Worte exakt wiedergegeben.

Wie ernst sind Rechtsextremismus, Neofaschismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus zu nehmen? Was können wir dagegen tun? Die Antworten liegen auf der Hand: Über derart gefährliche Erscheinungen kann man nicht leichtfertig hinweggehen; man muß gegen sie ankämpfen. In Anbetracht der deutschen Geschichte gilt es, sich rechtzeitig (und das kann nicht früh genug sein!) zur Wehr zu setzen. Ich möchte eines Tages die Frage meiner Kinder, was ich dagegen getan habe, beantworten können, ohne schamrot werden zu müssen. Tun wir alles, die jüngst in Abwandlung eines oft zitierten Wortes aus den Psalmen entstandene Losung „Bleibe im Lande und wehre dich redlich!“ mit Leben zu erfüllen.

Wir begehen den 78. Jahrestag der Gründung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in einer Wendezeit für die historischen Geschicke unserer Heimat. Der Kampf der RSA-Stammbevölkerung für ihre Rechte hat die an der Macht befindlichen Anhänger der Apartheid in eine schwierige Lage gebracht, so daß sie keinen Ausweg sehen. Die Regierung der Klerk machte zwar unter dem ANC-Druck bestimmte Zugeständnisse, weicht aber einer grundsätzlichen Lösung der Frage aus und versucht so, die Grundlagen des unmenschlichen Apartheid-Regimes zu retten. Zugleich ist die Position unseres ANC jedem Südafrikaner absolut klar und verständlich. Wir sind für eine demokratische Gesellschaft ohne Rassentrennung in Südafrika. Unsere Heimat hat genug Platz für alle, sowohl für Schwarze als auch für Weiße. Eben deshalb befürworten wir die weitere Konsolidierung aller demokratischen Kräfte des Landes.

Unser Programm ist ein Programm der Südafrikaner und für die Südafrikaner jeder Hautfarbe. Alle realistisch denkenden Bürger des Landes unterstützen unser Ringen. Aus dieser Unterstützung schöpfen wir Kraft, um den Kampf für Frieden und Wohlergehen in Südafrika fortzusetzen.



**SIMON
SIPHO
MAKANA,**
Leiter
der Ständigen
ANC-Vertretung
(RSA)
in der UdSSR

Die 24stündige Fernsehsendung, die vom Sowjetischen Lenin-Kinderfonds initiiert und vom Zentralen Fernsehen der UdSSR zu Wohltätigkeitszwecken verwirklicht wurde, half vielen zu verstehen, wie dramatisch die Lage der verwaisten, verkrüppelten, gestrauchelten Kinder ist. Zugleich zeigte diese Sendung, daß die Gesellschaft glücklicherweise noch fähig ist, mit den Unglücklichen und Hilflosen mitzufühlen. Dieses Mitleid, die Erkenntnis, daß es einen „fremden“ Kummer nicht gibt, war, glaube ich, für die Teilnehmer und Sponsoren der Sendung sehr wichtig (zu ihnen gehörte übrigens auch unsere Vereinigung, die außerdem die Patenschaft über ein Kinderheim in Jasnaja Poljana übernommen hat). Selbstverständlich sind die Millionen Rubel und Hunderttausende Dollar, Francs und Mark, die von einfachen Menschen, von Diplomaten, Geschäftsleuten, Kunstschaffenden und Geistlichen auf das Konto des Kinderfonds überwiesen wurden, werden von jenen kleinen Bürgern unseres Landes, mit denen es das Schicksal nicht so gut gemeint hat, selbstverständlich gebraucht. Erfreulich ist, daß die Begriffe Wohltätigkeit und Nächstenliebe unserer Gesellschaft immer vertrauter werden. Nur dürfte es nicht bei einmaligen Aktionen sein Bewenden haben, vielmehr sollte das ein kontinuierlicher Prozeß sein. Zu den Plänen der Vereinigung „21. Jahrhundert“ gehört die Eröffnung eines Wohltätigkeitsgeschäfts für verwaiste Kinder, das Waren aus dem sowjetisch-italienischen Gemeinschaftsunternehmen Si – XXI anbieten wird.



**ANSOR
KIKALISCHWILI,**
Präsident
der Vereinigung
„21. Jahrhundert“

Aus der Macht der Finsternis befreit

Unsere Sonderkorrespondenten berichten

Am liebsten würde man natürlich schon jetzt sagen, die Lage im Lande habe sich voll normalisiert, das Leben kehre in die gewohnten Bahnen zurück. Aber um ehrlich zu sein, hätten wir da weit vorausgegriffen.

Gewiß, die Lebensmittelversorgung in der Hauptstadt hat sich verbessert, die Menschen haben mehr Wärme, Licht und Gas. Gewiß, das Volk hat seine unfassbare Starre und Niedergeschlagenheit abgeschüttelt. Dennoch liegt noch immer die Spannung über Bukarest.

An einigen Kreuzungen und in den Straßen sieht man Panzer und SPW, Armee- und Polizeistreifen. Man wird das Gefühl nicht los, daß Bukarest eine Frontstadt sei. In diesem Eindruck bestärken einen noch die Schaufenster, neben denen sich selbst unsere sowjetischen sehen lassen können.

Vor zwei Tagen noch wurde in Bukarest nachts geschossen. Es heißt, das seien Agenten der Ceausescu-Geheimpolizei, die in die Illegalität gegangen sind. Sie haben konspirative Wohnungen, Waffen, alle notwendigen oder vielleicht gefälschten Dokumente und liegen nun auf der Lauer. Vorläufig läßt sich sehr schwer sagen, wie viele es sind, welche Waffen sie haben, wie sie miteinander in Verbindung stehen und was sie im Schilde führen. Man kann wohl kaum glauben, die Gefahr sei schon dadurch gebannt, daß durch ein Dekret die Securitate dem Ministerium für nationale Verteidigung unterstellt wird. Klar ist, daß Provokationen, Sabotage und vielleicht sogar bewaffnete Diversionen weder in den nächsten Tagen noch in Zukunft ausgeschlossen sind. Hier befürchtete man, daß der 7. Januar, an dem Elena Ceausescu geboren wurde, unruhig sein würde. Glücklicherweise kam es nicht zu Ausschreitungen.

Am Vortag traf der sowjetische Außenminister Schewardnadse zu einem kurzen Besuch in Bukarest ein.

Seine Gespräche mit der Führung des neuen Rumänien fanden in dem Haus statt, wo sich jetzt das Außenministerium befindet. Gegenwärtig ist dort auch das Exekutivbüro des Rats der Front der Nationalen Rettung, der Stab der Revolution, untergebracht.

Offen gestanden waren wir für einige Sekunden wie gelähmt, als wir sahen, wie der Minister aus dem Aufzug stieg und durch die Reihen von behelmten MPi-

Schützen, die Spalier standen, und unter ihrer Bewachung in einen bescheidenen Dienstraum zu den Verhandlungen ging. In diesem Moment vergegenwärtigten wir uns so richtig, was die hier so häufig vorkommenden Wörter „Front“, „Rettung“ oder „Revolution“ bedeuten.

Übrigens hat man in Rumänien jetzt eine neue Zeitrechnung. Aber niemand sagt z. B., das sei unter Ceausescu gewesen, statt dessen heißt es „vor der Revolution“ bzw. „nach der Revolution“. Dieses Vermeiden selbst des Namens spricht vom Haß gegen den Träger, aber auch vom Stolz auf das Vollbrachte, auf die Revolution.

Hat übrigens jemand bemerkt, daß die rumänische Revolution am 21. Dezember,

am Geburtstag Stalins, begann? Ein Trep-penwitz der Geschichte. Betrachtet man die rumänischen Ereignisse im Kontext der politischen Veränderungen des vergangenen Jahres, so kann man sagen, daß das rumänische Volk in den Straßen von Timisoara und Bukarest zum Donner von Schüssen und Explosionen mit seinem Blut die letzten Zeilen in die Grabschrift für den kalten Krieg eintrug.

Was in Rumänien geschehen ist, muß man bei allen unfassbaren Schwierigkeiten, vor die sich das Land gestellt sieht, als ein Ereignis von europäischer oder sogar internationaler Bedeutung bezeichnen. Davon sprach auch Eduard Schewardnadse, als er Journalisten über seine Eindrücke von den Verhandlungen mit der Führung der Front der Nationalen Rettung erzählte.

Wir fragten den Minister:

„Obwohl die Lage in Rumänien ungewiß ist und die heutigen und künftigen Entbeh-rungen auf das Land warten, wollen wir den Blick nach vorne richten: Wie beurteilen Sie die Aussichten des gesamteuropäischen



Beginn des Wiederaufbaus der Universität

Foto: TASS

Prozesses und der Einberufung von Helsinki 2 nach dem Sturz des letzten und vielleicht grausamsten Bollwerks des Stalinismus in Osteuropa?"

„Ich glaube, die rumänische Revolution ist in dieser Hinsicht von größter Bedeutung“, antwortete Schewardnadse. „Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die rumänischen Führer mir über die Aufhebung der bekannten Vorbehalte berichteten, die Bukarest früher bei der Unterzeichnung des Wiener Abkommens und der Dokumente anderer Foren zu Menschenrechtsfragen gemacht hatte. Für mich bedeutet das viel. Ein solcher Schritt rumänischerseits eröffnet ausgezeichnete Perspektiven für die Vertiefung des gesamteuropäischen Prozesses. Was eine Gipfelkonferenz der 35 Staaten angeht, so glaube ich, daß die rumänische Revolution sie in größere Nähe bringen wird.“

In der heutigen Situation liegt die Verantwortung für die Entwicklung der Ereignisse auf unserem Kontinent natürlich sowohl bei dem Warschauer Vertrag als auch bei der NATO. Wir wollen hier nicht ausrechnen, wer was und inwiefern verantwortlich. Klar ist auf jeden Fall: Da die osteuropäischen Länder ihre Treue zum Warschauer Vertrag bekundet haben, muß dieser schleunigst ein neues politisches Profil finden. Vorläufig aber scheint uns, daß das reale Handeln in diesem Bereich hinter der Deklaration über die Absichten merklich zurückbleibt, es gibt auch noch keinen multilateralen Mechanismus für das Suchen und Finden von Lösungen. Dabei wird sich die Euphorie der anfänglichen Erneuerung in den osteuropäischen Staaten sehr bald verflüchtigen und die Zeit der Grübeleien und einer verantwortungsbewußten Wahl kommen. Schon heute muß man dazu bereit sein.

Rumänien hat sich von der Macht der Finsternis befreit und unternimmt jetzt einen Neubeginn. Wohin wird das Land gehen, welchen Weg wählen? Vorläufig gibt es mehr Fragen als Antworten. Anders konnte es gar nicht sein. Die bisherige politische Struktur ist zusammengebrochen, was an ihre Stelle tritt, weiß noch keiner richtig. Einigen Angaben zufolge sind bereits etwa 10 politische Parteien registriert worden; sie beginnen mit ihrer Identitätsbildung und mit dem Durchdenken der Lage im Lande. Bis zum gesamt nationalen Konsens führt ein sicherlich schwieriger und langer Weg. Die für April anberaumten freien Wahlen müssen vieles klären – falls nichts dazwischenkommt.

*Dmitri Pogorshelski,
Sergej Swirin*

BUKAREST

Silviu Brucan:

Die Partei stand abseits

Der Name dieses Menschen ist in und außerhalb Rumäniens ein Begriff. Silviu Brucan, Doktor der politischen Wissenschaften, Professor, ehemaliger Botschafter Rumäniens in Washington, Autor vieler Bücher, Artikel und Untersuchungen.

Ungeachtet der Gefahr für das eigene Leben, trotz der Tatsache, daß Andersdenkende in Rumänien verfolgt wurden, hat Silviu Brucan häufig seine Stimme zum Protest gegen die Politik von Ceausescu erhoben, seine Mitbürger und Genossen zu Aktivitäten aufgerufen.

Er hat offen die Abrechnung mit den Arbeitern der Stadt Brasov im November 1987 verurteilt. Im September 1988 gab er, sich der möglicherweise folgenden Repressionen bewußt, dem Korrespondenten der „Stimme Amerikas“ ein großes Interview, in dem er mit gnadenloser Offenheit die wirkliche Lage des rumänischen Volkes unter dem Regime des Ceausescu-Clans darlegte.

Silviu Brucan war der Initiator des berühmten „Briefes der Sechs“, dessen Autoren, sechs in Rumänien bekannte Kommunisten, erklärten, daß sie aus dem Gefühl der Verantwortung heraus protestieren, „weil die gegenwärtige Politik Rumäniens die Ideen des Sozialismus, für die wir kämpften, kompromittiert und Rumänien in die internationale Isolation dränge.“

Alle sechs, darunter auch Brucan, wurden dafür den raffiniertesten Verfolgungsmethoden ausgesetzt.

„Nachdem ich mich überzeugt hatte, daß sich im Ergebnis meiner Handlungen in der kommunistischen Partei Rumäniens nichts tut, bin ich zu dem Schluß gekommen, daß ich in der Partei nichts mehr verloren habe“, erklärte Silviu Brucan den Grund für seinen Austritt aus der RKP, deren Mitglied er einige Jahrzehnte lang war.

Unsere Unterhaltung fand mittags statt. Am Abend des gleichen Tages teilte das Freie rumänische Fernsehen mit, daß das Exekutivbüro des Rates der Front der nationalen Rettung, das höchste politische Organ des neuen Rumäniens, gewählt wurde. Auch Silviu Brucan ist Mitglied des Exekutivbüros.

„Neue Zeit“. Die Revolution in Rumänien ist erfolgt. Sie verlief praktisch ohne Teilnahme der RKP. Warum ist das so gekommen?

Silviu Brucan. Erstens möchte ich auf das meiner Meinung nach Wichtigste ver-

weisen. Vor allem wegen der Repressionen Ceausescus konnte sich in der Rumänischen Kommunistischen Partei kein Reformflügel bilden. Der Brief der „Sechs“, den ich initiierte, hat in der Partei nicht die Wirkung ausgelöst, die wir erwartet hatten. Dieser Brief rief weder einen politischen Bruch in der Partei selbst noch in der Führung hervor. Deshalb unterscheidet sich die rumänische Revolution auch dadurch, daß die kommunistische Partei abseits stand. Der Umstand, daß sich die RKP in den letzten 20 Jahren in keiner Form von Ceausescu distanzierte, hat dazu geführt, daß die öffentliche Meinung Rumäniens die Partei mit Ceausescu identifiziert. Die gegenwärtige politische Führung des Landes hat sich erstmals Freitagabend, am 22. Dezember, nachdem die Volksmassen das Gebäude des ZK der RKP besetzt hatten, formiert. Hier haben wir uns zum ersten Mal getroffen, alle, die heute an der Spitze der Bewegung stehen. Damals hat die kommunistische Partei aufgehört, eine politische Kraft zu sein.

Unsere jetzige politische Führung, die Front der nationalen Rettung verdankt ihre Rechtmäßigkeit dem Umstand, daß sie sich an die Spitze der revolutionären Bewegung stellte. Die Front ist ein Ergebnis wahrhaft revolutionärer Tätigkeit, entstanden im Feuer des Kampfes um die Eroberung der Macht. Die Front ist eine pluralistische Organisation, hier sind Menschen verschiedener politischer und religiöser Ansichten, unterschiedliche politische Kräfte, soziale Gruppen und Schichten vertreten.

Diese Kräfte vereint eine ganze Reihe gemeinsamer Positionen, die wir im Gebäude des Fernsehentrums Freitagabend und in der Nacht zum Sonnabend (22. und 23. Dezember) formuliert haben. Dort schrieben und redigierten wir das erste Kommuniqué der Front der nationalen Rettung, und von dort sendeten wir es live. Im Kommuniqué wird die RKP einmal erwähnt. Das widerspiegelt die wirkliche Lage der Dinge.

NZ. Wie kann man die ideologische Orientierung der politischen Führung des neuen Rumäniens formulieren?

S. B. Das Problem der ideologischen Orientierung ist noch nicht gelöst. Wir sind der Meinung, daß solche Begriffe wie „Sozialismus“ und „Kommunismus“ heute in Rumänien keinen realen Inhalt mehr haben, keine reale Grundlage. Bei der existierenden Struktur des Überbaus feudalen Typs, der absoluten Monarchie ähnlich, bei

einer Wirtschaft, wo das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung drei- bis viermal geringer ist als in den europäischen sozialistischen Ländern, haben solche verbalen Attribute keine reale Grundlage. Heute haben wir nicht mehr vor, diese Begriffe zu verwenden. Das wird solange dauern, bis wir alles überwunden haben. Wir sind der Meinung, daß der schlimmste Rückstand in den Ländern Osteuropas der Rückstand in der Theorie ist. Die Vereinerung der Marxschen Theorie während der letzten mehr als 50 Jahre, das Verbot der theoretischen Diskussionen, all das rächt sich jetzt. Wir wissen nicht, in was für einer Welt wir leben, in welche Richtung sie sich bewegt, wie sie morgen aussehen wird. Das einzige, was uns zu tun übrigbleibt, ist das Studium der Wirklichkeit in der Form, wie sie real bei uns, am Ende des 20. Jahrhunderts, existiert, und alles zu revidieren, was diese Wirklichkeit nicht adäquat widerspiegelt. Diese Aufgabe haben wir uns gestellt.

Deshalb ist es das einzige ideologische Element der Front der nationalen Rettung, daß sie eine politisch linksorientierte Organisation ist. Nicht mehr und nicht weniger.

NZ. Wie lange wird Rumänien, sein Volk Ihrer Meinung nach brauchen, um die Wege der weiteren Entwicklung festzulegen? Wird das vor den Wahlen im April geschehen oder nachher?

S. B. Ich denke, daß der Wahlkampf die beste Möglichkeit dafür bietet, Demokratie zu lernen und neue Konzeptionen herauszukristallisieren. Wir werden diesmal von der sozialen Realität ausgehen und nicht von der Theorie, die vor 100 Jahren ausgearbeitet wurde. Während des Wahl-

kampfes wird die Front der nationalen Rettung ihre Kandidaten aufstellen und als einheitliche Organisation auftreten. Außerhalb der Front begann die Konstituierung von verschiedenen Parteien, und wir sind der Ansicht, je mehr es geben wird, um so besser!

NZ. Beeinträchtigt nicht die Zugehörigkeit der Mitglieder des Rates der Front zu verschiedenen Parteien seine Einheit? So gründet Doina Cornea, wie man hört, eine Bauernpartei?

S. B. Das ist nicht der Fall. Es existieren zwar verschiedene kleinere Parteien, die mit diesem Namen spekulieren. Doch sie ist Mitglied des Rates der Front und arbeitet dort nicht mit. Ich habe sie selbst danach gefragt. Die Gründung der Parteien erfolgt außerhalb des Rahmens der Front. Die Mitglieder des Rates der Front haben damit nichts zu tun.

NZ. Sie sind einer der führenden Theoretiker des modernen Rumäniens. Wer beschäftigt sich mit den wirtschaftlichen Problemen des Landes, der Ausarbeitung eines Programms der wirtschaftlichen Entwicklung?

S. B. Ich muß ihnen sagen, daß eine Wirtschaftsreform heute in Rumänien noch nicht auf der Tagesordnung steht. Das Land befindet sich in einem wirtschaftlichen Chaos. Wir müssen in erster Linie feststellen, wie unsere Realität aussieht. Und handeln können wir nur ausgehend von dieser Realität.

NZ. Wir können uns gut an das Interview erinnern, daß Sie dem Korrespondenten der „Stimme Amerikas“ am 17. September 1988 gaben. Darin sprachen Sie von ihren Plänen, über die Arbeit an dem

Buch „Die soziale Geschichte Osteuropas“. Wie sieht es damit aus?

S. B. Das Buch kommt im Februar 1990 in den USA heraus. Als ich im November 1988 in Moskau war, besuchte ich auch den Progress-Verlag und habe dort ein Manuskript dieses Buches übergeben. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieses Buch auch in der Sowjetunion erscheinen würde. Ich denke überhaupt, daß es gut wäre, in der UdSSR nicht nur Werke von Gegnern des Marxismus, sondern auch Arbeiten von Theoretikern des Marxismus zu veröffentlichen. Auch mein Buch basiert auf der marxistischen Methodologie. Ich habe allerdings bis heute noch keine Antwort erhalten.

NZ. Würden Sie uns erlauben, daß wir uns bei dem Verlag über das Schicksal des Manuskripts erkundigen?

S. B. Selbstverständlich.

NZ. Was würden Sie der NZ für das neue Jahr wünschen?

S. B. Ich abonniere schon lange ihre Zeitschrift. Einige Hefte wurden von der Zensur konfisziert, und ich habe sie nicht bekommen. Als Spezialist bin ich der Meinung, daß Ihre Zeitschrift mehr ausländische Autoren heranziehen sollte. Aber ich bin auch der Meinung, daß sich Ihre Zeitschrift in der letzten Zeit erheblich verbessert hat.

NZ. Ausgehend von dem, was Sie gesagt haben, möchte ich Sie bitten, für unsere Zeitschrift einen Beitrag zu schreiben.

S. B. Das geht natürlich. Ich denke, es wäre interessant, die Leser der NZ mit dem Inhalt meines neuen Buches vertraut zu machen. Zu diesem Thema werde ich in den nächsten Tagen einen Artikel für Ihre Zeitschrift schreiben.

NZ. Noch eine Frage. Wir befinden uns hier im Gebäude des Außenministeriums von Rumänien. Wem gehörte dieses Arbeitszimmer, in dem wir sitzen?

S. B. Ich arbeite in diesem Zimmer nur vorübergehend. Es ist das Arbeitszimmer des ehemaligen Außenministers von Rumänien. Was mich persönlich angeht, bin ich nicht bereit, irgendwelche offiziellen Posten in der Regierung zu bekleiden. Das interessiert mich nicht. Mein wichtigster Beitrag wäre, der neuen Führung des Landes zu helfen, sich zu orientieren, und der Regierung die ganzen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, die ich besitze. Von diesem Gesichtspunkt aus kann ich wahrscheinlich nützlicher sein.

Das Gespräch führte **Sergej Swirin**
NZ-Korrespondent
BUKAREST



Die freie Presse findet großes Interesse

Foto: TASS

* Im Progress-Verlag teilte man uns mit, daß Silviu Brucans Manuskript lange rezensiert wurde. Jetzt wird über seine Publikation entschieden (Anmerkung d. Red.)

Verspätete Glasnost

Die Entwicklung in Rumänien zeigte, wie mangelhaft unsere Informationspolitik, zumindest in einem Bereich, ist. Noch gestern berichteten wir in recht optimistischen Tönen über das Leben im „brüderlichen Rumänien“. Der Gedanke wurde suggeriert, daß, wenn ein Land sozialistisch ist, im Grunde alles dort gut sei. Möglicherweise könnten dort natürlich einzelne Probleme entstehen, doch die Führung der „Bruderpartei“ sehe schon die Wege zu deren Lösung. Heute sagen wir, daß an der schönen blauen Donau viele Jahre eine Diktatur aufgebaut wurde – eine der schrecklichsten in der heutigen Welt.

Da stellen sich einige Fragen. Haben wir das denn nicht gewußt? Wußten wir wirklich nichts von den unsinnigen wirtschaftlichen Aktionen, die das Land Devisenschulden von Milliardenhöhe machen ließen? Wußten wir wirklich nicht, wie das Volk ausgeplündert wurde, um es nach der Rückzahlung dieser Schulden dem Regime zu ermöglichen, der Katastrophe noch einmal zu entkommen? Wußten wir wirklich nicht, daß Rumänien ein einziges KZ war, daß jeder bespitzelt wurde. In Rumänien kursierte ein bitterer Aphorismus: „Von je drei Leuten sind vier Denunzianten.“ Und so unrecht sollte man mit diesem Spruch nicht haben: Jeder vierte war Denunziant. Wie viele Millionen das sind? Ein Heer von Spitzeln? Ja, so war es. Jeder, der in Verdacht geriet, gelangte in die Klauen der allmächtigen Securitate.

Eingeräumt, manches konnte man in Moskau eben nicht wissen. Doch womit befähnten sich dann unsere Vertreter in Bukarest? Gehört es denn nicht zu ihren offiziellen Aufgaben, Informationen über das „Gastland“ zu sammeln?

Dort aber geschah – und das war jedem, der Rumänien besuchte, klar – viel Böses. Ich möchte hier meine eigenen bescheidenen Erfahrungen anführen. 1960 kam ich das erste Mal nach Rumänien. Verglichen mit uns schien das Land prosperierend zu sein. 23 Jahre später, 1983, erkannte ich es nicht wieder. Es war ein armes, angsterfülltes Land. Warteschlangen von den Brotgeschäften. Rationierung der wichtigsten Nahrungsmittel. Ein überaus bescheidenes Angebot von Konsumgütern. Posten mit MPis vor jeder Einrichtung, selbst am Eingang zur ethnographischen Ausstellung in einem Park (alte Windmühlen, traditionelle Bauernhäuser etc.).

Übrigens ist der örtlichen Führung Anerkennung zu zollen. Sie tat alles, damit diese unangenehmen Seiten des Lebens unbemerkt blieben. In einem Betrieb in Sibiu kam ich nicht weiter als zum Arbeitszimmer des Leiters des Gewerkschaftskomitees (obwohl ich eine schriftliche Erlaubnis des Ministeriums besaß). Und es gelang auch nicht, einen der Arbeiter dorthin zu holen: „Die einen sind beschäftigt, die anderen essen gerade zu Mittag...“ Und in der landwirtschaftlichen Genossenschaft beschränkte man sich auf einen Empfang im Vorstand. Die Bewirtung war, ehrlich gesagt, hervorragend. Erstmals während meiner gesamten Dienstreise konnte ich anständig essen. Doch

trotz all meiner Bitten erlaubten es mir die Gastgeber nicht, den Vorstand zu verlassen, mir die Produktion anzusehen und mit Bauern zu sprechen. „Warum denn? Wir können hier selbst alle Ihre Fragen beantworten...“

Ich will nicht verhehlen, daß ich meine Eindrücke vom „sozialistischen Bruderland“ an unser ZK weiterleitete – um so mehr, da die entsprechende Bitte von einem Mitarbeiter, der sich mit der rumänischen Problematik befaßte, ausging. Doch offenbar blieb meine Mitteilung ebenso wie andere derartige Informationen von Journalisten, Diplomaten in der Zeit der Stagnation unbeachtet. (Obwohl man wohl davon ausgehen kann, daß ein Teil der Informationen unserer Mitarbeiter in Rumänien im Geist der uralten Tradition gehalten war, die „oben“ bestehende Meinung nur zu bestätigen; doch wohl nicht alle Informationen?)! Zumindest erhielt Ceausescu den zweiten Lenin-Orden offenbar auf einen im engsten Kreis gefaßten Beschluß hin. Die rumänische Öffentlichkeit nahm das befremdet und empört auf, die sowjetische Öffentlichkeit (soweit man beurteilen kann, in ihrer Mehrheit) – gleichgültig. Und wie hätte sie sich auch eine eigene Meinung über das, was im Nachbarland geschah, bilden können, wenn die sowjetischen Menschen überhaupt keine objektiven Informationen erhielten? Die früheren Regeln für die Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern sahen vor, daß keine offene Kritik aneinander geübt wurde. Allerdings wurden zu verschiedenen Zeiten gewisse Ausnahmen gemacht. In der Stalin-Zeit für die Jugoslawen, unter Chruschtschow und Breschnew für Albaner und Chinesen. Doch all das waren bewußte Ausnahmen, eingebettet in unsere gesamte Propaganda, die die Gesellschaft einträchtig desinformierte, statt sie zu informieren.

Was ist erforderlich, damit sich die Situation ändert? Damit Presse, Rundfunk und Fernsehen tatsächlich Informationen verbreiten, über die wahre Lage in jedem beliebigen Land berichten? Notwendig ist ein Pressegesetz, in dem klar gesagt wird, daß unsere Massenmedien „vom Staat getrennt“ sind und das Recht auf eigene Ansichten haben. Doch wer weiß, wieviel Zeit noch erforderlich sein wird, bis dieses Gesetz, das den Apparat, die Bürokratie reizt, verabschiedet sein wird?! Solange wir dieses Gesetz nicht haben, solange das Recht unserer Presse, die Wahrheit über das Geschehen wo auch immer auf dem Erdball zu sagen, de jure nicht verankert ist, bleibt den Journalisten nur, dieses Recht de facto in Anspruch zu nehmen.

Wie stehen wir denn jetzt vor der Öffentlichkeit da? Gestern noch haben wir Lobeshymnen von uns gegeben oder uns ausgeschwiegen. Heute, post factum, prangern wir an. Wird uns der Leser morgen glauben? Außer Rumänien können wir ja „stolz“ auch auf die DDR, die Tschechoslowakei und Bulgarien verweisen... Es gibt noch andere Länder, über die wir entweder nur positiv oder gar nichts schreiben. Ja, es ist an der Zeit, die Ketten des Schweigens abzuwerfen! ■



Wladimir
Shitomirski

Warum wurde die Wahrheit über Rumänien erst jetzt bekannt

10 Jahre nach dem Einmarsch sowjetischer
Truppen und 10 Monate nach ihrem Abzug

Im Krieg nach dem Krieg

Gennadi Arijewitsch, NZ-Sonderkorrespondent

„Wenn Sie nach Khost fliegen“, Boris Pastuchow, der sowjetische Botschafter in Afghanistan, machte eine Pause und suchte nach den passenden Worten, „ist das nicht gerade ungefährlich.“ Was diese Warnung zu bedeuten hatte, kam mir erst richtig zu Bewußtsein, als wir auf dem Flugplatz von Khost landeten und dabei aus schweren Geschützen beschossen wurden.

Ich bin zum zweitenmal in Afghanistan. Zum erstenmal war ich im Frühjahr 1987 in Kabul, als die Idee, die sowjetischen Truppen abzuziehen, sich eben erst durchzusetzen begann, übrigens nicht ganz ohne Zutun von uns Journalisten. Als ich das letzte Mal abflog, nahm ich die feste Überzeugung mit, daß erstens wir, die wir uns in einen langwierigen und aussichtslosen, deshalb aber keineswegs weniger blutigen Krieg hineinmanövriert hatten, diesen Fehler so schnell wie möglich korrigieren und ohne weitere Opfer aus diesem Land abziehen mußten. Zweitens würde sich, sobald das geschehen war, in seiner ganzen brutalen Deutlichkeit zeigen, daß die Opfer umsonst waren, weil nämlich die Tage, ja Stunden des Regimes in Kabul, das sich auf sowjetische Bajonette gestützt hatte, gezählt sein würden. So haben damals viele gedacht, Freunde und Feinde, mit unterschiedlichen Gefühlen.

Nichts dergleichen aber ist geschehen. Im Gegenteil, die Volksmacht hielt stand und festigt sich weiter. Worin liegt die Ursache für ihre Lebensfähigkeit, wenn die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach wie vor unterschiedlich gelagert sind, wenn früher jede Kampfhandlung, an der sich afghanische und sowjetische Soldaten gemeinsam beteiligten, mit dem unveränderlichen Mischungsverhältnis von 1:3, sonst hätten die Afghanen dem nie zugestimmt, durchgeführt worden ist? Wie sieht es heute in Afghanistan aus?

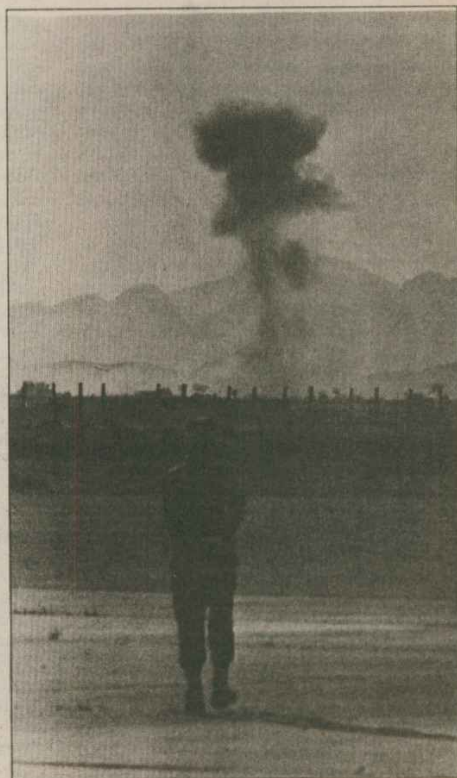
Im Dezember letzten Jahres kam ich wieder nach Kabul, um diese Fragen zu stellen. In Afghanistan

geht das Jahr 1368 (nach islamischem Kalender) übrigens noch weiter, nämlich bis zum 21. März. Ich befragte alle, mit denen ich zusammentraf, und konfrontierte die Antworten miteinander beziehungsweise mit allem, was ich sah und am eigenen Leib erfuhr. Denn im Orient bekommt man häufig die Antwort, die der Fragende nach Meinung des Befragten hören will. Beim letzten Mal hatte der Kommandeur einer soeben erst auf die Seite der Regierung übergegangenen Bande mir einen Artikel fast Wort für Wort mit vorgefertigten knallharten eingeübten Redewendungen diktiert, während ein anderer, der noch nicht bereut hatte, im Gefängnis Pul-i-Charhi wortwörtlich die typische Diktion eines westlichen Senders wiedergab. Was haben diese beiden Männer wirklich gedacht? Ich hoffe, das, was sie gesagt haben, wenn auch mit leichten korrigierenden Abstrichen. Letztlich stimmten ihre Handlungen im großen und ganzen mit ihren Erklärungen überein.

Die Wahrheit liegt also wirklich nicht an der Oberfläche. Deshalb schlage ich vor, daß wir uns ihr



Vor allem werden friedliche Einwohner, ihre Häuser und Moscheen zur Zielscheibe...



gemeinsam annähern, indem wir einige Episoden nachvollziehen, die ich bei diesem Aufenthalt erlebt habe.

Der nicht eben erholbare Süden

Der Flug vollzog sich bei völliger Dunkelheit. Ohne Bordlichter. Nur der Motorenlärm variiert, daß in dieser Nacht ein Militärtransportflugzeug der afghanischen Luftstreitkräfte am Himmel war. Noch vor wenigen Monaten hätten nur ein oder zwei Wagehälse unter den afghanischen Piloten solche Nachtflüge vollbringen können. Heute sind es mindestens 10.

Unsere AN 32 setzte zu einem steilen Senkflug an. Wir näherten uns Khost, einer kleinen Stadt im Süden, fast an der pakistanischen Grenze. Auch unter normalen Bedingungen sind Start- und Landemanöver auf der von Bergen eingezwängten schmalen Piste kompliziert. Hier sind beinahe Senkrechtsstarts beziehungsweise -landungen erforderlich, weil es keinen Raum für Berechnungen, Anflüge und Manöver gibt. Noch schwieriger dürfte das unter Bedingungen sein, da jeder mehr oder weniger hochgelegene Ort die Gefahr birgt, daß von dort Raketen abgeschossen werden. Denn der Flugplatz Khost ist ringsum von feindlichen Truppen umgeben, ist gut eingeschossen, sowohl von den nahen Bergen aus als auch von weitreichender Artillerie. Hier darf man sich keine Zeit lassen.

Unsere Maschine steigt plötzlich wieder steil an und legt sich auf die Seite. Die angespannten Mienen der Männer im Cockpit werden von den Feuern der von uns selbst abgeschossenen Wärmeraketen beleuchtet. Eine ihrer Hüllen steht heute als Andenken bei mir auf dem Schreibtisch. Diese Raketen lenken die auf das Flugzeug abgeschossenen Stinger-Raketen ab. Mit diesen tragbaren amerikanischen Boden-Luft-Raketen sind die „Unversöhnlichen“ großzügig ausgerüstet worden. Unser Pilot hatte eines ihrer Abschußfeuer unten auf der Erde entdeckt und die Maschine deshalb hochgerissen.

Eine leichte Erschütterung, und die Maschine rüttelt wie auf einem umgepflügten Feldweg oder einer arg mitgenommenen Asphaltstraße in Moskau. Wir waren auf der Grasplatte des in völlige Dunkelheit getauchten Flugplatzes von Khost gelandet. Die Maschine rollte kurz aus, bremste scharf, und wir sprangen durch die Ladeluke nach draußen. Aus dem Dunkel der Nacht tauchen vor uns Männer in Militäruniformen auf, rufen uns etwas zu. Wir sollen ihnen folgen, sie treiben zur Eile an. Wohin? Wozu? Es ist doch alles glatt gegangen. Aber nein, es sollte erst noch richtig losgehen.

Ganz in der Nähe hören wir schwere Detonationen von Raketeneinschüssen. Wir sitzen im Unterstand auf einer Soldatenpritsche. Die Petroleumfunzel blinkt matt und läßt die dunkelhäutigen schnaubbärtigen Gesichter unserer Gastgeber aus dem Halbdunkel hervortreten. Sie lächeln uns aufmunternd zu, zwei sowjetischen Journalisten, die mit eigenen Augen sehen und nicht nach Hörensagen urteilen wollten, wie sie hier leben. Tatsächlich ist nicht viel mehr von unserer internationalen Journalistengruppe übriggeblieben als

der APN-Korrespondent in Kabul, Andrej Prawow, und ich. Die anderen ausländischen und sowjetischen Reporter hatten plötzlich keine große Lust mehr, nach Khost zu fliegen. Vielleicht waren sie nur besser informiert als wir? Trotzdem waren wir, nachdem wir schon davon gehört hatten, nicht mehr bereit, unseren Luftsprung zu verschieben.

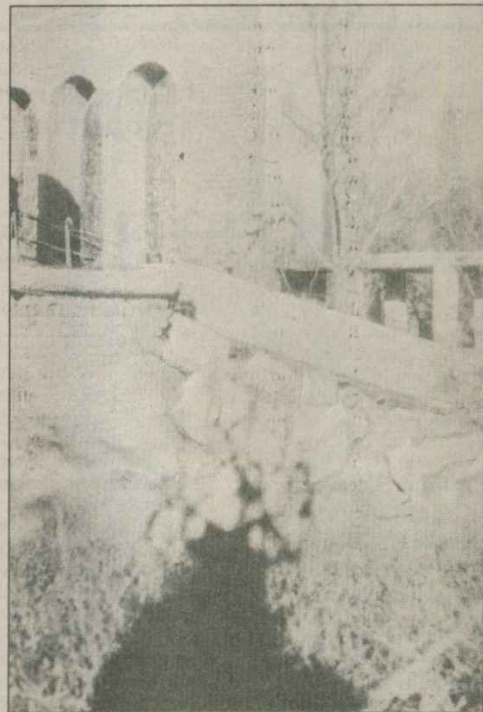
Hier sitzen wir also nun in unserem provisorischen Unterstand, der sich augenfällig von dem etwas pompösen VIP-Raum im Kabuler Flughafen unterscheidet, wo wir noch vor einer Stunde auf unseren Abflug gewartet hatten, und zählen die Raketeneinschüsse. Nach dem dreißigsten geben wir auf und erfahren anderentags, daß im Bereich des Flugplatzes 70 Geschosse niedergegangen waren.

Der Beschuß ist allem Anschein nach zu Ende. Wir steigen eilig, um nicht noch für unsichtbare Scharfschützen eine Zielscheibe abzugeben, in einen Schützenpanzer um, der während unseres ganzen kurzen Aufenthalts in Khost zu unserem wesentlichen Fortbewegungsmittel wird. Ohne uns abgesprochen zu haben, nehmen wir wie bei einer festgelegten Sitzordnung „unsere“ Plätze ein, ich hinter dem Fahrer und Andrej Prawow gegenüber.

Fast ohne etwas von der Straße zu erkennen und ohne die Scheinwerfer einzuschalten, fahren wir mit Höchstgeschwindigkeit auf die Stadt zu. In der Ferne sind die Feuerlinien von Leuchtkugeln zu sehen. Auf einmal überkommt mich ein Lachen. Mir fällt ein, wie ich, als ich meine Sachen für Khost gepackt hatte, überlegte, ob ich nicht für alle Fälle einen Anzug mitnehmen sollte, für einen eventuellen Empfang auf „hoher Ebene“ etwa. Argwöhnisch äugt Andrej zu mir herüber. Ich deute auf mein weißes Hemd und die Krawatte. Beides scheint unter den gegebenen Umständen ziemlich fehl am Platz. Da lacht auch er.

Als wir schon mehrere Kilometer gefahren sind, verstummt mit einem Mal der Motor. Versuche, ihn wieder anzulassen, fruchten nichts. „Khalas“, sagt der Fahrer bedauernd und klettert durch die über ihm offen stehende Luke. Wir folgen seinem Beispiel. Ebbe im Tank. Wie wir später erfahren, ist Kraftstoff in Khost und übrigens nicht nur hier Mangelware. Wie alle anderen notwendigen Güter, Munition und Lebensmittel etwa, wird er auf demselben Weg herbeigeschafft, den auch wir genommen hatten. Egal in welcher Menge und zu welchem Zweck, Benzin gibt es nur auf persönliche Anordnung des Garnisonschefs von Khost.

Die zwei letzten Kilometer legen wir zu Fuß zurück, hin und wieder in Pfützen stolpernd. Im Schützenpanzerwagen war uns die Straße sanfter vorgekommen. Endlich erreichen wir das improvisierte Hotel, eine ehemalige, von Granaten zerschossene Schule. Die glaslosen Fenster sind mit Folie verklebt, die Zimmerdecken von Bränden rußgeschwärzt. Mit Strom versorgt uns ein tuckernder Generator.



Typische Landschaft

„Tschiga heißt Alarm“

Am nächsten Morgen begrüßt uns der Chef des Verteidigungsrats von Khost, Generalleutnant Gulam Faruk, Kommandeur der Garnison und der 25. Division, die die Stadt verteidigt. Er ist 42 Jahre alt und Berufsoffizier. Faruk hat die afghanische Offiziersschule und die Frunse-Akademie in Moskau absolviert. Sein geräumiges Arbeitszimmer, in dem unser Gespräch stattfindet, ist beinahe das einzige unversehrte Zimmer in dem von Granaten ramponierten Stabsgebäude.

Der General teilt uns mit, daß Khost schon seit 10 Jahren gegen die feindliche Umzingelung ankämpft. Sowjetische Truppen waren hier noch nie. Die Verteidiger wehren den Ansturm des Feindes, der keinen Versuch ungenutzt läßt, die Stadt einzunehmen, mit eigenen Kräften ab. Die hartnäckigen Angriffe sind durch ihre strategische Schlüsselstellung bedingt. Über Khost verlaufen wichtige Straßen aus Pakistan, das insgesamt nur 20 bis 30 Kilometer entfernt liegt. Khost ist das Zentrum der ringsum lebenden Stämme, überwiegend Paschtunen. Die Stadt hat einen Flugplatz, eine eigene Fernseh- und Rundfunkstation. Deshalb hätten die „Sieben von Peshawar“ ihre sogenannte Übergangsregierung auch am liebsten in Khost untergebracht und von hier aus, und nicht von außen, den Kampf gegen Kabul angeleitet.

Besonders erbitterte und schwere Kämpfe tobten 1980, 1983 und 1989 um Khost. Sie endeten mit einer schweren Niederlage der Mujaheddin. Die letzte Schlacht um Khost fand bereits nach Abschluß der Genfer Afghanistan-Abkommen statt. Zwischen März und August war die Stadt drei heftigen Angriffen ausgesetzt, von Süden, von Nordosten und wieder von Süden. Im Unterschied zu früher waren an dieser Offensive reguläre

Truppen aus Pakistan und Söldnereinheiten beteiligt, die von pakistanischen Berufsoffizieren wie General Imam geführt wurden. Man hatte Panzer in den Kampf geworfen und dem Sturm einen massierten Beschuß von schwerer Artillerie und Raketen vorausgehen lassen. Doch auch dieser Angriff endete erfolglos, obwohl die von der Welt abgeschnittene Schutz-Garnison nicht eben geringe Schwierigkeiten mit Munition und Reserven bewältigen muß, während die angreifenden Truppen der „Unversöhnlichen“ ungehindert mit allem Notwendigen versorgt werden, aus Miram Shah und Peshawar, über die Umschlagplätze Jawar, Elmarhaiz und Shaulidukan an der Grenze zu Pakistan.

Weil die Opposition nicht imstande ist, die Stadt zu erobern, verlegt sie sich darauf, die Einwohner durch ständigen Beschuß zu zermürben: Pro Tag gehen etwa 200 Raketen, Haubitzen- und andere Artilleriegeschosse auf Posten der Armee und der Stammesräte, auf Wohnhäuser, Schulen, Moscheen und den Basar nieder. Man versucht, die Verteidiger auszuhungern, eben deshalb wird der Flugplatz so besonders erbittert unter Beschuß genommen und angegriffen. Zwei Tage vor unserer Ankunft hatte der Gegner drei Tage lang versucht, den Turi-Ghalighar, den vorherrschenden Berg in der Nähe des Flugplatzes, einzunehmen.

Hier ist alles wie im Militärlehrbuch: Es gibt eine vorgeschobene Verteidigungslinie, keine geschlossene Linie allerdings, sondern eine Reihe von einzelnen in wichtigen Richtungen vorgeschobenen Posten. Dann kommt die zweite Staffel und so weiter. Die Front stellt allerdings das ganze Territorium der Stadt und des angrenzenden Gebiets dar. Neben den regulären Truppen, der Zarandoy (Miliz) und den Sicherheitskräften sind Selbstschutzeinheiten, Einheiten zum Schutz der Revolution und andere paramilitärische Formierungen der Bevölkerung und der Stämme gebildet worden. Die Tätigkeit der Stammesformationen leitet der Rat für die Verteidigung der Stämme. Ihm sind 8 örtliche Räte, in denen insgesamt 1300 Personen zusammengefaßt sind, nachgeordnet. Er führt eigene und vom Militärat gestellte Aufgaben aus. Dem bei einer besonderen Jirgah im Juli letzten Jahres gebildeten Rat der Stämme gehören 100 autorisierte Stammesvertreter an. Sie teilen die Wachen auf den Posten ein, organisieren die Verteidigung der Dörfer, sorgen für Ordnung und üben die Gerichtsbarkeit über diejenigen aus, die mit Getreide spekulieren oder es an den Gegner weitergeben. Wersolcher Straftaten überführt ist, den erwartet strenge Bestrafung, bis hin zum Ausschluß aus dem Stamm. Bei Alarm, der durch Trommeln und „Tschiga“-Schreie ausgerufen wird, erheben sich die Dörfer, und jeder, der ein Gewehr halten kann, nimmt die ihm zugewiesene Stellung ein.

Den Vorsitz über den Stammesrat hat der angesehenste Mullah von Khost, Sayfullah, gleichzeitig der oberste Richter der Stadt, ein Mann von würdevollem Aussehen mit ruhigen, Selbstsicherheit ausstrahlenden Manieren, bärtigem Antlitz, einem Turban auf dem Kopf, über der traditionellen Bekleidung einen modernen Regenmantel. „Inzwischen hat das Volk begriffen“, sagt Mullah Sayfullah, „daß es keine echten und rechtlüglichen Muslime sind, die gegen uns kämpfen, unsere

Moscheen einschern (250 Moscheen allein in Khost, G. A.), die sogar während der Andachtszeiten schießen, unsere Kinder ermorden und unsere Frauen entführen, um sie zu vergewaltigen. Deshalb haben wir uns auch zusammengeschlossen, um unser Land zu verteidigen, obwohl wir des Krieges schon längst überdrüssig sind. Über den Abzug der sowjetischen Truppen waren wir sehr froh. Viele haben erst danach geglaubt, daß sie nicht als Eroberer gekommen sind. Die Afghanen werden nicht vergessen, daß die Shuravi, sowjetische Soldaten, ihr Blut für uns vergossen haben. Trotzdem dachten einige von uns, daß die Sowjetunion uns damals den Launen des Schicksals überlassen hätte. Inzwischen sehen und spüren wir, daß ihr uns hilft. Ohne eure Hilfe könnten wir nicht leben und den Kampf fortsetzen. Die Regierung Najibullah will Frieden. Das ist auch der Grund dafür, daß das Ansehen der Regierung zunimmt und das der Opposition fällt.“

Wir fahren zu den vorgeschobenen Stellungen. Später besuchen wir die Stadt. Begleitet werden wir dabei vom Chef der Politabteilung der Division und der Garnison, Generalmajor Gulam Faruk, einem Namensvetter des Divisionskommandeurs. Er ist 33 Jahre alt und Absolvent der Lenin-Militärakademie in Moskau. In Khost ist er seit fünf Jahren.

Der Stammesposten der Izmailhail und Manduzey, der ständig von 50 Mann besetzt wird, befindet sich einen Kilometer von der nächsten feindlichen Stellung entfernt. Ganz in der Nähe laufen Kinder herum. Nicht weit von uns liegen mehrere Grabstätten. Eine ganze Bauernfamilie war während der Gemüseernte von einer einzigen Granate getroffen worden. Der Kommandeur Malik Shirin ist Vorsitzender des hiesigen Stammesrats und Ältester des Stammes. Er ist 65 Jahre alt und hat acht Kinder. Der Stammesälteste ist ganz mit Waffen und Patronengurten behängt. Sprechen kann er nur noch mit dröhnender Stimme, hier macht sich das Alter bemerkbar und die Gewohnheit, Anordnungen zu erteilen. „Wir wollen keinen Krieg führen“, erklärt er laut und entschlossen. „Krieg ist sinnlos, aber wir werden gezwungen, unsere Familien zu schützen. Wir danken euch, daß ihr in dieser für uns so schweren Zeit zu uns gekommen seid.“

In der Richtung, aus der Panzer zu erwarten sind, wird die vorgeschobene Stellung von einer Zarandoy-Einheit gesichert. Immer wieder versuchen die „Unversöhnlichen“ über Megaphone, die Kämpfer zu bewegen, auf ihre Seite überzugehen, aber es hat noch keinen Fall von Desertion gegeben. „Gute Burschen. Kämpfen ausgezeichnet. Mit bloßen Händen lassen die sich nicht kriegen“, sagt der General überzeugt, als wir in unseren Schützenpanzerwagen klettern.

In der Stadt selbst herrscht stille Geschäftigkeit. Viele Häuser liegen in Trümmern, Schulen sind bis auf die Grundmauern zerstört, eine Granate hat die Hälfte des Gebäudes der Frauenorganisation weggerissen. Die aber setzt ihre Arbeit fort. Von der Saer-Moschee ist nur noch der Grundstock übriggeblieben. Der 95jährige Muezzin, der die Gläubigen laut und gedehnt zum Gebet ruft, ist davon überzeugt, daß die Regierung in Kabul sich für solche armen Schlucker wie ihn

einsetzt, und daß diejenigen, die seine Stadt beschießen, Verbrecher sind.

Ein „ungefährlicher Flug“

Alle zivilen Einrichtungen wie Fernsehen und Rundfunk funktionsfähig hier in Khost. Auch um sie kümmern sich die Militärbehörden. Mit uns zusammen flog im Auftrag von Präsident Najibullah eine Gruppe von stellvertretenden Ministern für Gesundheit, Bildung und Bauwesen, nach Khost, um sich an Ort und Stelle ein Bild zu verschaffen und in Erfahrung zu bringen, was alles noch gebraucht wird, um in der umzingelten Stadt ein mehr oder weniger normales Leben führen zu können. „Jetzt habe ich endlich gemerkt, daß Khost zu Afghanistan gehört“, lacht Generalleutnant Faruk, als wir ihn im Gefechtsstand seiner Division wiedertrafen.

Später entspann sich eine hitzige Debatte darüber, wie man uns wieder wegschaffen, wann man die Maschine aus Kabul anfordern sollte und welche Feuernester des Gegners man tunlichst unterdrücken sollte, um sicher zu gehen. Die Sache wurde auch dadurch erschwert, daß in der Nacht der Mond schien. Endlich wurde beschlossen, die Flüge erst nach Mitternacht starten zu lassen und dann zu sehen, wie der erste Flug ablaufen würde.

Es wurde gemeldet, daß er günstig, ohne einen einzigen Schuß, verlaufen sei. Wieder ging es mit dem unbeleuchteten Schützenpanzerwagen in halsbrecherischem Tempo zum Flugplatz. Das Flugzeug finden wir nicht sofort. Um das Flugzeug herum herrscht emsiges Treiben in absoluter Stille. Die Munition wird ausgeladen. Wir sind eben erst aus dem Transporter gesprungen, als starker Beschuß einsetzt. Alle versuchen, unter den Flügeln des vom Mond beschienenen Flugzeugs, an das sich so viele Hoffnungen knüpfen, in Deckung zu gehen. Ich verliere Andrej aus den Augen. Dann stellt sich heraus, daß ein Afghane ihn umgerissen und mit seinem Körper gedeckt hat. Wir versuchen, im Unterstand unterzukriechen. Das erweist sich als ein Ding der Unmöglichkeit. In der Dunkelheit sind so viele Menschen zusammengedrängt, daß keiner mehr hineinpaßt. Wir kauern uns auf der ersten Stufe nieder und warten den Angriff auf diese Weise ab.

Eine trügerische Stille setzt ein. Alle stürzen zum Flugzeug und schleppen riesige Ballen mit. Als die meisten schon im Flugzeug sitzen und scheinbar alles zum Abflug bereit ist, tritt der Pilot in den beleuchteten Passagierraum und erklärt in ruhigem Ton, daß er mit dieser Ladung und mit so vielen Passagieren nicht abfliegen kann, weil er nicht auf die notwendige Höhe kommen würde. Überhaupt gebe es den Befehl des Generals, nur die sowjetischen Journalisten und einige Militärs auszufliegen.

Ein unvorstellbares Chaos bricht aus. Inzwischen wird der Beschuß fortgesetzt. An der offenen Luke stehen immer noch Munitionskisten. Schreie, Gezeter, Flehen. Gewehre werden geschwungen. Hier wirft man jemanden einfach mit seinen Ballen wieder hinaus, da überredet man jemanden. Nach einer gründlichen Umgruppierung stelle ich fest, daß inzwischen sogar noch mehr Leute als vorher im Flugzeug sitzen. Das regt schon keinen mehr auf. Wir fliegen los und steigen steil in die Höhe...

Fotos des Verfassers und S. Podlesnow
KHOST-KABUL

Was erwartet die PVAP 1990:

Erneuerung oder Spaltung?

Mit dem Sekretär des ZK der PVAP **Slawomir WIATR** führt
NZ-Korrespondent Rudolf Borecki ein Gespräch

**Von der „Vorhut
der Werktätigen“
zu einem breiten
Bündnis der
Linkskräfte.
So stellt sich
den polnischen
Kommunisten
der Weg zu einer
modernen
vereinten
demokratischen
Partei dar**

Im Zentrum Warschau, an der lärmenden Kreuzung der Nowy Swiat und der Aleje Jerozolimskie, steht das monumentale Gebäude des ZK der PVAP – Symbol der Vereinigung der Arbeiterpartei und der Sozialistischen Partei im Dezember 1948. Doch jetzt, in einer völlig neuen Situation, da nach den Wahlen zum Parlament des Landes, zum Sejm und zum Senat, die PVAP nicht mehr die regierende Partei ist, wird das dieses Gebäude nicht zum Symbol des Zerfalls, der Spaltung, zu einem Symbol vergangener Größe?

Also Erneuerung oder Spaltung? Was ist vom näherstehenden 11. Parteitag der PVAP zu erwarten? Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, vereinbarte ich ein Treffen mit dem (seiner Amtszeit wie seinem Alter nach) jüngsten Sekretär des ZK der PVAP Slawomir Wiatr. Slawomir und ich sind schon lange gute Freunde, seit unserer gemeinsamen Arbeit am Gesamtpolnischen Zentrum für politische Wissenschaften, an dem ich, delegiert vom Ministerium für Hochschulwesen der UdSSR, etwa drei Jahre verbrachte. Unterwegs fielen mir kaum sichtbare Veränderungen auf: Weniger Dienstwagen stehen jetzt vor dem Gebäude, in den langen Korridoren trifft man kaum mehr auf irgendwohin eilende Leute mit einem undurchdringlichen Gesichtsausdruck, Passierscheine werden nicht mehr verlangt. Ein Eindruck von Geschäftigkeit, von Konzentration verbreitet sich...

„Genosse Wiatr erwartet Sie.“

Ja, er hat mich wirklich erwartet: Auf einem kleinen Tisch stehen Tee und Gebäck bereit, liegt ein Stapel Papier. Unser Gespräch begann mit einer auf den ersten Blick persönlich scheinenden Frage, die jedoch wie sich herausstellte, direkt mit dem zu tun hat, was jetzt in der Partei geschieht. Ich fragte: Wie ist er, ein Politologe, der nie dem Parteiapparat angehörte, hierhin, ins ZK und dazu noch auf einen so hohen Sessel, gelangt. Er lachte:

„Eigentlich weiß ich das selbst nicht, es ist wohl ziemlich ungewöhnlich. Zumindest hast du vor dir wohl den ersten nicht zur Nomenklatur gehörenden Sekretär des ZK – nicht ernannt, sondern ganz demokratisch gewählt. Das ganze hat auch eine Vorgeschichte. Alles begann bereits in unserem politologischen Zentrum, in den Seminaren von Prof. Artur Bodnar: Die Praxis, die konkreten Aufgaben erwachsen aus der allseitigen wissenschaftlichen Analyse der politisch-gesellschaftlichen Lage im Lande und aus der Lebensnotwendigkeit, die Partei zu reformieren. Eine Gruppe von Gleichgesinnten bildete sich – die „Seminaristen von Prof. Bodnar“. Eine rege, aktive Gruppe, die die Stimmungen der jungen Parteimitglieder zum Ausdruck brachte und ihre Positionen formulierte. Während von allen Seiten Kritik an der Gesellschaftsordnung, an der Wirtschaftspolitik, an der Rolle und Stellung der Partei in unserer Gesellschaft geübt, der innerparteiliche Konservatismus überall verurteilt wurde und sich der Parteiapparat in seine Arbeitszimmer verkroch,

gingen wir unters Volk. Wir verfaßten viele Artikel, ergriffen in Rundfunk und Fernsehen das Wort, beteiligten uns an Diskussionen. Hierbei konzentrierten wir uns nicht auf allgemeine Fragen, sondern vor allem auf die konkrete Erneuerung der Partei.“

„Würdest du das bitte etwas konkretisieren?“

„Siehst du, die führende Rolle der Partei war bei uns ebenso wie bei euch in der Verfassung festgeschrieben. Ich halte das für einen Fehler: Nicht ein Dokument, sondern nur die Gesellschaft selbst kann der Partei die Führungsrolle anvertrauen. Und sie hat der PVAP dieses Vertrauen bei den Parlamentswahlen entzogen. Und die Frage hat sich dann sozusagen von allein geklärt? Ja, so war es. Doch unsere Vorschläge für eine Veränderung des Status der Partei hatten wir bereits vor anderthalb bis zwei Jahren formuliert – und nicht nur zu dieser Frage. Wir verlangten einen Übergang der Partei zu anderen Tätigkeitsbereichen nach dem Territorialprinzip, in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen. Hierbei verzichteten wir nicht auf die traditionellen Arbeitsformen in den Produktionskollektiven, wo auch die Gewerkschaft, unsere Vertretung dort, ein Tätigkeitsbereich sein kann. Weiter. Wir riefen zu einem Verzicht auf das im Parteistatut enthaltene Prinzip des demokratischen Zentralismus auf, zur Schaffung solcher Mechanismen für das Funktionieren der Parteiorganisationen von unten nach oben, die jedes Parteimitglied zu einem realen Subjekt der Tätigkeit machen und die Möglichkeit garantieren würden, daß die private Initiative jedes Parteimitglieds verwirklicht wird. Die Partei insgesamt aber erarbeitet, bestimmt die allgemeine Orientierung, liefert die Arbeitsinstrumente. Und noch etwas, sie festigt die ständigen Verbindungen zwischen den Grundorganisationen an der Basis, die bekanntlich die Grundlage der Partei bilden – sie, und nicht das Zentrum.“

„Mit anderen Worten, die horizontalen Verbindungen, nicht aber die vertikale Unterordnung sollen das Wichtigste werden?“

„Im Prinzip ja.“

Hier ist eine Erläuterung erforderlich, genauer gesagt, ein Exkurs in die jüngste Geschichte.

Ein ähnlicher Versuch, die PVAP demokratisch zu reformieren – ebenfalls auf Initiative von unten, ohne Beteiligung des Parteiapparats, und das sogar in einer Krisensituation, unter dem Druck äußerer Umstände – war im denkwürdigen Jahr 1980 unternommen worden. Eine Gruppe junger Parteimitglieder, besorgt über das schwindende Ansehen der PVAP und die Passivität des Zentrums, organisierte eine Bewegung direkter Zusammenarbeit der Grundorganisationen der Partei, die „Bewegung der horizontalen Strukturen“. Jetzt läßt sich nur schwer sagen, ob sie zum Allheilmittel gegen die Probleme hätte werden können, die die Partei in den Krisenjahren 1980/81 heimsuchten – diese Reformen sollten damals nicht Wirklichkeit werden. Von der Spitze wurde die Bewegung für parteifeindlich erklärt. Einer ihrer Ideologen, der wissenschaftliche Mitarbeiter der Akademie für Gesellschaftswissen-

schaften beim ZK der PVAP Wojciech Lamentowicz, wurde aus der Partei ausgeschlossen, und viele junge Kommunisten gaben selbst ihr Parteibuch zurück. Nichtsdestoweniger wird, wie wir sehen, jener erfolglose Anlauf erneut unternommen, zu versuchen, die Partei jetzt, in einer für sie noch schwereren Zeit, zu retten.

Doch zurück in das Arbeitszimmer des Sekretärs des ZK der PVAP zu dem unterbrochenen Gespräch. Slawomir Wiatr fährt fort:

„Eben mit einer solchen Plattform für demokratische Umgestaltungen in der Partei begann alles. Dann folgten Publikationen, Interviews und Diskussionen, kurz gesagt, der natürliche Prozeß der größtmöglichen Verbreitung unserer Ideen, unserer Position. Das war vor einem Jahr. Und etwas später fand ein schon legendäres Treffen statt – eine freie Diskussion hier, in der Kantine des ZK, die erstmals allen offen steht. Weitgehend antikommunistisch eingestellte junge Menschen kamen. Auch unsere Anhänger hatten sich eingefunden. Gastgeber der Begegnung war ZK-Sekretär Leszek Miller, ich aber bekam den Auftrag, die Diskussion zu moderieren – eine stürmische, leidenschaftliche, doch, wie ich überzeugt bin, nützliche Diskussion: Die Menschen müssen ja ein zivilisiertes Miteinander lernen. Dann folgten die langen und angespannten Gespräche am Runden Tisch, bei denen ich Sekretär der Gruppe für Jugendfragen war. Anschließend das 11. Plenum des ZK, wonach ich Abteilungsleiter wurde. Und unlängst wählte man mich zum Sekretär des ZK. Und dann noch, auf den Ruinen unseres Wahlkampfes, wurde ich PVAP-Abgeordneter des Sejm.“

„Ich habe in der Presse von neuen Initiativen des PVAP-Abgeordnetenklubs gelesen. Vielleicht berichtest du kurz darüber?“

„Das Ansehen des Klubs ist jetzt auch dank seinen parlamentarischen Initiativen, deren Realismus und Ausgeglichenheit gestiegen, ja überhaupt, weil der Klub ein realer struk-

tureller Mechanismus ist, über den die Partei Einfluß auf die Politik des Staates nimmt. Für uns ist ja eine völlig neue Situation entstanden: Die Partei ist schon nicht mehr wie früher mit den Leitungsinstitutionen verwachsen, der Prozeß der Entflechtung der Partei und des Staatsapparats gewinnt an Dynamik. So erklärt sich auch die natürliche Zunahme der Rolle des Abgeordnetenklubs der PVAP. Allerdings stimmen weitaus nicht alle in der Partei dem leichten Herzens zu. Doch das ist die Logik der Veränderungen, das ist nun einmal die Realität von Systemveränderungen, eine Realität, die berücksichtigt werden muß. Der Abgeordnetenklub sucht ständig nach Formen und Methoden für die aktive parlamentarische Mitarbeit, nach dem optimalen Grad seiner Selbstständigkeit. Der 11. Parteitag, der vieles verändern kann, rückt näher. Der Abgeordnetenklub der PVAP als organischer funktionaler Bestandteil des polnischen Parlaments aber wird der alte bleiben: ein aktiver Verfechter des Einflusses der Partei auf die Politik des Staates.“

„In Moskau, vor meiner Ankunft in Warschau, tat ich alles, um aus der ungewöhnlichen Buntheit der polnischen Publikationen sowie von polnischen Freunden, die zu uns kommen, glaubwürdige Informationen über die tatsächliche Situation in der PVAP zu erhalten. Doch, ehrlich gesagt, außer vorgegebenen Nekrologien der Presse und unklaren Äußerungen über eine mögliche Spaltung der Partei konnte ich nichts entdecken. Was meinst Du als ZK-Sekretär dazu?“

„Ja, diese Frage ist natürlich besonders schwer. Und ich will hier keine Prophezeiungen wagen. Ich bleibe dabei, daß die Gefahr der Spaltung der Partei tatsächlich gegeben ist. Warum ich von einer solchen Gefahr spreche? Erinnern wir uns an die kürzlichen Erfahrungen Ungarns. Kommt es zu einer Spaltung der PVAP, wird die polnische Linke für Jahrzehnte als bedeutende Kraft aus der politischen Arena des Landes verschwinden. Unsere Chance liegt in der Einheit. Eine auf

alte Weise verstandene Einheit ist bereits wirkungslos. Wir brauchen die Einheit einer neuen Qualität: nicht eine gehorsam-konjunkturbedingte, in Wirklichkeit gleichgültig-untätige Einheit, sondern eine Einheit, die vom einzelnen, von der Aktivität jedes Parteimitglieds, von der Anerkennung des Pluralismus der Meinungen ausgeht. Doch das habe ich ja schon gesagt.“

„In der Partei sind tatsächlich nicht wenige verschiedene Bewegungen entstanden...“

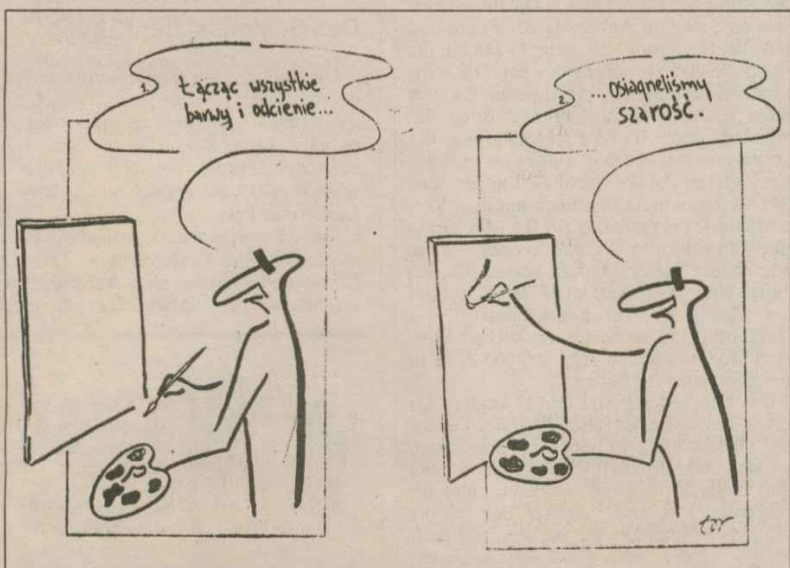
„Ich würde sogar sagen, eine Vielzahl von Bewegungen. Eine Analyse der Dokumente der wichtigsten Strömungen, eine aufmerksame Lektüre ihrer Plattformen, zeigt, daß der Unterschied zwischen ihnen nicht prinzipieller Art ist. Er kommt eher im emotionalen Bereich zum Ausdruck.“

„Würde man versuchen, die in dieser Vielfalt bedeutendsten Strömungen zu charakterisieren, was ließe sich da sagen?“

„Eine der aktivsten und unserer Gruppe besonders nahestehende Strömung ist die Bewegung des 8. Juli. Gerade an diesem Tag des Jahres 1989 kamen im Senatsaal der Warschauer Universität Vertreter des Parteikomitees, Gäste aus anderen polnischen Hochschulen, von Produktionsbetrieben, der Akademie der Wissenschaften und einige Mitarbeiter des zentralen Parteiapparats zusammen. Prof. Jerzy Wiatr“ (ein namhafter polnischer Politologe und Soziologe, Slawomirs Vater – d. Red.) „legte eine Plattform für eine Erneuerung der Partei, für eine Demokratisierung der PVAP vor. Sie wurde zur Grundlage für die Diskussion. Doch bereits zuvor hatten einige Parteiorganisationen in Krakow, Katowice, Elblag u. a. ähnliche Initiativen ergriffen. Diese Bewegung erlangte sogleich breiten, ja gesamtpolnischen Charakter. Die Plattform, die im Ergebnis dieser und späterer Diskussionen vielen Berichtigungen und Ergänzungen unterzogen wurde, enthält einige konstruktive Ideen jener früheren – vom Beginn der 80er Jahre – Bewegung der „horizontalen Strukturen“. Sie umfaßt die Forderung nach proportionalen, direkten und geheimen Wahlen der Delegierten zum Parteitag. Deutlich ist auch das Streben zu spüren, die überholten, unter den neuen Bedingungen schon nicht mehr funktionierenden Prinzipien einer regierenden Partei zu überwinden. So kann sich die Partei schon nicht mehr auf Artikel der Verfassung stützen, auf eine für gesetzlich erklärte, historische Mission, sondern nur auf den Willen der Wähler. Folglich darf sich die Partei nicht ausschließlich von den eigenen ideologischen Prinzipien leiten lassen, sondern muß sich auch an allgemeinen Werten, die das polnische Volk vereinen, orientieren – am Humanismus, am Wert des einzelnen, an Gerechtigkeit im wirtschaftlichen und an Demokratisierung im politischen Wettkampf, an sozialer Gerechtigkeit usw.“

„Eine solche Charakteristik der Plattform der Bewegung vom 8. Juli ist überzeugend und aussichtsreich. Doch wird diese Bewegung eine konsolidierende Rolle in der Zeit vor dem Parteitag wie auf dem Parteitag selbst spielen können?“

„Es ist nicht leicht, diese Frage eindeutig zu beantworten. Vor allem, weil die Bewegung keineswegs ein Monolith ist. Manche



Alle Farben und Farbtöne wurden gemischt... Und man erhielt grau

Zeichnung aus: "Tribuna Ludu" (Polen)

streben nach Autonomie. Einige betrachten ihre Mission als beendet – haben sie ja, wie sie sagen, die innerparteiliche Debatte belebt, eine programmatische und ideologische Diskussion ausgelöst, haben entscheidenden Einfluß auf die Wahlprozedur genommen, also in der Perspektive auf die Zusammensetzung des Parteitag. Die Erfahrungen der Bewegung, ihre Vorschläge liegen einer vor dem Parteitag verabschiedeten Erklärung zugrunde. Ich meine, daß ist wirklich viel, doch es reicht nicht aus.

Man muß in dieser angespannten, ja für die Partei entscheidenden Zeit vor dem Parteitag auch eine andere repräsentative Bewegung berücksichtigen – eine populistische Bewegung, die mit der Plattform der Gesamtpolnischen Verständigung der Gewerkschaften sympathisiert. Sie erhebt mit der Realität nicht in Einklang zu bringende soziale und wirtschaftliche Forderungen – doch diese Bewegung gibt es, und ihre Rolle kann bedeutend sein. Der Parteitagsausschuß, der die programmatischen Dokumente aller Bewegungen analysierte, kam zu dem Schluß, daß es nicht besonders schwer sein dürfte, sie zu einer gemeinsamen Plattform zu vereinen. Ich bin ebenfalls dieser Meinung, da ich viel im Land umherreise, mit Menschen zusammentreffe und sehe, daß die Unterschiede, wie gesagt, vor allem im emotionalen Bereich liegen.

Doch es gibt auch eine extreme Position, deren Vertreter behaupten, daß sich die Krisenerscheinungen, die unser Land und vor allem die Partei durchmachen, durch die Inkompetenz der Parteiführer, durch das Abgehen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus erklärten und folglich eine Spaltung der Partei und der Untergang des Sozialismus unausweichlich seien.“

„Was sind das für Leute?“

„Eine Gruppe von Genossen aus Katowice, angeführt von Wsewolod Wolczew, einem früheren Dozenten an der Parteischule von Katowice. Es sind orthodoxe Marxisten-Leninisten“ (oder gar Stalinisten? – d. Red.), „sie sprechen hartnäckig von einer Verschwörung der 50er Jahre“ (ob da nicht das Tauwetter nach dem 20. KPdSU-Parteitag gemeint ist? – d. Red.), „dessen Früchte das Land und die PVAP jetzt ernten.“

Und dann am entgegen gesetzten Pol die Forderungen, wir sollten uns überhaupt von all unseren Traditionen lossagen und uns auf sozialdemokratische Positionen umorientieren.“

„Wie stark, wie angesehen sind die Vertreter dieser extremen Bewegungen?“

„Ich würde sie weder als realistisch denkendes Parteimitglied noch als Sekretär des ZK überbewerten.“

„Folglich gibt es in der Struktur der Partei heute keine einheitliche Kraft, die die aktiven und konstruktiven Kräfte der Partei vor dem Parteitag konsolidieren könnte?“

„Siehst du, in einigen Gruppen, nicht nur in der Bewegung des 8. Juli, gibt es Leute, die unbedingt die Oberhand gewinnen wollen. Im politischen Kampf gibt es überhaupt nicht wenige Ambitionen, Emotionen, weit aus nicht immer konstruktiven Subjektivismus. Das ist eingestandenmaßen keineswegs die beste und glücklicherweise nicht die dominierende Tendenz. Relativ leicht kann man ein ganz allgemeingehaltenes Pro-

gramm formulieren, indem man verschiedene Positionen zusammenfaßt und verallgemeinert. Doch in unserem politischen Leben figurieren, wie wir gesehen haben, sowohl Kräfte, die eine Rückkehr zur Vergangenheit wollen, als auch Kräfte, die eine forcierte Vertiefung der Reformen verlangen. Das aber ist ein großer, ich würde sagen, grundsätzlicher Unterschied.

Ich meine, auf dem 11. Parteitag wird sich die Idee der Umwandlung der PVAP in eine moderne vereinigte demokratische Partei der Linkskräfte durchsetzen. Eben das ist anzustreben. Doch die Schaffung, die tatsächliche Entstehung einer solchen Partei wird erst nach dem Parteitag erfolgen. Dieser Prozeß wird, wie ich meine, zwischen dem ersten und dem zweiten Kongreß der neuen Partei erfolgen. Eben dann wird man eine große Arbeit leisten müssen, um ein Programm zu formulieren – und das weniger, was ein gemeinsames Ziel betrifft, als vielmehr in ganz konkreter Hinsicht. Und zwar, weil, wenn wir die Mehrheit der Parlamentssitze zurückerobern wollen, unser Programm ausführlich, detailliert, für alle verständlich und für eine Mehrheit attraktiv sein muß. Und wenn wir von der künftigen Partei sprechen, werden in Zukunft nicht wir, die Zentrale, ihre Kraft und Einheit bestimmen, wie das früher war, sondern diejenigen, die sich bewußt und selbstlos der Partei anschließen. Wir aber, also die Parteizentrale, werden nur den allgemeinen Rahmen vorgeben – die Konzeption eines modernen demokratischen Sozialismus. Und jeder, der an seiner Schaffung teilnehmen will, wird Verständnis und Wohlwollen finden.“

Die von Slawomir Wiatr aufgezeigte Perspektive scheint mir durchaus konstruktiv zu sein – als optimale Variante der Entwicklung. Doch Prognosen sind das eine, das Leben aber, das sie korrigiert, geht oft seinen eigenen Weg. Und das sehen wir gerade in Ost- und Südosteuropa.

Hier die jüngsten Fakten aus der polnischen Wirklichkeit. Fakten, die sich eher auf den Alltag beziehen. Doch... Die Presse meldete eine weitere Anhebung der Preise und daß die Regierung seit dem 1. Januar die Kontrolle über sie aufgegeben hat. Die Wirtschaftswissenschaftler errechneten sogleich einen weiteren sprunghaften Anstieg der Inflation und eine Verschlechterung des Lebensniveaus, spürbar stärker als geplant. Am anderen Pol aber sieht alles anders aus: Die Modegeschäfte begannen mit dem Verkauf von Damenmänteln für 0,5 Mio Zloty; eine Eintrittskarte für ein Abendessen im Warschauer Hotel Marriott kostet 200 000 Zloty, eine Tasse Kaffee 14 000 Zloty und eine Flasche französischen Champagners 1 Mio Zloty! Und das bei einem durchschnittlichen Monatslohn von etwa 300 000 Zloty in den staatlichen Betrieben.

Das Leben der Partei und besonders der linken Bewegung ist Bestandteil des Lebens der Gesellschaft. In einer so gespannten sozialen und wirtschaftlichen Situation kann alles mögliche passieren. Warten wir also mit Prognosen – bis zum Parteitag, der, wie die polnischen Kommunisten meinen, nicht nur der 11., sondern auch ein Gründungsparteitag sein wird.

Warschau – Moskau

Die japanisch-sowjetischen Nachkriegsbeziehungen sind insofern bemerkenswert, als 44 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkriegs zwischen Tokio und Moskau immer noch kein Friedensvertrag existiert, der formell den Krieg beendet hätte. Am zweiten Weltkrieg waren 28 Staaten beteiligt, aber die einzigen, die sich formell noch nicht über den Abschluß des Krieges verständigt haben, sind Japan und die UdSSR.

Wegen des für das Jahr 1991 geplanten Staatsbesuchs vom Vorsitzenden des Obersten Sowjets Michail Gorbatschow in Japan ist die Forderung, ein politisches Szenario auszuarbeiten, das die japanisch-sowjetischen Beziehungen grundsätzlich verbessert, so aktuell wie nie.

Meiner Ansicht nach sollte im Verlauf dieses Treffens auf jeden Fall ein Friedensvertrag unterzeichnet werden. Damit wäre es auch möglich, eine stabile Grundlage für bilaterale Beziehungen zu schaffen und die Lösung der Probleme voranzutreiben, von denen die Zukunft unserer Länder abhängt. Diese Probleme sind die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Friedenssicherung.

Man muß offen zugeben, daß in erster Linie die Außenministerien daran schuld sind, daß zwischen unseren Ländern keine normalen Beziehungen bestehen. Ich möchte betonen, daß die wichtigste Ursache, welche die Lösung der Probleme behinderte, die Lähmung der sowjetischen Außenpolitik zur der Zeit war, in der Andrej Gromyko das Außenministerium leitete. Ich will aber nicht sagen, daß die japanische Seite ganz unschuldig ist. Man kann kaum leugnen, daß Japan, dessen staatliche Strategie es war, gute Beziehungen zu den USA zu unterhalten, diesen Beziehungen das Verhältnis zur UdSSR opferte.

Das Schicksal der Kurilen

Die Seiten zeigten gegenseitige Härte in der „offenen territorialen Frage“. Die Sowjetunion blieb unbeugsam der Ansicht, es gäbe keine solche Frage, und Japan benutzte das als Vorwand, es bei den schlechten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu belassen.

Diese Frage ist natürlich nicht nur einmal im Laufe von Gesprächen auf höchster Ebene und zwischen den Außenministern geführt worden. Aber diese Gespräche



KOJI SUGIMORI,
Generalsekretär
der Japanischen
Gesellschaft
für kulturelle
Kontakte mit
dem Ausland

Drama für zwei Personen

oder: Hinter den Kulissen eines geplanten Staatsbesuchs

Koji Sugimori

kamen nicht aus der Sackgasse heraus, und die gemeinsamen Erklärungen und Communiqués bestanden aus unpräzisen Formulierungen.

Um die japanisch-sowjetischen Beziehungen vom toten Punkt zu bringen, bedarf es, um den gängigen Ausdruck zu verwenden, einer Perestrojka im System der japanisch-sowjetischen Konsultationen. Zu den vorhandenen auf der Ebene der Außenministerien müßte man solche auf höchster politischer Ebene hinzufügen. Nicht Diplomaten, sondern Politiker vermögen es, mutige Entscheidungen zu treffen. Die in Japan regierende Liberal-Demokratische Partei ist dazu bereit.

Der Besuch des Mitglieds des Politbüros Alexander Jakowlew, seine Idee, einen „dritten Weg“ zu suchen, sind ein Beispiel für eine vernünftige politische Initiative.

Das Erreichen eines Kompromisses bringt in der Regel diplomatischen Gesprächen den Erfolg. Es können fast alle diplomatischen Probleme gelöst werden, wenn die politische Führung und die Diplomaten beider Seiten sich ernsthaft an die Arbeit machen. Die Territorialfrage ist dabei keine Ausnahme.

Wie kann man dieses Problem lösen? Meiner Ansicht nach könnte das Szenario wie folgt aussehen.

Erstens übergibt die UdSSR innerhalb eines Friedensvertrags die Inseln Habomai und Shikotan an Japan, wie es in der sowjetisch-japanischen Deklaration von 1956 vereinbart worden war.

Zweitens gibt die UdSSR in einem der Artikel des Friedensvertrages ihrer Achtung vor der geschichtlichen Vergangenheit der Inseln Kunashir und Iturup Ausdruck und davor, daß sie die Inseln im Prinzip als japanisches Hoheitsgebiet anerkennt. Im Vertrag wird die Formel angewandt, „daß ihre Grenzen auf völkerrechtlicher Grundlage, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung, verändert werden können“, eine Formulierung, wie sie in der Schlußakte von Helsinki verwendet worden ist, die auch von der Sowjetunion unterzeichnet worden ist.

Drittens werden die Südkurilen inzwischen durch die Übereinkunft der beiden Seiten zur gemeinsam verwalteten Zone, die zudem nach dem Vorschlag der Vereinten Nationen entmilitarisiert wird. Möglich ist auch ihre Umwandlung in eine internationale Zone, die von beiden Seiten entwickelt ist.

Viertens bleibt die faktische Übergabe der Südkurilen an Japan ein Gegenstand weiterer Konsultationen. Allerdings sollte hierbei berücksichtigt werden, daß diese Inseln

inzwischen die Sowjetunion besitzt und dort Bürger der Sowjetunion leben.

Zehn Prozent und ein Millionstel

Der Friedensvertrag und die Stabilisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten werden eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen. Aber um die Beziehungen Japan - UdSSR weiter zu entwickeln, muß auch das Handelsvolumen erweitert werden. Man muß unbedingt neben den konkreten Gesprächen über einen Friedensvertrag auch ein Szenario für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen ausarbeiten. Genau hier liegt der Schlüssel zum Erfolg des Besuchs Michail Gorbatschows in Japan.

Offen gestanden, ist es äußerst kompliziert, hier etwas auf den Weg zu bringen. Jetzt kauft Japan Holz, Gold und Fisch in der Sowjetunion, aber verkauft Maschinen und Stahl, darum ist in der nächsten Zukunft keine Perspektive für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sichtbar.

Man hört viel über den Wunsch der UdSSR, Joint Ventures zu gründen und sie gemeinsam zu betreiben. Aber die Voraussetzung für das Funktionieren von Joint Ventures ist es, daß sie profitabel für die westlichen Firmen sind. Das setzt erstens passende Bedingungen für qualitativ hochwertige Produktion bei niedrigen Kosten voraus, zweitens eine Infrastruktur, drittens Ingenieure und Arbeiter, deren Fähigkeiten im Gegensatz zu den Löhnen nicht unter denen in den Herkunftsländern liegen, viertens eine Rechtsgrundlage, welche die Existenz und den Profit der Firmen garantiert ebenso wie ein attraktives Besteuerungssystem. Von all dem kann in der Sowjetunion zur Zeit keine Rede sein.

Dazu kommt der Unterschied im technologischen Niveau der Länder. Eine gemeinsame Produktion auf dem Gebiet der Hochtechnologie, ein Wunsch, der ständig von der Sowjetunion geäußert worden ist, muß in der Praxis als kaum durchführbar angesehen werden. Und das keineswegs nur deshalb, weil es die Einschränkungen der Cocom-Liste gibt.

In japanischen Fabriken hat man die Ausschußrate in Hochtechnologiebereichen auf ein Millionstel gesenkt. In der UdSSR beträgt diese Ziffer, ungeachtet der niedrigeren Produktionsstandards, zehn Prozent. Dieser Unterschied in der Qualität ist astronomisch zu nennen. In Japan stellt man ein Zehnmillionstel des Ausschusses her, den man in der Sowjetunion produziert! In dieser Situation gibt es keine Grundlage für eine

gemeinsame Produktion im Hochtechnologiebereich.

Dazu will ich auf die fehlende Konvertierbarkeit der sowjetischen Währung hinweisen, den bürokratischen Charakter der Produktionsverwaltung. Das System der Versorgung mit Technik und Material ist zurückgeblieben. Das Feld der Kooperation in der Produktion und die Möglichkeiten gemeinsamen Unternehmertums werden also begrenzt auf die Weiterverarbeitung von Rohstoffen, für die Japan einen Absatzmarkt abgibt. Was die Dienstleistungen angeht, so sind diese immer noch der schwächste Bereich der Wirtschaft der Sowjetunion, und so ist auch die Entwicklung einer Zusammenarbeit zum Beispiel auf dem Gebiet der Touristik unwahrscheinlich, solange sich hier in der Sowjetunion nichts tut.

Ökonomische Verbindungen sind immer konkret. Angenommen, Japan gewährt der UdSSR einen Kredit von fünf Milliarden Dollar. Irgendwann würde der Kredit fällig werden. Womit würde man ihn zurückzahlen? Früher wurde die Sowjetunion als ein Land mit geringem Risiko für Kapitalanleger angesehen. Aber das Vertrauen in sie als zahlungskräftiger Schuldner fällt beständig.

Was ist zu tun? Welche Ideen scheinen vielversprechend, wenn man die Sache von Tokio aus betrachtet? Internationale Hilfe bei der Modernisierung der Landwirtschaft, Lagerung und Absatz von Agrarprodukten. Errichtung eines internationalen Netzes von Atomkraftwerken, selbstverständlich samt Sicherheitstechnik, mit dem Ziel, Elektrizität zu exportieren. Eine langfristige internationale Zusammenarbeit bei der Nutzbarmachung und rationellen Anwendung der sowjetischen Holzreserven. Produktion von Methanol und Abbau von seltenen Metallen auf multilateraler Grundlage. Modernisierung der sowjetischen Stahlguß- und Automobilindustrie. Ausarbeitung eines Systems, das die Erfindungen in der Sowjetunion weltweit nutzbar machen würde. Ausgabe von Lizenzen zum Bau von Hotels und anderer Objekte der touristischen Infrastruktur, die von ausländischen Firmen gebaut würden.

Zum Schluß möchte man der Sowjetunion wünschen, daß sie bei ihren Anstrengungen, das Leitungssystem zu verbessern, die Ökonomie, besonders die industrielle Technologie, umzugestalten, ohne politische Zugeständnisse auskommt. Wie die Erfahrung vieler Länder zeigt, können diese einen Weg aus der Krise zeigen - einen Weg, der in den Untergang führt.

TOKIO

Die Achillesferse des „starken Mannes“

Der Prozeß gegen General Manuel Antonio Noriega, der sich den US-Behörden auf Gnade und Ungnade ergeben hat, könnte sich in die Länge ziehen

Im Grunde leistete Panama „starker Mann“ dem Aggressor keinen Widerstand. Zwar hieß es in den ersten Interventionstagen, der General leite mit der Waffe in der Hand eine Armee seiner Mitstreiter im Gebirge der Provinz Chiriqui, aber statt dessen suchte er Zuflucht in der Nuntiatur des Vatikan und ergab sich schließlich dem Sieger auf Gnade und Ungnade.

Wie sich rasch herausstellte, nahmen die Nationalen Verteidigungskräfte, die von Noriega in den letzten 7 Jahren befehligt worden waren, an den Kämpfen faktisch nicht teil. Nur die Freiwilligentruppe, die sogenannten Dignidad-Bataillone, traten den US-Truppen entgegen.

Die militärische Aktion der USA in Panama ist also vom Standpunkt des Weißen Hauses ein voller Erfolg: General Noriega, die „Wurzel des Übels“, ist entmachtet und verhaftet worden. Im Land regiert das Kabinett Guillermo Endaras, des wahren Siegers der Mai-Wahlen. In Übereinstimmung mit ihren wirklichen Ergebnissen konstituiert sich gegenwärtig auch Panamas Parlament.

Was den „Erfolg“ der Operation betrifft, hat die Medaille auch eine Kehrseite, die für Washington weniger angenehm sein dürfte: Durch diesen Rückfall in die Politik des „großen Knüttels“ haben die USA ihr eigenes Ansehen empfindlich geschädigt. Nicht von ungefähr stimmten bei einer Tagung der UNO-Vollversammlung 75 Staaten für eine Resolution, die die Invasion in Panama verurteilt (bei nur 20 Gegenstimmen und 40 Stimmenthaltungen).

Viele rätseln nun hin und her, warum ein Land, das sich so lange und sorgfältig auf die Zurlückschlagung einer US-Aggression vorbereitete, so bald, fast widerstandslos kapituliert hat. In den Zeitungen verschiedener Länder wurde Panama als eine beinahe unbezwingbare Festung geschildert. Die von

Noriega kontrollierte Presse schrieb, bei einer Invasion würde das Pentagon Tausende und Abertausende Soldaten verlieren und ein „zweites Vietnam“ erleben (in Wahrheit haben die Amerikaner 23 Getötete und rd. 300 Verwundete). Der panamaische Nationalismus und Antiamerikanismus wurden als die wichtigsten Motive eines künftigen Massenwiderstands dargestellt: Das Haus jedes Panamaers würde ein befestigter Feuerpunkt sein, wo der Aggressor schon im Näherkommen seinen Tod findet. Mir fiel während einer vorjährigen Reise etwas anderes auf: Den meisten Panamaern ging es in erster Linie darum, ihr Schiffchen ins Trockene zu bringen. Als die Aggression begann, gingen nicht wenig Panamaer während der zeitweiligen Machtlosigkeit im Lande nicht mit einer Waffe, sondern mit einem Brecheisen auf die Straße. Geschäfte und Läden in der Hauptstadt und in Colon, einer für ihre Freihandelszone bekannten Stadt an der Atlantikküste, wurden ausgeplündert.

Nichts liegt mir ferner, als den Patriotismus der Panamaer insgesamt anzuzweifeln. Auf sie stützte sich General Omar Torrijos,

als er die Übergabe der Kanalzone an Panama verlangte. Aber in den letzten Jahren wurden die patriotischen Gefühle und Stimmungen der Panamaer von einer bestimmten Gruppe von Militärs und Politikern des Landes dazu ausgeschlachtet, die eigenen herrschenden Positionen und Privilegien zu bewahren. Bei den vorjährigen Wahlen wandten sich die meisten Einwohner gegen die Militärdiktatur.

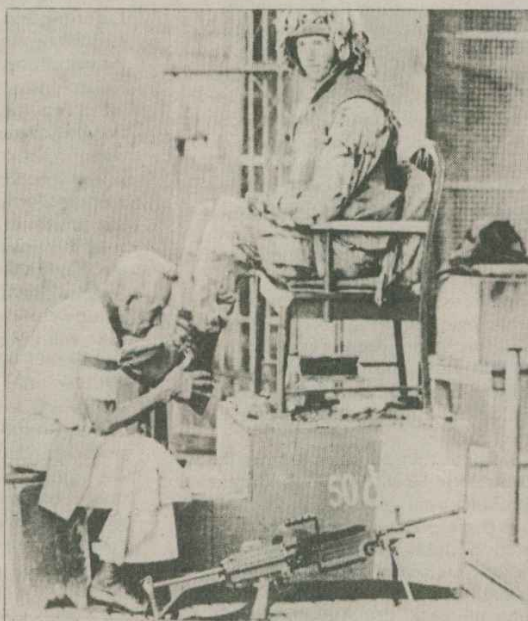
Kurzum, der rasche Ausgang der heutigen Ereignisse in Panama erklärt sich meines Erachtens damit, daß seine Bürger sich weigerten, das Blut für die Interessen der elitären Noriega-Clique zu vergießen, und daß seine Autorität als Führer der Nation eine Scheinautorität war. Ebendas erwies sich als die Achillesferse des „starken Mannes“ von Panama.

Noriega (geb. am 11. Februar 1938) lernte und studierte in Panama, erhielt seine militärische Ausbildung in Peru und gehörte seit 1962 der Nationalgarde an, wo er sich innerhalb von 20 Jahren vom Oberleutnant bis zum Obersten emporgedient hat. 1983 wurde er der Befehlshaber der Nationalen Verteidigungskräfte und konzentrierte die reale Macht im Lande in seiner Hand. In den 70er Jahren leitete Noriega den Aufklärungsdienst der Nationalgarde. Wie angenommen wird, fällt seine besonders enge Zusammenarbeit mit der CIA, deren Chef der heutige US-Präsident George Bush war, gerade in jene Jahre. Erstmals begegneten sie sich 1976, dann 1983, als Bush schon Vizepräsident war. Ich erinnere daran, um zu zeigen: General Noriega ist erst seit kurzem ein „Erzfeind“ der USA und ihres Präsidenten Bush.

Das Gericht in Miami erhob gegen Noriega eine Beschuldigung mit 12 Punkten wegen Rauschgiftdelikte. Weitere drei Punkte stammen vom Gericht in Tampa, ebenfalls Florida. Wenn sich alle Beschuldigungen bestätigen, drohen Noriega 210 Jahre Freiheitsentzug und eine Geldstrafe von anderthalb Millionen Dollar. Das neue Regime in Panama legt Noriega außerdem politische Morde, Korruption und Wahlfälschungen zur Last. Aber ein Prozeß gegen Noriega wird nur nach der US-Anklage geführt. Noriega hat alle Beschuldigungen zurückgewiesen.

Die einen erwarten die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung mit Neugier, andere mit Unruhe. Sollte der General tatsächlich eine Schlüsselfigur im Drogengeschäft Lateinamerikas gewesen sein, kann er viele pikante Einzelheiten über andere an den verbrecherischen Transaktionen Beteiligte wissen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Noriega die Veröffentlichung einiger Dokumente aus der Zeit seiner Zusammenarbeit mit der CIA verlangt. Das dürfte kaum in Washingtons Interesse sein. Deshalb könnte sich der Prozeß gegen Noriega in die Länge ziehen.

Juri Kudimow
NZ-Korrespondent
MANAGUA



US-Okkupationssoldat in Panama-Stadt

Foto: Reuter/TASS

Fata Morgana zum Anfassen

Begleittext zu drei Fotografien

Dieses und andere Porträts des Präsidenten, wie übrigens auch seiner Mitkämpfer, sahen wir während der Festtage überall. Ebenso hörten wir überall diesen Refrain: Unter der Führung von Scheich Said, auf Anordnung von Scheich Said...

Uns kam es so vor, daß man hier den Präsidenten ungekünstelt und aus reinem Herzen hochleben läßt, ohne die uns anerzogene karrierelüste Heuchelei und hierarchische Speichelleckerei. Hier geht es schließlich um eine allseits anerkannte Autorität, die eindeutig nicht durch äußere Attribute der Majestät und der Macht, sondern durch weises Denken und weises Handeln gefestigt wird, denn nur solches ist imstande, echtes allgemeines Ansehen und Achtung hervorzurufen.

Hier, auf diesem im Sand der Wanderdünen unwirklich anmutenden Weizenfeld, erzählten uns die experimentierenden Bauern, daß Scheich Said selbst diese Stellen für strategische Experimente ausgewählt habe, weil hier Wasseradern entdeckt worden seien. Er habe selbst festgelegt, an welchen Stellen und wie tief sie bohren sollten, um Brunnen für die Bewässerung anzulegen. Sie versicherten, daß er sich in keinem einzigen Fall geirrt habe. Sie hätten gebohrt und seien auf Wasser gestoßen. Das schrieben sie der Beduinen-Intuition des Scheichs zu, die ihn nicht im Stich gelassen hatte. Man erinnerte auch an eine weiter zurückliegende Seite seiner Biographie, als er schon in jungen Jahren Geologen, die in seiner Heimat nach Erdöl suchten, von Brunnen zu Brunnen geführt hatte.

Schluß, Anfang s. Nr. 1, 2

**Scheich Said ben Sultan Al-Nahayan, Präsident der VAE:
Gewähr der Einheit der Emirate ist der Wohlstand des Volkes...**



Später brachte man uns in ein „architektonisches Gebilde“, anders kann man das schon gar nicht nennen, weil die baukünstlerische Lösung so auffallend wie ungewöhnlich ist, das sich als die landwirtschaftliche Verwaltungsstelle für das Gebiet Al Ain herausstellte. Im Arbeitszimmer des Verwaltungschefs lernten wir gleich noch ein Zitat von Scheich Said kennen. Es waren auf Glas geschriebene, in einen Zierrahmen gefaßte Worte, die uns wie folgt übersetzt wurden: Gebt mir eine moderne Landwirtschaft, und ich bringe euch die Zivilisation. Wieder etwas für uns völlig Ungewohntes. Für unsere Begriffe muß jedes Land, das sich entwickelt und „seinen eigenen Weg einschlägt“, als erstes einmal seine Industrialisierung auf die Beine stellen, denn ohne sie und erst recht ohne ihr tragendes Element, das Proletariat, haben seine Bewohner keine Chance, zu richtigen Menschen zu werden. Hier aber, sieh mal einer an, ist der Agrarsektor der entscheidende Faktor, und zwar ohne jede Kollektivierung oder selbst Genossenschaftsbildung. Nein, einem Boten aus der „neuen Welt“ ist das zu hoch. Wie könnte es auch anders sein, wenn wir eben erst selbst begreifen, daß eine Gesellschaft so lebt wie ihre Bauern. Wenn diese in Hinsicht auf ihren Lebensstil nicht sehr viel weiter gekommen sind als die, die sie hüten, ist es schwer, über so eine Gesellschaft etwas Vorwärtsweisendes oder Aufmunterndes zu äußern, ohne zu lügen, oder? Dann liegt also in diesen Worten des Emiratspräsidenten trotz aller Exotik wieder nur eine Weisheit, eine „Beduinen-Intuition“, und dieser grüne Wirbelsturm, der den Sand gleichsam verzaubert zu haben scheint, kündigt er nicht vielleicht doch schon vom Anbruch der Zivilisation?

Man nehme irgendeine Zeitung eines beliebigen Entwicklungslandes zur Hand. Mit Sicherheit wird man die Bilder seines führenden Mannes und einen Lobgesang auf ihn finden. Ein Tribut an eine häufig objektiv gegebene Tradition in einer Gesellschaft, in der es lebenswichtig ist, sich um eine Führergestalt zu scharen. Die Lobeshymne ist typisch für Gesellschaften im Aufschwung und war in gar nicht so ferner Vergangenheit auch der sowjetischen Presse nicht fremd. Ohne die Rechtmäßigkeit der Tradition rechtfertigen oder in Frage stellen zu wollen, wenden wir uns ihr nur zu, um die Funktion einer konkreten Persönlichkeit für das Schicksal eines uns nahen Volkes deutlicher hervorzuheben.

Um seine Mission auf Erden zu erfüllen, muß ein Mann ein Haus bauen, einen Sohn großziehen und einen Baum pflanzen. Diese orientalische Weisheit hat die ganze gute Menschheit verinnerlicht. Scheich Said ben Sultan Al-Nahayan, Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate, hat zu seinen Lebzeiten einen geeinten Staat aufgebaut, dessen Meisterwerk die Hauptstadt Abu Dhabi geworden ist. In den ca. 70 Jahren seines Lebens hat er 18 Söhne erzogen, und jetzt hat er sich das Ziel gesetzt, aus der Wüste einen Garten zu machen. Tausende von Menschen, vom Enthusiasten bis zum Spezialisten, hat er hinter sich und auf die Beine gebracht. Unter ihnen betreiben übrigens auch sowjetische Spezialisten aus Belorussland ihre Forschungen. Ihnen geht es um die Anreicherung von Sandböden mit Torf, Faulschlamm und anderen Düngestoffen, an denen ihre Republik so reich ist. Bei uns hätten sie, wie sie uns erzählten,

keine Unterstützung für ihre Experimente gefunden. Also wirklich, wozu auch? Wir haben doch unsere Schwarzerdeböden!

Der Präsident der Föderation der Arabischen Emirate Scheich Said ist mit der kurzen Geschichte und der Gegenwart dieses jungen Staates verschmolzen. Bei einer Pressekonferenz für ausländische Journalisten, die während der Festtage einberufen worden war, gestand er, daß er als Staatsoberhaupt zwar vieles anvisiert, aber doch nicht geglaubt habe, daß sein Land solche Höhen würde erreichen können. Wenige Minuten später mußte er die letzten Zweifel beseitigen, als ein Korrespondent der „Associated Press“ unter Hinweis auf „Gespräche und Gerüchte“ über eine gewisse Sonderrolle des Fürstentums Dubai in der Föderation der Emirate eine Frage in dem Sinne stellte, daß die Föderation und Scheich Said ein und dasselbe seien und daß es, sollte ihm etwas zustößen, schwer sein würde, die Folgen abzusehen. Hier hatte der Kollege offensichtlich einen wunden Punkt getroffen. Uns kam es so vor, als hätte der Präsident daraufhin sichtlich stark bewegt die Korrespondenten eingeladen, mit dem erstbesten Passanten, mit irgendeinem Bewohner der Emirate zu sprechen, um sich davon zu überzeugen, daß der voll und ganz hinter der Föderation stehe, die ihm ein neues Leben gegeben habe. In der Tat hatte anfangs kaum jemand an die Lebensfähigkeit der Föderation gedacht, stimmte der Scheich zu, drei oder vier Jahre später aber hatte sich die Bevölkerung von der Effizienz des geeinten Staates überzeugt. Einen ähnlichen Umdenkungsprozeß machten auch die Herrscher von Dubai durch, angefangen mit Scheich Rashid bin Said Al-Maktoum.

Uns als Gästen der Emirate blieben die Hintergründe ihrer föderativen Beziehungen freilich verborgen, abgesehen davon handelt es sich dabei ausschließlich um ihre eigenen Hintergründe. Allerdings schien uns der Lösungsansatz von Präsident Nahayan (und, mit Verlaub, seinesgleichen) für die Überwindung von selbstverständlich existierenden Unebenheiten im Funktionsablauf der Föderation universell. Bei jener Pressekonferenz schloß er das Thema übrigens mit dem Bedeuten sprichwort „Die Weisheit liegt in der Geduld“ ab. Seiner tiefen Überzeugung nach liege die zuverlässigste Garantie für die Einheit der Emirate im Wohlstand des Volkes.

Konfrontieren Sie das jetzt einmal mit den hohlen Debatten über die Stabilität unserer Föderation, die angeblich entweder in „starken Republiken“ oder einem „starken Zentrum“ begründet liegt, und schon werden Sie sehen, daß angesichts unklarer „theoretischer Lösungsansätze“ keine Zeit mehr bleibt, um sich ernsthaft mit dem Wohlstand des Volkes zu beschäftigen. Dabei gibt es auch für uns keine Ausnahme von der Regel: Wer Hunger hat, ist nicht wählerisch. Hunger kann jedenfalls eine Familie, oder gar eine Großmacht, nicht zusammenhalten. Ange mahnt haben das zuerst unsere Balten, die ihre Revision unserer Föderation mit der Verwirklichung des offenbar immer noch aktuellen, allerdings russischen Sprichworts einleiteten: Freundschaft ist ja ganz gut und schön, aber jeder ißt seinen Schinken alleine! Hätten dagegen Russen und Litauer genug



...ist das neuerwachte Bewußtsein, Bürger der Emirate zu sein

Schinken, würde dann etwa einer von ihnen an den Grundfesten unserer Staatsordnung rütteln?

Durch die arithmetische Zusammenfassung einzelner Glieder entsteht noch kein föderatives Gebilde. Das ist immer ein Prozeß, eine Selbstüberwindung, eine Suche nach Übereinstimmung. Unter den Bedingungen der VAE, in denen jedes Fürstentum selbständig über eigene Erdölvorkommen verfügt, muß eine für alle vorteilhaftere gemeinsame Erdölpolitik in vieler Hinsicht erst noch entwickelt werden, und das Bundesministerium für Erdöl und Naturschätze muß in dieser Politik zum Inhaber des „Aktien-Kontrollpakets“ werden. Auch ein gewisser Parallelismus in der industriellen Tätigkeit der einen oder anderen Emirate macht sich bemerkbar, der von den vor beinahe zehn Jahren gegründeten übergreifenden staatlichen Planorganen bisher noch nicht überwunden werden konnte. Die VAE sind ein lebendiger, sich entwickelnder Organismus, der insgesamt gesund ist, aber auch seine Wachstumsschwierigkeiten hat. Also ist es logisch, auch hier die Tendenz und die Lösungsansätze zu beobachten. Eine effektive Therapie läßt sich nicht mit Ideen, Parolen oder selbst Verfassungsparagraphen erzielen, sondern allein durch den Nachweis, daß es gelungen ist, für die Menschen zivilisierte Lebensbedingungen zu schaffen.

Am prägnantesten hat unserer Meinung nach diese 18 Jahre Föderation Omar Jusef Ahmad, der Chefredakteur der Zeitung „Al-Ittihad“ resümiert: Die wichtigste Errungenschaft bestehe darin, daß ein „Bürger der Emirate“ entstanden sei und der Staat alles für ihn tue. Während unserer eigenen Annäherung an die Emirats-Wirklichkeit sind wir bereits selbständig zu dem Ergebnis gekommen, daß es an sich schon ein großer Erfolg ist, Bürger der Emirate zu sein.

Die nationale Frage hat auch um die VAE keinen Bogen gemacht. Einwanderer aus Indien, Pakistan und anderen asiatischen Ländern stellen die überwiegende Mehrheit der mehr als 640 000 in der Volkswirtschaft

Beschäftigten. Aus Asien werden Arbeitskräfte, bevorzugt Männer, angeworben.

Der Status von Ausländern ist deutlich niedriger als der von Emiratsbürgern. Das fängt bei den Löhnen an und hört bei verschiedenen Begünstigungen auf, in deren Genuß die ausländischen Arbeiter nicht kommen. Das muß natürlich zu gewissen Spannungen in der Gesellschaft führen. Dennoch meinen einheimische Fachleute, daß man für die nächsten 50 Jahre noch auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sein und die Bevölkerung der VAE in den nächsten 10 Jahren drei Millionen Menschen betragen wird. Das gilt als erträglich, denn die Bevölkerungsdichte in den Emiraten liegt zur Zeit noch bei weniger als 40 Menschen auf einem Quadratkilometer. Der Staat beabsichtigt auch weiterhin, zunächst seine eigenen Bürger und erst dann die Einwanderer sozial abzusichern. Das ist eine für unsere Begriffe schon normale Erscheinung. Worin diese Absicherung besteht, erklärte uns Ahmad Harib, Abteilungsleiter im Ministerium für Arbeit und Soziales:

„Vor allem kommt es dem Staat darauf an, seinen Bürgern Vollbeschäftigung zu sichern, indem er ihnen große Möglichkeiten bietet, in der Industrie oder der Landwirtschaft, in verschiedenen Handwerken oder im Handel für sich einen Beruf zu finden. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, sich hier bei uns oder im Ausland ausbilden zu lassen. Der Staat stellt allen Bürgern, die sich selbstständig machen wollen, finanzielle Beihilfen zur Verfügung. Dazu kommt, daß Bürger der Emirate für ihre produktive, kommerzielle oder Finanz-tätigkeit keinerlei Steuern zu bezahlen haben. Wenn jemand keinen Aufgabenbereich für sich gefunden hat oder aus anderen Gründen unfähig ist, eine Arbeit zu finden, erhält er Sozialhilfe. Seit Bestehen unseres Staates haben 70 Prozent aller Familien oder einzelne Familienangehörige diese Unterstützung erhalten beziehungsweise erhalten sie immer noch. Geschiedenen Frauen und Familien, die ihren Ernährer verloren haben, wird sie immer gezahlt. Anfangs betrug die Sozialhilfe 100 bis 600 Dollar im Monat, das

hing von der Zahl der Familienmitglieder ab. Vor einigen Jahren wurde die Sozialhilfe verdoppelt. In unserem Land wachsen bei offener Wirtschaft die Preise leider wahnsinnig schnell.

Ist die Föderation der Emirate nicht vielleicht ein weiteres Beispiel für die Bestätigung der allgemeinen Wahrheit, daß ein Staat nicht durch hochtrabende Ideen und theoretische Vollkommenheit stark ist, sondern ausschließlich durch sein materielles Potential, das er ganz und gar in den Dienst seiner Bürger stellt. Sicherlich könnte man unserer euphorischen Berichterstattung entgegenhalten: Was wollt ihr denn eigentlich, denen fällt das Geld doch in den Schoß! Ohne das Öl würden eure Beduinen immer noch auf ihren Wanderdünen dahinvegetieren. Alles gut und schön, aber wir haben hier ein Beispiel vor uns, wie man dieses wahnsinnige Geld sinnvoll einsetzen kann.

Man erzählt sich hier immer noch den Schwank von einem Scheich, der auf den Tod keine Geschäftspapiere wie Rechnungen, Verträge, Aktien und dergleichen mehr ausstehen konnte und seinen ganzen Besitz in Form von Dollarbündeln unter seinem Bett verwahrte. Bis die Ratten mehrere Millionen seines Eigentums verzehrt hatten. Diese Kinderkrankheit aber war schnell kuriert.

Bekanntlich wurden anfangs die aus dem Erdöl stammenden Einnahmen des Emirats Abu Dhabi in indischen Rupien verrechnet. Später und selbst noch in den ersten Jahren nach Gründung der VAE waren Währungen der Nachbarn und der Real aus Dubai in Umlauf. Erst am 20. Mai 1973 wurde der Dirham der Emirate herausgegeben. Inzwischen liegt der Umfang der Geldmasse in der Föderation bei etwa 4 Md. Dirham, das ist mehr als eine Milliarde Dollar. Ihre Wirtschaft wird von 19 nationalen Banken mit über 40 Filialen im Ausland und 28 ausländischen Banken mit einem Gesamtguthaben von mehr als 42 Md. Dollar gespeist.

Dabei ist eine ständige bedeutende Zunahme von Regierungseinlagen in nationalen und ausländischen Banken zu beobachten. Praktisch seit Beginn des Ölbooms tätigt die Regierung bedeutende Investitionen für den Erwerb von Obligationen und Aktien internationaler Finanzkonsortien, kauft staatliche Wertpapiere führender kapitalistischer Staaten in großem Umfang auf und gewährt unter anderem auch internationalen Finanzorganisationen umfangreiche Kredite. Totes Erdöl-Kapital hat es also genau genommen nur bei einem einzigen ahnungslosen Scheich gegeben. Insgesamt haben die Führung der VAE und ihre Geschäftsleute schnell gelernt, wie man aus Geld noch mehr Geld macht. Nicht von ungefähr ist das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung, und zwar nicht nur der einheimischen, von etwa 14 000 Dollar 1976 auf etwa 23 000 Dollar heute gewachsen. Als Marxisten wissen wir natürlich: Das heißt noch lange nicht, daß jeder einzelne Bürger der Emirate dieses Geld zu sehen bekommt. Als Gäste des Landes wissen wir aber durchaus, daß dies eine der höchsten Raten der Welt ist und nichtsdestoweniger jedem Bürger der Emirate eine gewisse soziale Geborgenheit verschafft.

Auf finanziellem Gebiet fand auch die erste größere gemeinsame Aktion zwischen der Sowjetunion und den Emiraten statt. Eine der einflußreichsten Banken des Landes, die Abu Dhabi Commercial Bank, stellte der Bank für Außenwirtschaft der UdSSR einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Dollar zur Verfügung. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die-

ser erste Versuch auf das Jahr 1988 datiert ist und unsere beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen davon abgesehen praktisch auf dem Nullpunkt verbleiben. Wie man unschwer erraten wird, liegt die Schuld dafür nicht auf Seiten der Emirate. Hier ist man bereit, kompetente Vertreter unserer Firmen oder Vereinigungen zu empfangen und ständige Beziehungen zu ihnen zu unterhalten. Unsere Seite dagegen läßt sich aus unerfindlichen Gründen damit viel Zeit und verweist auf die Eröffnung einer Handelsvertretung, obwohl bei nüchterner Betrachtung eines das andere nicht ausschließt.

Allerdings gibt es auch ein erfreuliches aktuelles Moment, nämlich den soeben in Moskau beendeten Besuch einer VAE-Delegation unter dem Minister für Wirtschaft und Handel, Saif Ali Al-Jarwan, in dessen Verlauf für beide Seiten wichtige Abkommen unterzeichnet und, was nicht weniger bedeutend ist, die Prinzipien und Grundlagen für die weitere Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit festgelegt worden sind. Dabei wird alles weitere davon abhängen, wie die Seiten die neuen Möglichkeiten nutzen.

Die VAE können sich über mangelnde Aufmerksamkeit von unserer Seite auch wieder nicht beklagen. Es gibt hier eine ganze Menge sowjetischer „Emissäre“. Sie führen Geschäftsverhandlungen und scheinen sich auch mit der Konjunktur bekannt machen zu wollen, dann aber verschwinden sie und lassen nie wieder etwas von sich hören. Bei einer internationalen Ausstellung in Dubai, in der Nähe von zwei oder drei insgesamt armseligen Ständen mit sowjetischen Uhren, umringten uns sieben oder acht robuste junge Burschen, wie sich herausstellte, Vertreter verschiedener Uhrenfabriken. Danach schickte man viele fliegende Händler hierhin. Erklären konnte das keiner. An diesem Tag hatte der muntere Klub einige Dutzend Uhren mit Perestroika-Symbolik zu Dumpingpreisen verramscht. Müßiggänger wie diese haben die VAE schon unzählig viele gesehen. Sobald es aber darauf ankam, einen kompetenten Menschen mit einer Dokumentation über ein für uns weitaus lohnenderes Projekt zu schicken, stellte sich heraus, daß die entsprechende Behörde dafür die Mittel nicht hatte. Hier könnte man wieder einmal aufheulen! Wie lange brauchen wir eigentlich das Geld nicht, das im wahrsten Sinne des Wortes unter unseren Füßen liegt? Wir brauchen doch nur unsere beschlagenen Händler loszulassen.

Dafür sind wir auch im Innern unseres Perestroika-Hauses nach wie vor große Meister, wenn es darum geht, das Geld des Volkes aus dem Fenster zu schmeißen, wie neulich geschehen mit jenen Devisen-Milliarden, die auf unsere unglückliche Leichtindustrie losgelassen wurden. Hier sind unsere Traditionen wirklich unverwundlich! Hier haben wir ein näher liegendes einheimisches Beispiel dafür, wie man mit Geld, das einem in den Schoß fällt, auf den eigenen Wanderdünen in die Röhre gucken kann. Wenn wir hierzu noch unser ruhmreiches Erdöl aus dem „großen Tjumen“ zählen, ist uns das Geld ungefähr in derselben Zeit in den Schoß gefallen wie den Emiraten.

Das Geld, seien es, wenn schon keine Petrodollars, eben Petrurubel, ist auch damals schon in Strömen geflossen, besonders wenn man bedenkt, daß von den Preissteigerungen für Erdöl alle Ölquellen profitierten, und davon haben wir auch außerhalb von Tjumen nicht gerade wenig. Wie viele von diesen Erdölubeln, Hunderte von Milliarden, sind in den letzten Jahrzehnten nicht schon durch

unsere Staatskasse geflossen? Und wo sind sie hin, welche Spur haben sie hinterlassen? In dieser Hinsicht haben wir von unseren einheimischen Scheichs beziehungsweise Ministern und Sekretären noch keine einleuchtende Rechenschaftslegung gehört und werden sie in absehbarer Zukunft wohl auch kaum zu hören bekommen.

Wir wollen hier nicht beurteilen, inwiefern das Gesellschaftssystem in den Emiraten zu einer sinnvollen Erschließung ihrer sagenhaften Reichtümer beiträgt beziehungsweise diese behindert. Das wäre eine besondere Untersuchung wert. Wir wollen hier nur aufgrund unserer eigenen Erfahrungen behaupten, daß unsere „fortschrittlichste“ Gesellschaftsordnung zu Hause in keiner Weise zu ihrer vernünftigen Aneignung beigetragen hat: Der fette Happen ist uns im Hals stecken geblieben und dann irgendwo verkommen. Darüber hinaus treten ihre Herrscher, die unserer noch nicht allzu weit zurückliegenden Auffassung zufolge noch „Imperialistenknechte“ waren, die „geholfen haben, ihr eigenes Volk auszuplündern“, ehrenvoll aus dieser Prüfung durch den Reichtum hervor, während unsere einheimischen Scheichs, die Milliarden von einheimischen Erdölubeln verpraßten, weder die entsprechenden Lehren gezogen haben noch zur Verantwortung gezogen wurden.

Dabei ist es den Menschen im großen und ganzen völlig egal, wer sie regiert: Scheichs, Sekretäre, Senatoren oder Maharajas, Hauptsache, sie werden nicht niederträchtig behandelt und man erzählt ihnen keine Märchen, Hauptsache, man kann unter ihnen leben, ohne am Hungertuch zu nagen. Dann darf es auch getrost eine entwickelte Monarchie sein.

Noch etwas, das sich uns im Einflußbereich der Vereinigten Arabischen Fata Morgana deutlich eingeprägt hat: ein kurzes Gespräch mit dem Präsidenten des Emirats bei der schon erwähnten Pressekonferenz. Präsident Said nahm sich die Zeit, mit jedem der zu den Emiratsfeierlichkeiten eingeladenen Journalisten ein paar Worte zu wechseln. Uns beiden sagte er, daß es früher viel antisowjetische Propaganda in der Welt gegeben und diese sich jetzt überlebt habe. Viele beneiden Sie heute, beneiden Sie um Ihre Perestroika. Ich beneide Sie nicht, ich mache das bei mir zu Hause. Die positiven Veränderungen in der Sowjetunion sind nicht nur für Sie von großer Bedeutung. Sie wirken sich segensreich auf die Lage in der ganzen Welt aus und finden in unterschiedlichen Regionen der Welt Anklang. Ich wünsche Ihnen, daß Sie Ihre Perestroika mit aller Kraft fortsetzen, denn wir brauchen sie alle.

So sprach Scheich Said. Was wir bei ihm und in seinem Land auch immer mit vor Erstaunen weit aufgerissenen Augen gesehen haben, mit unseren Hintergedanken waren wir immer zu Hause: Wann fangen wir endlich an, wie Menschen zu leben? Oder sollen wir weiter auf der ungemütlichen Schwelle zur Zukunft vor uns hinvegetieren? Perestroika! Natürlich kommt sie allen gelegen. Uns kommt sie aber nicht nur gelegen. Sie ist unser Schicksal, natürlich nur, wenn es uns gelingt, sie einigermaßen zu handhaben.

Wir müssen uns jetzt alle nachhaltigere Gedanken machen als unsere Volksdeputierten. Nachhaltigere und mutigere Gedanken, nicht wahr?

Vitali Ganjuschkin
NZ-Sonderkorrespondent

Viktor Lebedew
TASS-Korrespondent
ABU DHABI

Genug Krieg geführt

Ungewöhnliche Gedanken eines israelischen Generals

Dieses Gespräch begann im September v. J. in Israel. Der ehemalige Verteidigungsminister des Landes Ezer Weizmann, damals Minister für Wissenschaft und Technik, verließ seiner Hoffnung Ausdruck, die Sowjetunion besuchen zu können. Und jetzt in Moskau, wo er zusammen mit einer Gruppe israelischer Wissenschaftler auf Einladung der AdW der UdSSR eintraf, wurde das Gespräch zu Ende geführt.

„Ich bin nicht mehr jung, wurde 1924 geboren. Wenn ich einen Blick zurückwerfe, dann wird mir klar, daß ich die besten Jahre meines Lebens Krieg geführt habe. Anfangs war ich Flieger der britischen Luftwaffe und führte Krieg gegen die Faschisten. Dann führte ich Krieg gegen die Engländer, gegen das britische Mandat über Palästina. Als der Staat Israel ausgerufen wurde, führte ich dann Krieg gegen die Araber – und das mit sowjetischen Waffen: Die UdSSR half damals Israel. Dann aber kamen andere Zeiten, und so sollte ich sowjetische Flugzeuge und Katjuscha-Raketen, die Ihr Land an arabische Staaten lieferte, abschießen.“

In jenen Jahren machte ich militärische Karriere vom Jagdflieger bis zum Oberbefehlshaber der israelischen Luftwaffe. Betrachten Sie es nicht als unbescheiden, doch ich habe die besten Luftstreitkräfte der Welt geschaffen. Weiter ging es mit meiner Karriere, und ich wurde israelischer Verteidigungsminister.

Ich nahm an den Kampfhandlungen gegen die Araber 1948/49, 1956, 1967 und 1973 teil. Doch schon damals versuchte ich, die Situation zu analysieren. Mir schien sie ausweglos zu sein: Ein Ende dieser Kriege war einfach nicht abzusehen. Als Verteidigungsminister wurde mir klar, daß es in Kriegen gegen die Araber keine Sieger geben, daß die Palästinenserfrage nicht auf dem Schlachtfeld entschieden werden kann. 1982, als Israel Libanon angriff, nahm ich am Krieg schon nicht mehr teil. Zu jener Zeit besaß ich bereits die Erfahrungen der Abkommen von Camp David mit Ägypten, an den Friedensverhandlungen mit Ägypten nahm ich sehr aktiv teil.

Das war nicht einfach. Manche Leute bei uns in Israel prangerten mich als Verräter an. Ja, bei der Suche nach Frieden ist ebenfalls Mut nötig, und Kompromißbereitschaft kann dann den Weg zum Sieg ebnen. Ist denn Gorbatschows Entscheidung, die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzuziehen, nicht ein mutiger Schritt? Auch als wir mit Ägypten Frieden schlossen und ihm die Sinaihalbinsel zurückgaben, war das unsererseits wie von seiten Sadats, der ebenfalls von vielen als Verräter diffamiert wurde, eine Bekundung von Mut. Als Verteidigungsminister agierte ich in einer ungewöhnlichen Rolle: Ich bemühte mich um Frieden. Und ich muß Ihnen sagen, daß dies das Beste ist, was ein Verteidigungs-



minister überhaupt tun kann. Jeder Verteidigungsminister.

Mein Sohn nahm am Krieg gegen die Araber teil und wurde Invalide. Ich saß in Kairo am Verhandlungstisch mit den Ägyptern, von denen einige ihre Söhne im Krieg gegen Israel verloren hatten. Und wir verstanden einander. Wir verstanden, daß genug Krieg geführt ist, daß man endlich einander vertrauen und sich um gegenseitiges Verständnis bemühen muß.

Ja, ich habe vieles neu eingeschätzt und bin zu dem Schluß gelangt, daß Palästina nicht allein arabisch werden kann, ebenso wie es nicht ganz jüdisch werden kann. Jetzt sehe ich einen Ausweg aus der Situation: Wir sollten direkte Verhandlungen mit Yasser Arafat führen. Würde ich mit ihm einen Dialog aufnehmen, dann würde ich vorschlagen zu erörtern, wie wir als Nachbarn leben werden: Werden die Grenzen zwischen unseren Staaten offen sein, welche Wirtschaftsbeziehungen werden wir herstellen, wird es eine gemeinsame Währung geben, wie werden wir über die Wasserressourcen verfügen, welche Zollvorschriften legen wir fest usw. Einen Friedensvertrag würde ich gleichzeitig mit den Palästinensern und mit Jordanien unterzeichnen. Und dann mit dem Irak. Dem Irak messe ich eine besondere Bedeutung für eine Regelung im Nahen Osten bei.

Ich möchte mit Yasser Arafat als dem einflußreichsten politischen Führer in den besetzten Gebieten Sicherheitsfragen erörtern. So erklärte sich Ägypten bereit, entmilitarisierte Zonen an der Grenze zu Israel einzurichten. Ich würde Arafat vorschlagen, auf eine Armee und schwere Waffen zu verzichten. Dann bräuhete Israel einen solchen palästinensischen Staat nicht zu fürchten. Was die jetzige Idee von Wahlen in den besetzten Gebieten angeht, so unterstütze ich sie nicht. Die Araber müssen ihren unabhängigen Staat haben, wobei Sicherheitsgarantien für Israel

gegeben werden müssen. Unsererseits ist die Einhaltung solcher Verpflichtungen garantiert, wie das Beispiel der Beziehungen zu Ägypten zeigt.

Ein weiteres Mal möchte ich betonen: Wir dürfen nicht Krieg gegen die Araber führen, sondern müssen gute Nachbarn sein. Doch im Prozeß einer Friedensregelung geht es ohne die Sowjetunion nicht – um so mehr, wenn man ihre freundschaftlichen Beziehungen zu Syrien und zu den palästinensischen Arabern berücksichtigt. Doch eine wirklich effektive Rolle könnte die UdSSR spielen, wenn sie die diplomatischen Beziehungen zu Israel wiederaufnehmen würde. Davon bin ich tiefest überzeugt.

Wenn ich mit Präsident Gorbatschow zusammentreffen würde, dann würde ich ihm sagen: Das Jahr 1967, als die diplomatischen Beziehungen zwischen uns abgebrochen wurden, gehört einer fernen Vergangenheit an. Laßt uns erneut Beziehungen aufnehmen. Mögen die politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder so sein, wie 1948. In der Sowjetunion vollzieht sich jetzt die Perestroika, die wir mit großer Sympathie verfolgen. Möge also die Perestroika auch unsere Beziehungen erfassen. Die Sowjetunion hat, was eine Lösung des Nahostproblems angeht, etwas zu sagen, etwas vorzuschlagen. Das Palästinenserproblem aber ist auch mein Problem, ist das Problem jedes Bewohners Israels. Wir müssen es gemeinsam lösen.

Ich sehe die sich ständig erweiternde Zusammenarbeit zwischen uns als gutes Vorzeichen für die Wiederaufnahme der Beziehungen. Ich freue mich, daß ich meinerseits zumindest einen gewissen Beitrag dazu leisten kann.

Schon lange wollte ich die Sowjetunion besuchen. Hier ist die Heimat meiner Vorfahren ebenso wie für viele Israelis. Ich freue mich besonders, daß ich zusammen mit einer Gruppe von Wissenschaftlern, die Vorschläge für eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mitbringen, in die Sowjetunion gekommen bin. Unser Land ist sehr klein, doch im wissenschaftlichen Bereich ist Israel ein wahres Laboratorium wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse. Wir besitzen Hochtechnologien, wir haben nicht wenige wertvolle Entdeckungen in der Biologie und in anderen Bereichen gemacht. Selbst Satelliten bringen wir in eine Umlaufbahn, obwohl wir in diesem Bereich natürlich weit hinter der Sowjetunion zurück liegen. Der Weltraum ist jetzt voller Russen. Die Sowjetunion ist ebenfalls ein Land vieler wissenschaftlicher Entdeckungen, deshalb können wir einander helfen. Die Aussichten für eine solche Zusammenarbeit sind sehr bewegend. Ich hoffe, mein Besuch wird den Weg für enge wissenschaftliche Kontakte zwischen der UdSSR und Israel bahnen.

JERUSALEM – MOSKAU

Das Gespräch führte
Dmitri Sgerski

Die Profi-Werbung...

Auf den Seiten unserer Wochenzeitschrift finden Sie Informationen und Meinungen über sowjetische und internationale Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Wir reservieren Ihnen jetzt auch Platz für Ihre Werbung.

„N E U E Z E I T“

Jede Woche 48 Seiten. In 10 Sprachen in mehr als 100 Ländern. Gezielte Werbung in aller Welt. Eine Werbe-Chance für Profis. Unsere Zeitschrift auch für Sie!

...in die „Neue Zeit“

„Nova doba“: Unsere Ausgabe in der CSSR

Allen, deren Muttersprache Tschechisch ist, und allen, die diese Sprache lernen beziehungsweise ihre Tschechisch-Kenntnisse auffrischen wollen, empfehlen wir, regelmäßig „Nova doba“ zu lesen.

Wenn Sie in der Bundesrepublik Deutschland leben, schicken Sie Ihren Abonnementwunsch bitte an die Firma

**Kubon und Sagner GmbH,
Postfach 340 108,
8000 München 34**

■ *Das Jahresabonnement kostet Sie ganze 129.00 DM.*

„Nowe Czesy“: Unsere Ausgabe in Polen

können Sie direkt in Polen bei der Firma

**Ars Polona,
ul. Krakowskie Przedmiescie 7,
00-068 Warszawa, bestellen.**

Die Bezahlung Ihres Abonnements erfolgt über die

**Bank Handlowy, ul. Traugutta 7, 00-067 Warszawa,
nr. konta 201061 – 710 – 1310.**

In der Bundesrepublik Deutschland können Sie „Nowe Czesy“ bei der

**W. E. Saarbach GmbH
Follerstraße 2, 5000 Köln 1**

und in Österreich beim Globus-Vertrieb ausländischer Zeitschriften

**Höchstädtplatz 3
A – 1206 Wien bestellen.**

■ *Das Einzelexemplar kostet Sie 2,40 DM, das Jahresabonnement 112.00 DM.*

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „**Neue Zeit**“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen. Die „**Neue Zeit**“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belgique – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.
- Xantener Str. 7
- Postfach 10 15 55
- 4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG
- Postfach 10 16 10
- 5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH
- Postfach 34 01 08
- 8000 München 34

DÄNEMARK (150 dkr.)

- „Sputnik“ International
- Vester Voldgade 11
- 1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“
- Universitetsparken, 8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel
- Leidsestraat 25
- 1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service
- 347b. Heerweg
- Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska knjiga“,
- 11 000 Beograd, Trg. Republike,
- POB 36
- Prosveta Export-Import Agency,
- 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“,
- Export-Import
- 41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Zalozba Slovenije“,
- Export-Import, 61 001 Ljubljana,
- Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz
- Ulica Jna 42
- 71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo
- Makedonska Kniga
- Otdelenije za Stranska literatura
- Ulica Tiranska b.b.
- 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale
- 2022,
- 5, rue de Hollerich
- Luxemburg-Gare

NORWEGEN (130 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center
- P. O. Box 6125
- Etterstad, Oslo

ÖSTERREICH (240 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer
- Zeitschriften, Höchstädtplatz 3,
- A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“.
- Trattnerhof 1,
- A-1010 Wien 1

POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

SCHWEIZ (40 SF)

- Cobram, CP 117
- CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft
- Froschaugasse 7
- 8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6.
- Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (23.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn
- Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“
- Thielallee 34,
- 1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer,
- Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Frl. / Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

Bitte Entsprechendes ankreuzen

Datum

Unterschrift



Wir sind nun mal neugierig

Um in Erfahrung zu bringen, was von unserer Wochenschrift erwartet wird und wie unsere Leser die Ereignisse in der Welt einschätzen, wollen die Redaktion der „Neuen Zeit“ und das Institut für Meinungsforschung „Mnenije“ („Meinung“) diese Umfrage mit Ihnen durchführen.

Das Verfahren ist denkbar einfach: Unterstreichen Sie die Antworten, die Sie für richtig halten, beziehungsweise schreiben Sie Ihre Antwort in die dafür vorgesehenen Zeilen.

Weil die „Neue Zeit“ eine politische Wochenzeitschrift ist, fangen wir mit den Fragen an, die heute viele Menschen bewegen.

1. Welche Variante würden Sie vorziehen?

a) Die Sowjetunion sollte ihre Streitkräfte und Rüstungsausgaben reduzieren

einseitig (001)

nur auf beiderseitiger, gemeinsamer Grundlage (002)

b) Im Interesse einer sicheren Atomenergie sollte man prinzipiell die Verantwortung beim Betrieb von AKWs erhöhen (003)

AKWs so schnell wie möglich technisch vervollkommen, auch wenn's teuer wird (004)

die AKWs so schnell wie möglich abschalten und demontieren (005)

c) Die persönlichen Einkünfte des einzelnen im Sozialismus können beliebig hoch sein, wenn sie legal erworben wurden (006)

wesentliche Einkommensunterschiede sind zulässig, aber sie dürfen nicht unmäßig groß sein (007)

die Gesellschaft muß die Einkommen so kontrollieren, daß es weder Arme noch Millionäre gibt (008)

2. Was meinen Sie, sollte das Sowjetische Olympische Komitee vorschlagen, die Winterolympiade 1998 in Sotschi durchzuführen (009)

oder sich diesen Schritt lieber verkneifen? (010)

3. Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion

auf keinen Fall zulassen (011)

theoretisch möglich (012)

darauf läuft das Ganze hinaus (013)

würde die Produktionsdisziplin festigen (014)

4. Für ihre Rüstung und den Unterhalt ihrer Armee gibt die Sowjetunion aus

soviel, wie erforderlich ist (015)

weniger als erforderlich (016)

mehr als erforderlich (017)

schwer zu sagen (018)

5. Streiks in der UdSSR

helfen, Probleme zu lösen (019)

sind bei der Lösung von Problemen nur hinderlich (020)

sowas darf's im Sozialismus überhaupt nicht geben (021)

6. Was glauben Sie, kann sich in den nächsten Jahren etwas an der wirtschaftlichen Lage in der UdSSR ändern? (nur eine Antwort)

es geht bergauf (022)

es geht bergab (023)

zuerst wird's besser, dann schlechter (024)

zuerst wird's schlechter, dann besser (025)

die Lage bleibt wie sie ist (026)

schwer zu sagen (027)

7. Was glauben Sie:

Kann die UdSSR in den nächsten 2 bis 3 Jahren die Inflation des Rubels stoppen?

Ja (028) Nein (029) weiß nicht (030)

Kann die Sowjetunion in den nächsten 5 bis 6 Jahren ihr Haushaltsdefizit ausgleichen?

Ja (031) Nein (032) weiß nicht (033)

Haben Genossenschaften in der sowjetischen Ökonomie eine positive Funktion?

Ja (034) Nein (035) weiß nicht (036)

Haben Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung in der sowjetischen Ökonomie eine positive Funktion?

Ja (037) Nein (038) weiß nicht (039)

Haben freie Wirtschaftszonen in der sowjetischen Ökonomie eine positive Funktion?

Ja (040) Nein (041) weiß nicht (042)

8. Das Ihrer Meinung nach wichtigste Ziel der Perestroika

(Nur eine Antwort. Wenn es gar nicht anders geht, höchstens zwei)

a) das Wichtigste ist, daß es in den Geschäften preiswerte und gute Waren gibt (043)

b) das Wichtigste ist die Wiedergeburt nationaler Würde und Kultur, solcher Werte wie Patriotismus, Moral, Familie (044)

c) das Wichtigste ist, daß die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit triumphieren und daß die Interessen der einfachen Werktätigen geschützt werden (045)

d) das Wichtigste ist die Stärkung der Industriemacht UdSSR und der Aufbau einer Gesellschaft, in der kein Platz ist für Demagogen, korrupte und andere gesellschaftsfeindliche Elemente (046)

e) das Wichtigste ist der Schutz der Natur vor den destruktiven Einwirkungen menschlicher Tätigkeit, Weltfrieden und allgemeine Abrüstung (047)

f) die Sowjetunion muß ein zivilisierter Staat werden, so wie andere wirtschaftlich entwickelte Länder dieser Welt (048)

g) mir gefällt keine von diesen Antworten (049)

Meine Einstellung dazu in einem Satz:

9. Wie stehen Sie zur Todesstrafe?

Ich bin für die völlige Abschaffung der Todesstrafe (050)

Ich bin für die Beibehaltung der Todesstrafe als Höchststrafe (051)

Sollte es dann lebenslange Haftstrafen geben?

Ja (052) Nein (053) weiß nicht (054)

Für welche Straftaten sollte es lebenslänglich geben?

(Zutreffendes unterstreichen)

- Mord im Wiederholungsfall (055)
- besonders große Unterschlagungen (056)
- besonders schwere Fälle von Bestechung (057)
- Spionage (058)
- Landesverrat (059)
- terroristische Akte (060)
- Diversio (061)
- Raub (062)
- schwerer Raub (063)
- Sabotage (064)
- Devisenvergehen (065)
- Schutzgelderpressung (066)
- Drogenhandel (067)
- Vertrieb von Pornographie (068)
- Vergewaltigung (069)
- Flugzeugentführung (071)
- Falschmünzerei (072)
- Ermordung eines Milizionärs (073)
- versuchter Totschlag eines Milizionärs (074)
- Erteilen krimineller Anordnungen (075)
- Ausführung krimineller Anordnungen (076)

10. Ihre Prognose für die Zukunft:

(In jeder Zeile kreisen Sie Ihre Antwort ein)

	Bis z. J. 2000...Später...Nie		
Wird es gelingen, Atomwaffen zu beseitigen?	77	78	79
Wird es gelingen, chemische Waffen zu beseitigen?	80	81	82
Wird es neue Massenvernichtungswaffen geben?	83	84	85
Wird das „Star Wars“-Programm verwirklicht?	86	87	88
Wird der Mensch zum Mars fliegen?	89	90	91
Wird Aids gestoppt?	92	93	94

11. Würde die Vereinigung Deutschlands die Sicherheit in Europa und in der Welt festigen?

Ja (095) Nein (096) weiß nicht (097)

12. Würde die Vereinigung Koreas die Sicherheit in Asien und in der Welt festigen?

Ja (098) Nein (099) weiß nicht (100)

13. Wie werten Sie das Vorgehen der USA in Panama?

- ich begrüße es (101)
- ich verurteile es (102)
- sowohl als auch (103)
- keine Meinung (104)

14. Könnten die Vereinigten Staaten bei der Erfüllung ihrer Verträge über beiderseitige Abrüstung die UdSSR hintergehen?

- ausgeschlossen (105)
- wenig wahrscheinlich (106)
- kann durchaus passieren (107)
- weiß nicht (108)

15. Könnte die UdSSR bei der Erfüllung ihrer Verträge über beiderseitige Abrüstung die USA hintergehen?

- ausgeschlossen (109)
- wenig wahrscheinlich (110)
- kann durchaus passieren (111)
- weiß nicht (112)

Jetzt einige Fragen zur „Neuen Zeit“ selbst

16. Kennen Sie die NZ schon lange?

- ich habe sie zum erstenmal in der Hand (191)
- ich lese sie seit Jahren (tragen Sie die entsprechende Zahl hier ein)
- 17. Wie sind Sie an dieses Heft gelangt?
- die NZ wird bei uns zu Hause abonniert (192)
- ich abonniere die NZ selbst (193)
- ich habe die Zeitschrift am Kiosk gekauft (194)
- von Bekannten erhalten (195)
- andere Wege (196)

Wie viele NZ-Nummern haben Sie 1989 gelesen? Stück

18. Hat sich die „Neue Zeit“ in den letzten 1 bis 2 Jahren verändert?

- viel schlechter geworden (197)
- etwas schlechter geworden (198)
- auf demselben Niveau geblieben (199)
- etwas besser geworden (200)
- viel besser geworden (201)
- schwer zu sagen (202)

19. Haben sich im letzten Jahr andere Zeitungen und Zeitschriften, die Sie abonnieren oder regelmäßig lesen, verändert? (tragen Sie den Titel in die Ihrer Meinung nach zutreffende Rubrik ein)

Interessanter geworden	auf demselben Niveau geblieben	schlechter geworden

20. Wenn in verschiedenen Zeitungen und Wochenzeitschriften über dieselben Ereignisse, Fakten und Probleme geschrieben wird ...

(nur eine Antwort)

- lese ich die NZ, um einen anderen Standpunkt kennenzulernen (203)
- sehe ich die NZ flüchtig durch, um zu sehen, ob es noch einen anderen Ansatz gibt (204)
- verschwende ich normalerweise keine Zeit darauf, etwas zu lesen, was ich schon weiß (205)
- ich sehe das anders (206). Wie?

21. Sprechen Sie mit Angehörigen oder Freunden über Artikel, die sie in der NZ gelesen haben?

oft (207) manchmal (208) nie (209)

22. Wird die NZ, die Sie geliefert bekommen oder kaufen, noch von jemand anderem (Angehörige, Freunde, Bekannte) gelesen? Geben Sie die Zahl der Leser an

23. Welches Urteil über den Inhalt der NZ würden Sie übernehmen?

- die NZ ist sehr konservativ (210)
 die NZ ist nur für Leute über 30 interessant (211)
 in der NZ gibt es nicht genug Unterhaltung (212)
 die NZ ist nur etwas für Intellektuelle (213)
 die NZ hat keinen eigenen politischen Standpunkt (214)
 in der NZ steht zu viel langweiliges Zeug (215)
 die NZ hat keinen Sinn für Humor (216)

24. Werden Sie die NZ 1990 ständig lesen?

- ich habe nicht vor, die NZ zu abonnieren oder zu kaufen (217)
 ich werde sie mir bei Gelegenheit am Kiosk kaufen (218)
 ich habe das Abonnement schon abgeschickt (219)

25. Welche Artikel gefallen Ihnen in dieser NZ am meisten?

1. _____
 2. _____
 3. _____

26. Welche Artikel gefallen Ihnen in dieser NZ überhaupt nicht?

1. _____
 2. _____
 3. _____

27. Welche NZ-Artikel waren für Sie 1989 am interessantesten?

- _____
- _____
- _____

28. Enthält die NZ genügend Artikel über innersowjetische Probleme? Sollte es Ihrer Meinung nach mehr oder weniger davon geben?

- ausreichend (220)
 es könnten mehr sein (221)
 es könnten weniger sein (222)
 für mich sind andere Themen wichtiger (223)
 schwer zu sagen (224)

29. Wo befindet sich die NZ in der politischen Diskussion, die heute in der UdSSR geführt wird?

- links (225)
 rechts (226)
 irgendwo in der Mitte (227)
 schwer zu sagen (228)

30. Was halten Sie von den Übersetzungen der NZ-Artikel aus dem Russischen?

31. Welcher NZ-Journalist schreibt

normalerweise gut

1. _____
 2. _____
 3. _____

normalerweise schlecht?

1. _____
 2. _____
 3. _____

32. Was halten Sie von den ständigen Rubriken in der NZ?

(kreisen Sie Ihre Antwort in jeder Zeile ein)

	lese ich immer	lese ich manchmal	lese ich fast nie
Leserbriefe	229	230	231
Ereignisse der Woche	232	233	234
NZ fragt – Experten antworten	235	236	237
Das politische Porträt	238	239	240
Vom Ort des Geschehens	241	242	243
Personallen	244	245	246
So gesehen	247	248	249
NZ-Standpunkt	250	251	252
Menschenrechte	253	254	255
NZ-Rundtischgespräch	256	257	258
Auf der Suche nach der Welt von morgen	259	260	261
Nationalitätenprobleme	262	263	264
Archiv aktuell, Zeitgeschichte	265	266	267
Volksdiplomatie	268	269	270
Ausländische Presseorgane in der NZ	271	272	273
Standpunkt des Juristen	274	275	276
Tagebuch des Soziologen	277	278	279
Frauen-Logik	280	281	282
Junge Welt	283	284	285
Postskriptum	286	287	288

33. Wie lesen Sie die NZ gewöhnlich?

- das ganze Heft von vorne bis hinten (289)
 die meisten Artikel (290)
 einzelne Artikel (291)
 ich sehe alles durch, lese aber nur, was mich interessiert (292)

34. Sammeln Sie alte NZ-Hefte?

- alle Nummern (293)
 einzelne Nummern (294)
 nein (295)

35. Kommt es vor, daß Sie über einzelne Ereignisse oder Politiker anders denken als die NZ?

- oft (296) manchmal (297) nie (298)

36. Wie lange brauchen Sie gewöhnlich, um eine NZ zu lesen?

Nennen Sie die Zahl der Tage

37. Wieviele Stunden brauchen Sie insgesamt, um eine NZ zu lesen?

Nennen Sie die Zahl der Stunden

38. Sowjetische Zeitungen und Zeitschriften bringen seit neuestem Werbung. Was halten Sie davon?

- in der NZ ist Werbung überflüssig (299)
 die NZ sollte mehr Werbung bringen (300)

39. Welche Werbung sollte die NZ enthalten?

- aus der Sowjetunion (301)
 aus verschiedenen Ländern (302)

zu bevorstehenden internationalen Begegnungen, Messen und Symposien (303)
 zum Auslandstourismus (304)
 zu neuen Büchern (305)
 zu neuen Konsumgütern (306)
 zu neuen Industrieausrüstungen und Technologien (307)
 zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Ländern (308)
40. Was erwarten Sie von der NZ? Was fehlt Ihnen in der NZ?
 mehr Materialien über internationale Politik (309)
 mehr Materialien über internationale Wirtschaft und Handel (310)
 mehr historische Materialien (311)
 mehr Materialien über kapitalistische Länder (312)
 mehr Materialien über sozialistische Länder (313)
 mehr Materialien über die dritte Welt (314)
 mehr Materialien über das Leben in der UdSSR (315)
 mehr Fotos (316)
 mehr Karikaturen (317)
 mehr Diagramme, Graphiken und Karten (318)
 was sonst? (319)

41. Zweimal im Jahr bringt die NZ (nur für Abonnenten) Sonderbeilagen heraus, in denen ein bestimmtes Problem ausführlich beleuchtet wird. Welche Sonderausgaben würden Sie sich wünschen? (Streichen Sie nicht mehr als drei an)

UNO-Dokumente, zum 45. Jahrestag der UNO (320)
 Ökologische Parteien und Bewegungen heute (321)
 Die größten Konzerne und Banken (322)
 Die Währungen der Länder (323)
 Gemeinschaftsunternehmen (324)
 Zollgesetzgebung (325)
 Die größten EDV-Hersteller (326)
 NZ-Atlas (327)
 Welche Themen würden Sie außerdem noch für NZ-Sonderbeilagen vorschlagen?

42. Was würden Sie den Journalisten der NZ raten?

Für eine umfassende soziologische Analyse Ihrer Antworten brauchen wir noch einige Angaben zur Person.

Geschlecht: weiblich (328) männlich (329)
Ihr Geburtsdatum

Ihr Bildungsstand
 Grundschule (330)
 Oberschule (331)
 Hochschule (332)
 akademische Titel (333)

auf welchen Gebieten?
 Ingenieurwissenschaften (334)
 Geisteswissenschaften (335)
 Medizin (336)
 Ökonomie (337)
 Jura (338)
 sonstiges

Ihr Beruf, beziehungsweise Tätigkeitsbereich (bitte keine Abkürzungen)

Ihr Wohnort:
 Dorf (339)
 Kleinstadt (340)
 Großstadt (341)
 Vorstadt (342)
 Hauptstadt Ihres Landes (343)
 in welchem Land leben Sie?

Ihr Haushalt besteht aus Personen
 Haben Sie Kinder, wenn ja, wie viele?
 Ihr gemeinsames durchschnittliches Monatseinkommen beträgt (in Ihrer Landeswährung)
 Waren Sie schon einmal in der UdSSR?
 noch nie (344)
 einmal (345)
 mehrmals (346)
 ich will in diesem Jahr hinfahren (347)
Haben Sie oder Ihre Familie
 einen Schwarzweiß-Fernseher (348)
 einen Farbfernseher (349)
 ein Auto (350)
 einen Fotoapparat (351)
 ein Tonbandgerät (352)
 einen Stereo-Plattenspieler (353)
 einen Videorekorder (354)
 einen Computer (355)
 eine Waschmaschine (356)
 einen Kühlschrank (357)
 ein Wochenendhaus (358)?

Wenn Sie sich am Großen Leserrat der „Neuen Zeit“ oder an Postumfragen des Meinungsforschungsinstituts „Mnenije“ beteiligen wollen, schreiben Sie (gut leserlich) Namen und Adresse auf

Sehen Sie bitte noch einmal nach, ob Sie alle Fragen beantwortet haben.

Den ausgefüllten Fragebogen schicken Sie an:

Moskau, 125888, Institut für Meinungsforschung „Mnenije“/052/1

(C) Institut für Meinungsforschung „Mnenije“

Auf dem Weg zu endloser Zerstückelung?

Die Oktoberrevolution leitete die Lösung komplizierter zwischennationaler Beziehungen in unserem Land ein. Doch leider wurde das begonnene große Werk nicht zu einem logischen Abschluß gebracht. Und das erklärt sich nicht nur durch die Deformation des Sozialismus, durch das volksfeindliche Wesen des administrativen Kommandosystems. Die theoretischen Orientierungen, die unserer Nationalitätenpolitik zugrunde gelegt wurden, sollten, wie das heute deutlich wird, leider nicht ganz richtig sein.

Als entscheidende Richtung zur Lösung der nationalen Frage galt (und gilt bis heute) die Schaffung nationalstaatlicher Gebilde. Einerseits entstanden Unions- und autonome Republiken – Staaten, die ein breites Spektrum staatsrechtlicher Attribute haben –, andererseits autonome Gebiete und Kreise, die sich kaum von gewöhnlichen administrativen territorialen Einheiten unterscheiden. Eine Reihe von Völkern erhielt aus den verschiedensten Gründen weder ein eigenes staatliches Gebilde noch nationale administrative Formen der Autonomie. Die Kriterien, die der Bildung einzelner Republiken (z. B. der ehemaligen Karelisch-Finnischen SSR) und autonomer Gebilde, der Einbeziehung letzterer in die eine oder andere Republik zugrunde gelegt wurden, waren ebenfalls oft konstruiert, unlogisch, bestimmt von politischen Zielen. In der sowjetischen Staatsrechtstheorie dominiert bis heute unangefochten eine

Konzeption, der zufolge die Bildung der sowjetischen Föderation gerade auf der Grundlage der national-territorialen Staatlichkeit die wichtigste Errungenschaft unserer Nationalitätenpolitik ist.

Daß man in der Nationalitätenpolitik gerade auf die Nationalstaatlichkeit das Schwergewicht legte, nahm, wenn es auch anfangs zweifellos eine progressive Erscheinung war, mit der Zeit einseitigen Charakter an, führte zu vielen unserer heutigen Probleme im Bereich der zwischennationalen Beziehungen. Die Teilung der nationalstaatlichen Gebilde in Unions- und autonome Republiken, autonome Gebiete und Kreise konnte nur vorübergehender Art sein. Keine Nation wird sich bereit erklären, für immer in staatsrechtlichen Formen mit geringeren Rechten als die staatlichen Gebilde anderer Völker zu bleiben. Deshalb wurde das Streben einer Reihe autonomer Republiken, Gebiete und Kreise, sich zu Unionsrepubliken oder höheren Formen der Autonomie umzubilden, das Streben von Völkern, die nie ihr eigenes Staatsgebilde besaßen oder es in den Jahren der Stalinschen Repressalien verloren hatten, ein solches Gebilde um jeden Preis zu erlangen, absolut verständlich, ergibt sich aus dem natürlichen und unveräußerlichen Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Das aber ist der Weg zu endloser Zerstückelung. Kein Wunder, daß dieser Prozeß, wenn auch

in verschiedenen Formen, in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei, wo der Einfluß unserer Erfahrungen des nationalstaatlichen Aufbaus sehr groß war, deutlich zu spüren ist.

Als wir in unserer Politik die Nationalstaatlichkeit betonten, ignorierten wir eine der wichtigsten Triebkräfte der heutigen gesellschaftlichen Entwicklung – die Rechte und Freiheiten des einzelnen. Gerade sie – die Rechte und Freiheiten des einzelnen in einem weitgefaßten Sinne – wurden durch den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung in den sozialistischen Ländern nicht bestätigt.

Besonders schutzlos vor bürokratischer Willkür sollten die Vertreter nationaler Minderheiten sein, die nicht über ihr eigenes Staatsgebilde verfügen oder es in verschiedenen Formen der Autonomie besitzen. Viele Beispiele, die das Gesagte untermauern, ließen sich anführen – nicht nur aus den Erfahrungen unseres Landes, sondern auch anderer sozialistischer Staaten. Nur ein Blinder kann in all dem nicht eine negative Gesetzmäßigkeit sehen und alles nur durch den wirtschaftlichen Faktor oder die Handlungen von Extremisten und korruptierten Elementen zu erklären suchen. Die Schmälerung der Rechte nationaler Minderheiten durch Vertreter der „Stammnation“ ist eine direkte Fortsetzung der Schmälerung der Rechte des einzelnen, ist Ergebnis des Fehlens eines Rechtsstaates.

Und so erklärt sich die enorme Beliebtheit der Idee nationaler Staatlichkeit als der einzigen Möglichkeit, unter den bestehenden Bedingungen ein normales Leben der Menschen zu gewährleisten.

Es liegt auf der Hand, daß, solange die Rechte des einzelnen keinen realen Inhalt erhalten, nicht durch einen Rechtsstaat garantiert sind, die Orientierung auf die Konsolidierung nach dem Merkmal der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit nicht nur bleibt, sondern sogar noch weiter zunehmen wird.

Natürlich bedeutet das Gesagte nicht, daß wir, wenn wir die Rechte des einzelnen auf der Ebene der jüngsten völkerrechtlichen Dokumente (insbesondere der Wiener Abschlusserklärung) gewährleistet haben, das Streben der Unionsrepubliken nach größerer Selbständigkeit, der anderen nationalstaatlichen und territorialen Gebilde nach dem gleichen Status, der Völker, die kein Staatswesen haben, nach dessen Erlangung stoppen werden. Diese Tendenzen sind bereits objektiver Art, und Versuche, ihnen wie auch immer Widerstand zu leisten, würden nur zu Zeitverlust, zur Schaffung zahlreicher Spannungsherde führen. Der einzige Weg zur harmonischen Gestaltung der zwischennationalen Beziehungen in unserem Land und letztlich zur Bewahrung unserer Föderation liegt in einer Abstimmung all dieser Tendenzen, in deren gegenseitiger Ergänzung.



Robert Jengibarian,
Dr. jur. habil.

Solange die Rechte des einzelnen keinen realen Inhalt haben, werden die nationalen Probleme bestehenbleiben

Zündeln an der Grenze

Wir denken immer, eine Grenze könne nur von außen bedroht werden. Am 31. Dezember ereignete sich etwas Beispiellooses: Der an Nachitschewan anstoßende Abschnitt der sowjetisch-iranischen Grenze wurde von innen angegriffen. Vernichtete Signalanlagen, niedergebrannte Wachtürme, umgefallene Grenzpfosten...



Die Ereignisse in Nachitschewan waren für alle überraschend. In den TASS-Meldungen war von einer Gruppe von Extremisten die Rede, die Signalsysteme und Kommunikationslinien an der Grenze zum Iran außer Betrieb gesetzt und technische Einrichtungen demoliert hätten. Die Meldung ohne Kommentare war so dürftig, daß sie die unwahrscheinlichsten Erfindungen und die verschiedensten Interpretationen zuließ. Vor allem waren es die Ausmaße der Zerstörungen an einem 137 km langen Grenzabschnitt und der dabei angerichtete

Schaden von ca. 3 Mio Rubel, die sich nicht in das Bild fügten. Eine Gruppe von Extremisten wäre dazu kaum in der Lage gewesen.

Die Pressekonferenz des Leiters der Politischen Verwaltung der Grenztruppen Nikolai Britwin warf ein Licht auf das Geschehen: An der Aktion, deren Beginn bereits auf die ersten 10 Tage des Dezember v. J. zu datieren ist, nahmen etwa 9000 Personen teil – angereiste Aktivisten der Volksfront Aserbaidshans (VFA) und Einwohner von Nachitschewan. Ab 19. Dezember wurden unweit der Grenzposten Zelte aufgeschlagen. Systematische Massendemonstrationen unmittel-

bar an der Grenze begannen. Seit dem 23. Dezember wurden auf den Meetings Forderungen nach einem Abbau der technischen Anlagen laut, und den Grenzern wurde eine Frist von einer Woche gesetzt: Entweder ihr tut das freiwillig – oder die Anlagen werden niedergebrannt... Am Neujahrstag wurde diese Drohung in die Tat umgesetzt.

Aufrufe, die Grenze zum Iran zu öffnen sowie Nord- und Südaserbaidshan wiederzuvereinen, waren bereits im November v. J. auf Meetings der Volksfront in Baku und anderen Städten zu hören. Wie sich herausstellte, war das keine Zukunftsmusik, sondern eine Anleitung zum Handeln. Die Aktion wurde nicht konspirativ, sondern ganz offen vorbereitet. All das erinnert an eine „psychologische Attacke“ – die Ultimaten, die Großdemonstrationen am Ufer des Aras, die Androhung von Gewalt, die Lagerung von Waffen...

Die mutwilligen Zerstörungen an der Grenze wurden fast einen Monat vorbereitet und kamen unerwartet für uns, doch nicht für das Kommando der Grenztruppen, nicht

BLICK AUS TEHERAN

„Schwer

In den Jahren nach der iranischen Revolution war trotz der komplizierten Prozesse im Iran selbst und in der Region die Grenze zur UdSSR (2500 km) absolut ruhig. In den über vier Jahren meiner Tätigkeit in Teheran entdeckte ich kein einziges Mal Meldungen über bedeutendere Zwischenfälle im Norden, was man von anderen Abschnitten der iranischen Grenze nicht sagen kann: Dort herrscht Krieg, wird mit Rauschgift gehandelt, kommt es zu Zusammenstößen mit bewaffneten Banden. Ich stieß auch nicht auf Meldungen, daß das Parlament des Landes zusätzliche Mittel für den Schutz der Grenze zur UdSSR bereitgestellt hätte, während z. B. für den Schutz der Ostgrenzen des Iran, von wo der Hauptstrom des Rauschgiftschmuggels kommt, bedeutende Mittel bewilligt werden. Jetzt aber wurden die iranischen Grenztruppen in erhöhte Bereitschaft versetzt...

Sowjetischerseits, auf dem durch Nachitschewan verlaufenden Abschnitt, verläuft die Bahnstrecke recht lange parallel zur Grenze, buchstäblich nur einige Schritte vom Grenzstreifen entfernt. Ich kann mich noch an die gepflegten kleinen weißen Häuser der Grenztruppen



Die Spannungen an der Grenze nahmen von Tag zu Tag zu



Einzelne Zugeständnisse der Grenzer konnten die Explosion nicht abwenden

für die örtlichen Machtorgane, nicht für die Führung der Republik und des Staates. Doch in dieser ganzen Zeit gab es keine einzige Meldung in der Presse, keine einzige Erklärung offizieller Funktionsträger, geschah so gut wie nichts! Man kann vermuten, daß gewisse Leute eine Taktik des Abwartens, der Zurückhaltung gewählt haben. Die Geduld der Grenzschilder war sozusagen grenzenlos. Sie vermieden Gewalt, kamen vernünftigen Forderungen entgegen (so wurden den örtlichen Kolchos ganze Abschnitte des Grenzstreifens zur Bewirtschaftung überlassen, wurden die Grenzbefestigungen bei einem Friedhof beseitigt). Nach Berichten von Augenzeu-

gen ließen sie es sogar zu, daß Vertreter der Volksfront ihre Fahrzeuge durchsuchten und ihre Dokumente kontrollierten. Offenbar stellte sich die Frage, wie es denn um das Ansehen der Macht, des Staates bestellt sei, wenn sich Offiziere der Grenztruppe von 19jährigen Müßiggängern leibesvisitieren lassen? Doch das wurde als notwendiges Zugeständnis angesehen, um den Frieden zu bewahren.

Für Außenstehende ist es wohl schwer, die Veränderungen der psychologischen Atmosphäre an der Grenze nachzuempfinden – noch unlängst waren die Bewohner hier die ersten Helfer der Grenzschilder, ihre guten Nachbarn. Offiziere der Grenztruppen spra-

chen im örtlichen Fernsehen, in den Massenmedien, interpretierten den Vertrag über die Grenzregelungen. Erläuternde Gespräche wurden mit Führern der Volksfront geführt, sie wurden vor rechtswidrigen Handlungen gewarnt. Doch offenbar sollte diese Rechnung nicht aufgehen. Die Nachgiebigkeit und Zurückhaltung der Grenztruppen wurden als Zeichen der Schwäche aufgefaßt. „Diese Aktion trägt deutlich ausgeprägten politischen Charakter und wird von den Führern der VFA als Sieg ihrer Bewegungen bewertet. Daß gegenüber extremistisch gesinnten VFA-Führern keine Maßnahmen ergriffen wurden, kann dazu beitragen, daß sich derartiges wiederholt“ – dieses Resümee zog das Kommando der Grenztruppen nach den Ereignissen.

Jetzt, da die Presse über den Vandalismus an der Grenze berichtet hat, werden der Regierung Schwäche, Unentschlossenheit vorgeworfen. Das hört sich logisch an. Wir können uns noch an das friedliche Meeting in Tbilissi erinnern, das als Anlaß für den Einsatz regulärer Truppen diente. Und als Reaktion auf den gewaltfreien politischen Prozeß im Baltikum wurde sofort ein Plenum des ZK der KPdSU einberufen. Und Aserbaidschan? Nach Nachitschewan wurden post factum der Vorsitzende des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR R. Nischanow, der Sekretär des ZK der KPdSU A. Girenko und der erste Sekretär des ZK der KP Aserbaidschans A. Wesirow entsandt. Vertreter des Kommandos der Grenztruppen, der Militärstaatsanwaltschaft und Mitarbeiter des UdSSR-Außenministeriums begaben sich in die Region. Offensichtlich wirkt das „Tbilissi-Syndrom“ noch nach: Der in der konkreten Situation

zu erklären“

erinnern, die oft direkt an die dortigen Siedlungen am Ufer des Aras anschließen. Selbst die wilden Enten und Gänse schienen hier keine sonderliche Angst vor den Grenzschildern zu haben...

Die iranischen Massenmedien melden die Unruhen an der Grenze zur UdSSR recht lakonisch; sie legen nur kurz die Fakten dar und vermeiden Kommentare. Nur der religiöse Charakter der Demonstrationen, die Aufrufe der Demonstranten zur Vereinigung der „Moslems in aller Welt“ sowie der Umstand, daß Losungen, die die Politik der USA und Israels verurteilen, mitgeführt wurden, fand Beachtung. Insgesamt wird ruhig, sachlich über die Ereignisse berichtet. Nicht eine Spur von Schadenfreude über die Schwierigkeiten bei dem nördlichen Nachbarn und erst recht keine Versuche, irgendwie Einfluß auf die inneren Angelegenheiten unseres

Landes zu nehmen. Wäre derartiges vor einigen Jahren geschehen, hätte die Reaktion anders sein können.

Es wäre naiv zu meinen, im Iran gäbe es keine Kräfte, die an einer Schürung der religiösen und nationalistischen Leidenschaften in Sowjetaserbaidshan interessiert wären. Doch nicht sie bestimmen die Politik. Besonders nach dem Moskau-Besuch des Präsidenten der Islamischen Republik Iran Haschemi Rafsaudschan hat sich viel in den sowjetisch-iranischen Beziehungen verändert, verschwinden Argwohn und Mißtrauen, Voreingenommenheit und ideologische Scheuklappen. Die Losung „Tod der UdSSR!“ wird heute im Iran nicht mehr verkündet. Und obwohl die iranischen Medien heute viel vom „Scheitern der kommunistischen Ideologie in Osteuropa“ schreiben, warnen sie zugleich die Völker der sozialisti-

schen Länder eindringlich vor der Ausweglosigkeit einer Rückkehr zum Kapitalismus. Sie offerieren die ihrer Überzeugung nach einzig richtige Variante einer Überwindung der Krise – die Entscheidung für den islamischen Entwicklungsweg. Doch sie drängen ihre Variante nicht auf.

Die Ereignisse an der Grenze sind iranischen Gesprächspartnern schwer zu erklären, so unlogisch sind sie. Der Wunsch, Verwandte im Iran zu besuchen? Doch besondere Probleme gibt es hier weder auf sowjetischer noch auf iranischer Seite. Und den jüngsten Kontakten konsularischer Vertreter beider Länder nach zu urteilen werden für Reisen bald noch weniger Formalitäten zu erledigen sein.

Aus allen Gesprächen gewann ich die feste Überzeugung: Das Volk des Iran, das in den Kriegsjahren so viel durchgemacht hat,

wünscht Frieden und Stabilität in seinem Land ebenso wie an dessen Grenzen. Die Regierung von Präsident Haschemi Rafsaudschani verwirklicht energisch wirtschaftliche Reformen, um die Produktion zu steigern, den Markt mit Waren zu sättigen, die Preise zu senken, die Inflation zu zügeln. Die Probleme auf beiden Seiten der sowjetisch-iranischen Grenze sind sich in vielem ähnlich... Kürzlich wurde ein Abkommen über den Bau zweier neuer sowjetisch-iranischer Wasserwirtschaftsobjekte, Gaz-Gilas und Chodaferin, erzielt, an eben jenem Grenzfluß Aras, an dessen sowjetischem Ufer Grenzanlagen demoliert wurden.

S. Tatarinow

Presseattaché
der Botschaft der UdSSR
im Iran

unangebrachten Härte im April folgte jetzt eine Verzögerungstaktik. Wie dem auch sei: Klarheit darüber, wann unter den Bedingungen eines demokratischen Staates von der Macht Gebrauch gemacht werden muß, haben wir nicht. Erklärt sich das durch mangelnde demokratische Reife?

In dem einen Monat seit Beginn der Ereignisse hätte das UdSSR-Außenministerium durchaus seine Haltung zu den Aufrufen, die Grenze zu öffnen, Nord- und Südaserbaidshan wiederzuvereinigen, öffentlich verdeutlichen können. Doch auf die Frage der NZ erklärte der Leiter der Informationsabteilung des UdSSR-Außenministeriums Gennadi Gerassimow nur: „Die Volksfront hat uns nicht um Rat gefragt.“ Und doch, vielleicht kann das Außenministerium etwas hier zu sagen? Gerassimow konkretisierte: „Es gibt eine Staatsgrenze, und damit ist alles gesagt. Sie muß dort verlaufen, wo sie verläuft. Wir sind uns bewußt, daß die Grenzfrage ein akutes, heikles Thema ist. Doch die Schlußakte von Helsinki 1975 hat die Unerschütterlichkeit der bestehenden Grenzen bestätigt. Und obwohl sie für die betreffende Region nicht gilt, betrachten wir sie als Dokument, das universalen Charakter hat.“

Die Einwohner der Grenzgebiete wie auch der ganzen Republik brauchen natürlich mit den Behörden nicht in allem übereinstimmen, was den Modus an der Grenze, die Möglichkeit einer Pilgerfahrt zu religiösen Heiligtümern im Nachbarland oder eines Besuchs bei der Verwandtschaft am andern Ufer des Aras betrifft. Heute sind die Hindernisse für ihre Willensäußerung beseitigt worden. Die Außenpolitik unseres Landes ist kein Reservat des UdSSR-Außenministeriums und des Politbüros mehr, so daß man, wenn man das will, die Forderungen der Volksfront als außenpolitische Initiative der Volksmassen ansehen kann, doch... Vom 10. bis zum 26. Dezember, auf dem Höhepunkt der Vorbereitung auf die Grenzaktion, tagte in Moskau der zweite Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR, in dessen Zuständigkeit laut Verfassung auch die Frage der Grenzen fällt. Unverständlich ist, warum die Volksdeputierten Aserbaidshans, unter denen auch Vertreter der Volksfront sind, nicht versuchten, den Willen ihrer Wähler auf üblichem, verfassungsmäßigem Weg vor das Hohe Haus zu tragen. Die Aktionen an der Grenze, die von einer Gruppe von Aktivisten der Volksfront organisiert wurden, nehmen sich deshalb, milde gesagt, etwas provokatorisch aus.

Am 8. Januar nahmen wir mit Nikolai Britwin Verbindung auf. Auf unsere Frage nach der Lage an der Grenze antwortete er, daß nach wie vor behauptet wird, Grenzeinrichtungen nähmen landwirtschaftlich nutzbaren Boden ein. Auch die Taktik der Ultimaten hat sich nicht geändert. Auch im Raum der sowjetisch-türkischen Grenze gab es Destabilisierungsversuche.

Marina Schakina

Foto: TASS

AUS DER GESCHICHTE

Aserbaidshaner im Iran

Aserbaidshan ist der historische Name einer iranischen Provinz, die gemäß der jüngsten administrativen Gliederung in Ost- und West-Aserbaidshan geteilt war. In Ost-Aserbaidshan mit der Hauptstadt Tabriz leben Aserbaidshaner, Perser, Ghilanen u. a., in West-Aserbaidshan mit der Hauptstadt Urumiyeh Aserbaidshaner, Kurden, Armenier und Assyrer. Verschiedenen Quellen zufolge leben in Iran insgesamt 8 – 14 Millionen Aserbaidshaner.

Innerhalb von Sowjet-Aserbaidshan spricht man manchmal von Nord- und Süd-Aserbaidshan. Nord-Aserbaidshan ist die Aserbaidshanische Sozialistische Sowjetrepublik, mit Süd-Aserbaidshan meint man die beiden Nordprovinzen Irans, in denen die Aserbaidshaner die Bevölkerungsmehrheit ausmachen.

Die gegenwärtige sowjetisch-iranische Grenze ist Ergebnis der russisch-iranischen Kriege des 19. Jahrhunderts. Nach dem Friedensvertrag von Gulistan von 1813 wurden Dagestan, Georgien mit Schuragel, die Chanate Karabach, Gandyscha, Scheki, Schirwan, Derbent, Kuba, Baku und Talysch Rußland angegliedert. Nach dem Vertrag von Turkmantschai von 1828 folgten ihnen die Chanate Jerewan und Nachitschewan einschließlich des Kreises Ordubad. Man war bemüht, die Grenze an natürlichen Hindernissen, z. B. Flüssen, zu ziehen.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts war Aserbaidshan wirtschaftlich und kulturell eine der höchstentwickelten Provinzen Irans. Unter den ersten Kadsharen (Herrscherdynastie) war seine Hauptstadt Tabriz die Residenz des iranischen Thronfolgers, der traditionsgemäß für die außenpolitischen Beziehungen des Landes verantwortlich war. Aserbaidshans Bevölkerung beteiligte sich an der Bewegung für die Annahme einer Verfassung und die Einberufung des Medschlis (iranische Revolution von 1905 – 1911) sowie an der nationalen Freiheitsbewegung von Anfang der 20er Jahre.

Während des zweiten Weltkriegs entstand in den Provinzen Aserbaidshan und Kurdistan eine neue demokratische Bewegung, die autonome Rechte für die Aserbaidshaner und Kurden forderte. Den Kampf für die demokratischen Rechte der Aserbaidshaner leitete die Aserbaidshanische Demokratische Partei.

Ende 1945 wurde eine nationale Regierung gebildet, die im Bestand Irans eine nationale Autonomie Aserbaidshans forderte. Aber schon im November 1946 (d. h. ein halbes Jahr nach dem Abzug der sowjetischen Truppen, die sich dort gemäß dem sowjetisch-iranischen Vertrag vom 26. Februar 1921 zwischen Ende August 1941 und Mai 1946 befanden) wurde die nationale Bewegung grausam unterdrückt und die nationale Regierung gestürzt.

Die Bevölkerung Aserbaidshans beteiligte sich aktiv an der Bewegung gegen den Schah und an seinem Sturz. Nach dem Sieg der islamischen Revolution in Iran gab die Partei der Islamischen Republik der Moslems von Iran (gegründet 1979) die Losung der nationalen Autonomie nicht mehr aus und beschränkte sich auf die Forderung, ihrem geistigen Führer, Ajatollah Schariatmadari, mehr Rechte bei der Lösung nationaler Fragen zuzugestehen.

Ajatollah Schariatmadari war dagegen, daß der schiitischen Geistlichkeit umfassende Rechte bei der Leitung des Landes gewährt wurden, und befürwortete eher weltlicheren Charakter der Macht; den gleichen Standpunkt vertrat die Partei der Islamischen Republik. Die aserbaidshanische Bevölkerung boykottierte die verfassungsmäßigen Volksentscheide und kritisierte die islamische Regierung. Bei den Wahlen von 1979 kamen die Kandidaten der Partei der Islamischen Republik nicht in den Medschlis, und das war der Auftakt zu regierungsfeindlichen Aktionen in Aserbaidshan.

In die Provinz wurden Einheiten der Wächter der islamischen Revolution, reguläre Truppen und Gendarmen geschickt. Die Partei wurde aufgelöst, Ajatollah Schariatmadari beschuldigt, an einem Komplott gegen die islamische Regierung beteiligt gewesen zu sein, ihm wurde sein geistlicher Rang aberkannt. Bis zu seinem Tod (Frühjahr 1986) befand er sich unter Hausarrest.

Die Aserbaidshaner sind Schiiten und deshalb mit der iranischen Staatsreligion verbunden. Auf vielen Schlüsselposten der Islamischen Republik Iran befinden sich Aserbaidshaner.

Vertreter der aserbaidshanischen Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer konnten ihre Positionen auf dem Inlandsmarkt festigen und mehrere Vergünstigungen und Privilegien für sich durchsetzen. Aber unter den Aserbaidshanern lebt der Wunsch fort, die Muttersprache in breiteren Ausmaßen sprechen und die nationale Kultur entwickeln zu dürfen.

Mit Dorsch verwechselt?



Tatjana
Iwanowa

**Ich war entsetzt,
als ich von
einer Deputierten
hörte,
daß es früher
besser war**

Ich setze mich in das Linientaxi. Ein einziger Passagier war da außer mir, gut angezogen, gepflegt und mit ausländischen Kartons auf den Knien – mein Jahrgang. Er fragt mich:

„Sie haben natürlich keine 15-Kopeken-Münze...“

„Wieso gleich keine?“ frage ich zurück. „Sie sind wohl auf Mißerfolge vorprogrammiert? Ich werde gleich meine ganze Tasche ausräumen, aber ein 15-Kopeken-Stück finde ich Ihnen...“

„Nicht unbedingt vorprogrammiert, aber das Leben ist so, daß man nichts Gutes erwartet... Früher war es besser...“

Gut, auf dem Weg zur Metro gelang es mir, ihn aufzuheitern.

Ich komme in die Eingangshalle eines wunderschönen Kulturhauses. Bis zum Beginn der Veranstaltung waren es noch 15 Minuten. Sehe mich um, keine Stühle, Sessel oder Bänke, nichts. Die Leute stehen entlang der Wände, lehnen sich an. Auf dem Fußboden überall weiße Quader, eine ganze Menge. Aha, denke ich, moderne Kunst, Quader anstatt Hocker. Ich setze mich auf so einen Quader – ganz bequem. Schlage eine Zeitung auf. Kommt eine Frau auf mich zu:

„Glauben Sie, da darf man sich draufsetzen?“

„Ich glaube nicht, ich sitze.“

„Und wenn es kaputtgeht?“

„Dann fall ich runter, sie geben mir ihre Hand und ich stehe wieder auf.“

„Und wenn jemand kommt und uns wegjagt?“

„Wir entschuldigen uns und stehen auf... Entschließen Sie sich!“

„Das ist eine Unverschämtheit, nicht ein Stuhl... Früher...“

Gut, in den verbleibenden 10 Minuten habe ich sie beruhigt. Ich kann doch aber nicht so von einem zum anderen laufen.

Wir stehen in der Schlange nach Zucker an. Mit Bezugsscheinen. Fünf Leute, es ging schnell.

„Da haben wir schon Bezugsscheine und stehen trotzdem“, meint meine Nachbarin. „Das ist eine Unverschämtheit.“

„Es zwingt uns doch niemand, uns anzustellen“, sage ich. „Unsere Wohnungen sind doch auch so schon zu Speichern geworden.“

„Das stimmt.“

„Wieviel Zucker haben Sie schon liegen?“

„So an die 10 Kilo...“

Sehen Sie, wie das ist... Das ist innerlich eben so vorprogrammiert:

Nehmen, solange es gibt...

Die Zeit verging schnell und wir haben uns gut unterhalten.

Ich fahre im Vorortzug. Es ist warm, sauber, hell und viel Platz. Mein Gegenüber springt alle paar Minuten auf, um die Tür zum Windfang zu schließen.

„Das sind keine Menschen“, schimpft sie, „sondern Parasiten. Die machen keine Türen hinter sich zu.“

„Menschen sind das“, sage ich leise, „keine Parasiten. Sie sollten sich wärmer anziehen, ist immerhin Winter.“

„Ich habe dem Wetterbericht geglaubt. Die lügen doch, auf die darf man überhaupt nicht hören. Ein solches Mistwetter, mal Frost, mal Regen, da versteht man überhaupt nichts mehr.“

„War es denn früher“, ich lächle, „besser?“

Bis nach Moskau konnten wir sie aufheitern. Sie erzählte von ihrer klugen Katze, wir von unserem bewundernswerten Kater. Sie erzählte, daß die Katze leider tot sei und sie jetzt ein Perserkätzchen mit gutem Stammbaum erwerben möchte...

„Früher“, erzählte unsere Reisegefährtin, „hatten wir doch überhaupt keine Ahnung, daß es Katzen mit Stammbaum gibt. Da hatten wir andere Sorgen...“

Eben. Schauen Sie sich doch mal selbst richtig an, liebe Mitbürger. Was ist denn das für eine kollektive Ausrichtung auf Mißerfolge? Woher kommen die Erinnerungen an die guten alten Zeiten? Warum ist das Gedächtnis so kurz? Wem ging es denn, frage ich Sie, strengen Sie Ihr Gedächtnis an, niemals gut in Rußland? Ich frage die Mutter: „Wenn die sich an den Kaviar in den Geschäften erinnern, haben die ihn denn gekauft? Oder sie haben ihn mit etwas verwechselt?“

„Sie haben ihn mit geräuchertem Dorsch verwechselt, Töchterchen“, antwortet sie mir.

Das ist eine andere Sache. Im feuchten, schmutzigen Hof, wo es wirklich Kaviar zu kaufen gab, haben wir mit der Mutter stundenlang nach Eiern angestanden, haben gleich 100 Stück gekauft, weil das eine Seltenheit war. Nach Fleisch standen wir Stunden an. Milch haben wir nur mit Mühe besorgen können. Das ganze Land aß geräucherten Dorsch mit Sonnenblumenöl und Kartoffeln. Das haben Sie wohl vergessen? Haben Sie denn wirklich vergessen, daß es

im Winter damals überhaupt kein Obst gab, nur verschrumpelte Äpfel auf den Märkten? Und wie wir mit den Bezugsscheinen im Keller der Hausverwaltung nach Mehl angestanden haben, haben Sie auch vergessen? Wie wir überhaupt keinen Begriff hatten von Kühlschränken, abgeschlossenen Wohnungen, wie wir die Plastiktüten stopften, ja wirklich stopften, die jemand aus dem Ausland als Geschenk mitgebracht hatte, haben Sie auch vergessen? Wenn jemand ein Netz Apfelsinen durch die Straßen getragen hätte, wären die Leute alle wie angewurzelt stehengeblieben und der Straßenverkehr angesichts eines solchen Wunders zum Erliegen gekommen. Mein Altersgefährte, ein Schriftsteller aus Magadan kann sich genau erinnern, wann er in seinem Leben den ersten Apfel gesehen hat, 1956. Ein anderer Schriftsteller, von der Wolga, erinnert sich, wie er über das Radio die Nachricht vom Weltraumflug Gagarins erfuhr. Er spannte gerade die Pferde ein, bis zu den Knien im Dreck, seine Mutter war in die Kolchosschmiede gegangen, sie arbeitete da als Schmied, zu Hause hatte sie drei kleine hungrige Kinder eingeschlossen zurückgelassen, außer Kartoffeln gab es im Hause nichts Eßbares.

So haben wir gelebt, liebe Mitbürger. Sieben Rubel Rente bekam eine Verwandte auf dem Dorf. Und das war nicht vor uralten Zeiten, sondern in den 60er Jahren so.

Wir haben das Licht für ein kurzes Jahrzehnt gesehen. Das fiel zeitmäßig mit der Energiekrise „bei denen“ zusammen.

Für das Erdöl verkaufte man uns Pullover und Kleider und sogar Ananas. Und wir haben die „Erdöl-sahne“ vollständig abgeschöpft. Jetzt haben wir nur noch das schwierig zu fördernde Öl, das wird immer teurer... Den Dorsch haben wir schon früher aufgegessen.

Das Gedächtnis muß man sauber halten. Ich war entsetzt, als ich von einer Deputierten hörte, daß es früher besser war. Das heißt also, sie würde es weiterhin vorziehen, Zinksärge aus Afghanistan zu empfangen, auf einem Vulkan in einem Meer von Heuchelei, Lüge und Ehrlosigkeit zu leben. Das ist furchtbar, Mitbürger. Ich rufe euch auf, verfällt nicht in die Sünde der Ohnmacht und der Mutlosigkeit. Wollen wir lieber versuchen, unsere Seelen in Ordnung zu bringen.

Die Ärzte müssen den Politikern die brutale Realität der Seuche erklären

Komplott des Verschweigens

Dr. Kevin M. Cahill, Direktor des Zentrums für Tropenmedizin in New York

Aids ist ein Prüfstein für die Barmherzigkeit der Gesellschaft und für den Respekt vor der Persönlichkeit, den staatliche Einrichtungen zeigen. Amerikanische Erfahrungen, die wir kennen sollten

Traurig aber wahr – doch als die Aids-Seuche ausbrach, basierten Hypothesen, ja gar Schlußfolgerungen eher auf moralischen Kriterien und auf zufälligen Autoritäten (die sich fast täglich zu Wort meldeten) als auf jenen wenigen Tatsachen, die damals bekannt waren.

Die einen neigten dazu, die Krankheit als Strafe Gottes zu betrachten. Für sie war die Ursache der Seuche klar: die Homosexualität. Die tödliche Krankheit, die Gott den Menschen in seinem Zorn gesandt hat, betrachteten sie als natürliche, nur etwas verspätete Strafe.

Die aktiven Verfechter der Homosexualität nahmen die Krankheit als Anlaß, um für ihre gesellschaftlichen und politischen Rechte zu kämpfen... Doch es gab auch Leute, die an einen chemischen und biologischen Krieg gegen die Homosexuellen glaubten.

Die Reaktion der US-Regierung auf die Seuche war, besonders ganz zu Anfang, unentschlossen, lau. Doch als die Regierung dann tätig wurde, tat sie das auf unpassendste Weise. Die New-Yorker Behörden eröffneten spezielle medizinische Punkte für Homosexuelle und Lesbierinnen, wobei sie meiner Meinung nach medizinische und soziale Fragen stark durcheinanderbrachten und so einen Präzedenzfall schufen, der seiner Logik nach zur Verbreitung von medizinischen Einrichtungen nur für einen begrenzten Personenkreis führen wird. Das war offensichtlich eine politische Entscheidung. Möglicherweise wollte die Regierung diejenigen, die aktiv für die Rechte der Homosexuellen eintreten, besänftigen. Doch so zwang sie die Aids-Infizierten, die z. B. bei einer Bluttransfusion den Virus erhalten hatten, sich an Einrichtungen zu wenden, wo für sie demütigende Verhältnisse herrschten.

Zu Beginn der Seuche wurden vier Personengruppen als besonderes anfällig für Aids herausgestellt: Homosexuelle, Rauschgiftsüchtige, die intravenös spritzen, Bluter und Haitianer, unter denen der Anteil der Kranken unerklärlich hoch war. Einige Haitianer erklärten, sie seien aus rassistischen Motiven in die Risikogruppe aufgenommen wurden. Haitianische Kinder wurden in den Schulen verspottet; Erwachsenen, insbesondere Heimarbeitern, drohte man die Entlassung an – angeblich, weil sie Aids übertrügen.

Aids, Politik und Kirche

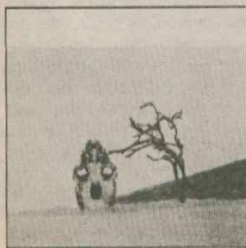
Mit zunehmender Ausbreitung der Seuche stellten sich immer mehr Fragen – und immer weniger Antworten darauf wurden gegeben. Besorgnis weckte Angst, die bald schon zu einer Panik wurde. Forderungen nach entschiedenem Handeln wurden laut, doch niemand wußte, was nun konkret zu tun sei.



„Preist Gott für Aids!“ – Demonstration im US-Bundesstaat Georgia

Die amerikanischen Bundesbehörden, die nach wie vor zu entschiedenem Handeln nicht bereit waren, erklärten, der Kampf gegen die Aids falle in die Zuständigkeit der örtlichen Behörden. Die aber antworteten, daß sie ohne Unterstützung der Bundesbehörden wenig ausrichten könnten. Worte und endlose Konferenzen traten an die Stelle von praktischem Handeln. Die Politiker erörterten die Seuche überaus vorsichtig. Fast alle Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vermieden sogar die üblichen Bekundungen des Mitgefühls und der Besorgnis. Es sah so aus, als lasse die sexuelle Orientierung der Aids-Infizierten jegliches Eingreifen riskant werden, und so konzentrierten sich die Politiker auf andere Dinge.

Im Frühjahr 1983 hatte ich den Vorsitz bei einem großen Aids-Symposium in New York. Die Direktoren des nationalen Krankheitsüberwachungszentrums und des Nationalen Gesundheitsinstituts, die Präsidenten der Gesellschaft für Infektionskrankheiten und der Vereinigung der amerikanischen Blutspenderbank, die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheitswesen und klinisch tätige Kollegen – sie alle kamen zusammen, um die zu jenem Zeitpunkt bekannten Informationen über Aids zu studieren. Doch trotz meines guten Verhältnisses zu vielen Kongreßabgeordneten konnte ich keinen von ihnen zur Teilnahme am Symposium gewinnen. Und erst die Teilnahme eines geistlichen Würdenträgers riß die schändliche Mauer der offiziellen Zurückhaltung nieder. Ich berichtete dem inzwischen verstorbenen Erzbischof von New York, Terence Kardinal Cooke, was die Politiker alles tun, um nicht in unsere Arbeit hineingezogen zu



werden – möglicherweise aus Angst, Vertreter der Kirche würden jegliche Schritte zur Unterstützung der Gemeinschaft der Homosexuellen kritisieren... Er erklärte sich sofort bereit, persönlich das Symposium zu eröffnen, und seitdem geben Politiker endlose Erklärungen ab, und die Massenmedien dramatisieren die Situation so, daß wir unwillkürlich an die ruhigen Tage von vor einem Jahr denken müssen, als sich alle lieber ausschwiegen.

Trotz aller Bemühungen starben weiter junge Menschen. Allein in New York wurden mehr als 15 000 Aids-Infizierte registriert. Zwei Jahre später 80 Prozent von ihnen gestorben. Wenn ich meine persönlichen Erfahrungen nehme, dann lebten von 500 registrierten Infizierten nur wenige drei Jahre.

Die Seuche nahm immer größere Ausmaße an, unsere Medizin aber tat so, als gehe sie das nichts an... Als vor einigen Jahren eine tödliche Krankheit Veteranen der Amerikanischen Legion („Legionärskrankheit“) erfaßte, suchten Mediziner des ganzen Landes nach einer Lösung. Als Frauen, die Tampons benutzten, ein toxisches Schocksyndrom befiehl, wurde alles aufgeboten, um einen Ausweg zu finden. Doch als Rauschgift-süchtige, arme haitianische Flüchtlinge oder Homosexuelle Opfer wurden, schien das niemanden etwas anzugehen. In den ersten beiden Jahren nach dem Auftreten von Aids wurde kein einziges Forschungsprogramm eingeleitet, und bis heute ist es vielen nicht bewußt, daß Aids jeden treffen kann – bei einer Bluttransfusion. Unsere Medizin schien Teil eines merkwürdigen Komplotts des Schweigens zu sein.

NACH ANGABEN DES UdSSR- GESUNDHEITS- MINISTERIUMS VOM 28. DEZEMBER 1989

In der UdSSR wurden 45 147 999 Personen untersucht, davon 23 599 849 Blutspender (auch wiederholt). Dabei wurden 896 Aids-Infizierte ermittelt:

- darunter 469 Ausländer,
- und 427 Sowjetbürger.

Von den Sowjetbürgern:

- infizierte Blutspender – 10 Personen,
- Aids-Kranke – 19,
- gestorben bisher 12.

Von den ausländischen Bürgern:

- Aids-Kranke – 3
- gestorben bisher 3.

Insgesamt waren im Dezember 1989 weltweit 203 599 Aids-Fälle in 152 Ländern registriert.

Doch wenn Historiker einmal daran gehen werden, diese ersten Jahre der Seuche zu beschreiben, werden sie, wie ich meine, nicht ein abstoßendes Bild von Mißerfolgen und Ignoranz zeichnen. Eher dürften sie uns von bemerkenswerten heldenhaften Episoden berichten, die eine finstere Periode des Kampfes gegen ein unbekanntes Übel beleuchten...

Parias

Während die Regierung und die Medizin offenbar nach Rechtfertigungen für ihre Untätigkeit suchten, reifte in den Risikogruppen die Entschlossenheit, nicht von der Krankheit vernichtet zu werden, suchte man zu erreichen, daß die Gesellschaft dem Problem die erforderliche Aufmerksamkeit schenkt, zeigte sich beispiellose Bereitschaft, jenen zu helfen, die medizinische, psychologische und soziale Hilfe brauchen – eine Hilfe, die die Gesellschaft nicht bot. Organisationen entstanden, die Ratschläge gaben oder auch nur den erschrockenen und leicht verwundbaren Menschen halfen, die nicht wußten, an welche Stelle, an wen sie sich wenden könnten.

Niemand vermochte das Gefühl der Ausgestoßenheit, zu dem die Seuche den Menschen verurteilt, besser zu begreifen und zu beschreiben als Albert Camus in der „Pest“.

Oft sollten Aids-Infizierte in der gleichen Situation sein wie bei Camus: Als Parias waren sie aller Hilfe der modernen Medizin beraubt. Doch es gab auch viele Beispiele für den persönlichen Mut von Ärzten; für die Beachtung des Ehrenkodexes durch Ärzte, Schwestern und technisches Personal. Übrigens wird das ihnen nie als Verdienst angerechnet werden: Die klinische Medizin beruht nicht auf Heldentaten, ihr liegt vielmehr der ständige, aufopferungsvolle Dienst am Patienten zugrunde.

Während der Seuche werden wir Internisten tagtäglich direkt mit Patienten konfrontiert, die in ihren besten Jahren an einer tödlichen Krankheit leiden, wir aber begreifen diese Krankheit nicht,

John Gordon steckte sich 1981 mit Aids an, 1985 wurde die Diagnose gestellt, und vier Jahre später kam er erstmals für lange Zeit ins Krankenhaus. John, ein Computerfachmann, verdiente früher bis zu 100 000 Dollar jährlich; jetzt beträgt seine Rente (deren Höhe hängt nicht nur von der Dauer der Berufstätigkeit, sondern auch von den gesetzlichen Bestimmungen im betreffenden US-Bundesstaat ab) wenig mehr als 7000 Dollar im Jahr.



Gordon hat den Eindruck, es gehe ihm allmählich wieder besser; er hat zugenommen, versucht erneut, Tennis zu spielen. „Ich mache zwei Behandlungen gleichzeitig durch“, sagt er. „Und weitere an die 50 Medikamente werden zur Zeit erprobt. Die Ärzte werden schon etwas finden...“

Das County-Krankenhaus an Johns Wohnort überläßt ihm Medikamente für ein Zehntel des Preises – für 100 Dollar monatlich. Ist der Kranke gut versichert – alles hängt von der früheren Arbeitsstelle ab –, braucht er dieses Geld nicht zu zahlen.

können sie nicht heilen. Alles, was uns bleibt, ist den ältesten Pflichten unseres Berufes zu folgen: auf unserem Posten zu bleiben, zu versuchen, Antworten zu finden und, solange diese entsetzliche Krankheit nicht besiegt ist, unsere Hilfe anzubieten. Und ein solcher Dienst an den Kranken hat nichts Heldenhaftes.

Menschen und nicht Zahlen

Zu lange sprachen die Mediziner nur miteinander – belegten dokumentarisch die Verluste durch Krankheit, studierten ihre Ursachen, riefen alle auf, ihren Ratschlägen zu folgen. Doch dabei kamen sie über den traditionellen Rahmen ihres Berufs nicht hinaus. Sie konnten nicht begreifen, daß sie so nicht instande sein würden, die Wirtschaftspolitik zu verändern oder größeren Einfluß auf den politischen Willen zu nehmen, und gerade sie sind es doch, die über die Höhe oder gar das Bestehen medizinischer Programme entscheiden. Zu selten bekunden die Experten des Gesundheitswesens den Wunsch, sich auf stürmischen Beratungen zu äußern, wo die Prioritäten der Regierungspolitik erarbeitet und die Höhe der Mittel festgelegt werden.

Die Spezialisten, die das als erste deut-

lich machen sollten, konnten oder wollten die brutale Realität der Seuche nicht mit verständlichen Worten, die die für die Politik Verantwortlichen verändert hätten, erklären. Zu lange haben wir, d. h. diejenigen, die es mit dem Menschen, der Krone der Schöpfung, zu tun haben, zugelassen, daß Pläne auf dem Papier und unsere Prioritäten nur Worte blieben. Wenn sich Wissenschaftler und Mediziner weiterhin vom System abgrenzen und sich hochmütig vom politischen Prozeß isolieren, werden sie nicht das Recht haben (und es auch nicht verdienen), Modelle für unsere Gesellschaft zu entwickeln.

Aids ist nicht die schrecklichste Krank-

heit, die ich erleben mußte. Ich leitete den medizinischen Dienst in einem Lager somalischer Flüchtlinge, wo über eine Million Kinder und Frauen hungerten. Ich war verantwortlich für den medizinischen Hilfeinsatz nach dem Erdbeben in Nicaragua, als fast 20 000 Menschen in einer Nacht umkamen. Ich leitete eine Klinik in Westbeirut, als Bomben auf unser Krankenhaus niedergingen. Was Aids angeht, so ist eine Perspektive erforderlich...

Nur wer moralisch blind ist, kann die Brutalität in unserer Welt nicht sehen. Ihre Spuren sind überall zu erkennen: sowohl an einer Hausmauer in Belfast, an die ein Kind die verzweifelte Frage „Gibt

es ein Leben vor dem Tod?“ kritzelte, oder in den leeren Augenhöhlen und den unnatürlich aufgeblähten Bäuchen der vor Hunger Sterbenden in Bangladesh, in Afrika und in Lateinamerika; sie sind in den hoffnungslosen Gesichtern der Aids-Kranken zu sehen, deren Zahl wie die der Häftlinge von Auschwitz immer weiter steigt, je mehr sie sich dem Tod nähern.

Wir dürfen es nicht zulassen, daß uns nur am eigenen Wohlergehen gelegen ist, daß wir beim Anblick der Leiden anderer gleichgültig bleiben. Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Zahlen des Hungers und der Armut, der Krankheiten und der politischen Tyrannei nur statistische Angaben bleiben, dürfen nicht vergessen, daß

Im „HIV-Hotel“

Die Amerikaner sprechen oft davon, daß Aids alle Menschen gleich werden läßt – in dem Sinne, daß angesichts der unheilbaren Krankheit Menschen, die auf verschiedenen Stufen der Gesellschaft stehen, gleich sind. In gewisser Hinsicht ist dem so. Überdies hat Aids die tagtäglichen Probleme des homosexuellen Teils der Bevölkerung aus dem von den Moralpredigern verkündeten Komplott des Schweigens herausgeführt. Die Aids-Gefahr hat diesen Teil der Bevölkerung einig werden lassen, hat sie dazu gebracht, sich aktiv mit gesellschaftlicher, politischer Tätigkeit zu befassen – um Aufmerksamkeit für sich, die gleichen Bedingungen für ihre Kranken zu finden usw. So ist er dem heterosexuellen Teil der Bevölkerung näher gekommen, und Amerika insgesamt ist offenbar toleranter geworden. Übrigens finden Demonstrationen von Unbelehrbaren mit Plakaten wie „Preist Gott für Aids“ statt, und ein Laienprediger an der Kreuzung der 5. Avenue und des Broadway schreit Tag für Tag in seinen Lautsprecher: „Die Schwulen in die Hölle!“ So viele Leute, so viele Meinungen...

Aids als Extremsituation stellt ein ganzes System, alle Einrichtungen der Gesellschaft auf die Probe. Und auf der Ebene der Einrichtungen, der Behörden sollte Aids oft die

Menschen nicht einander gleich werden lassen, sondern sie trennen.

50 Prozent der Aids-Kranken befinden sich in 28 öffentlichen Krankenhäusern. Die übrigen medizinischen Einrichtungen tun alles, um sie nicht aufzunehmen, wobei sie auf mangelnde Erfahrungen oder auf fehlendes Geld verweisen. Nicht selten ist dem gerade so – doch auch die offene Weigerung, zu Hilfe zu kommen, die „Pest“ ins eigene Haus zulassen, ist an der Tagesordnung.

Auch das Rechtssystem sollte nicht auf der Höhe sein. Im Herbst 1989 verbreitete die Juristenvereinigung von New York einen Bericht, dem zufolge im Bundesstaat New York und offenbar nicht nur dort die Rechte der Angeklagten und der Verurteilten, die Träger des Aids-Virus sind, systematisch verletzt werden. In dem Bericht wird dargelegt, wie sich vom Gericht bestimmte Rechtsanwälte weigerten, mit Aids-kranken Klienten zusammenzutreffen, und bisweilen ein Verfahren in Abwesenheit der Angeklagten durchgeführt wurde: Die Mitarbeiter des Gerichts hatten Angst, sich anzustecken...

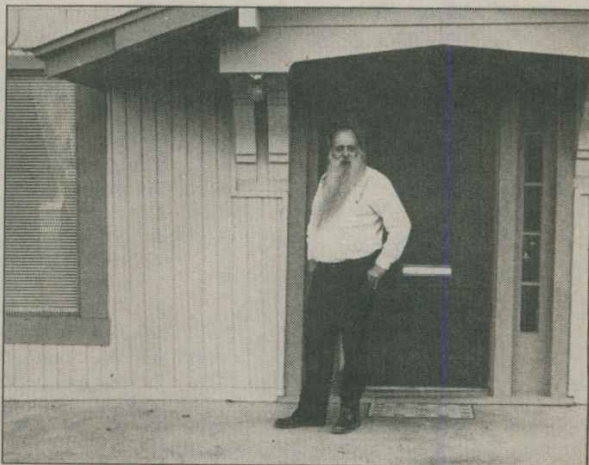
17 Prozent der Häftlinge im Bundesstaat New York sind Aids-infiziert. 1988 starben 199 Personen. Doch die Haltung der Gefängnisverwaltung zu diesem Problem grenzt bis-

lang an Dilettantismus. So beinhalten die offiziellen Empfehlungen für das Gefängnispersonal die Verwendung von Schutzhandschuhen, Gesichtsmasken und Kunststofftrennwänden(!), obwohl bekannt ist, daß der Virus nicht durch einfache Berührung übertragen wird.

Die Militärs versuchen, mit Methoden, die die amerikanischen Juristen schockieren, mit Aids fertig zu werden. Neben der obligatorischen Blutprobe wird von den Soldaten die schriftliche Zusicherung verlangt, sie würden nur „sicheren Sex“ treiben, und Homosexuelle werden vor ein Tribunal gestellt... Armee-Offiziere suchen diese Maßnahmen zu rechtfertigen, nennen sie eine „richtige Arznei, die auch im

zivilen Sektor angewandt werden“ sollte.

Mir ließ die Frage keine Ruhe: Wie würde man sich in der Sowjetarmee zu einem Träger des Aids-Virus verhalten? Und überhaupt – hat eine Einrichtung, die die verantwortungsvolle Funktion des Schutzes des Staates ausübt, nicht das Recht, Überlegungen der Kampfbereitschaft, der physischen und moralischen Verfassung der Militärangehörigen usw. in den Vordergrund zu stellen? Doch die amerikanischen Bürgerrechtler gehen vom Primat der Rechte des einzelnen gegenüber beliebigen staatlichen Interessen aus. Die Situation, die um die Aids-Kranken oder -Infizierten in der Armee entstanden ist, wird von ihnen offenbar als Experiment-



es Menschen und nicht Zahlen sind, die krank sind, hungern und gedemütigt werden. Wir dürfen von Problemen nicht nur sprechen und uns einreden, Worte (ja selbst Mitgefühl) könnten Handeln und Akte des Mitgefühls ersetzen.

Die medizinische Fürsorge um die Aids-Kranken wird auch von Erwägungen bestimmt, die mit der Immunologie und der Chemitherapie nichts gemein haben. Diese Menschen sind Opfer aller unseren Ansichten zur Krankheit und zum Leben, unserer finanziellen Prioritäten.

In den medizinischen Einrichtungen und den sozialen Diensten in den USA

reift eine Krise heran. Jeder Aspekt der medizinischen Fürsorge um die Aids-Kranken, angefangen bei der Pflege und einer verbesserten Ernährung, der Unterbringung im Krankenhaus bis zu den Laboruntersuchungen, wird überaus teuer kommen. Die Dauer des Krankenhausaufenthalts wird sich auf Monate belaufen: Viele meiner Patienten verbrachten etwa drei Viertel ihres letzten Lebensjahres in einem Einzelzimmer. Rechnungen von über 400 000 Dollar für die Behandlungskosten sind schon jetzt keine Seltenheit. Der Versicherungsschutz, über den junge und arme Menschen (und gerade sie stellen die meisten Aids-Opfer) verfügen,

deckt diese Kosten nur selten. Die Gesellschaft hat die Seuche in ihren Planungen nicht berücksichtigt.

Und doch verleiht einem die Geschichte der Medizin die Zuversicht, daß letztlich der Vorhang vor dem entsetzlichen Geheimnis von Aids gelüftet und ein wirksames Mittel gefunden werden wird.

NEW YORK

tiefeld gesehen. Was kann mit Kranken geschehen, wenn die ganze Gesellschaft nach dem Vorbild der Armee auf „höchste Interessen“, z. B. das Überleben der Nation, verweisen und sich entsprechend verhalten wird?

Seit Oktober 1985 wurden 5 Millionen Militärangestellte und Bewerber der Streitkräfte auf Aids untersucht. Dabei wurde der Virus bei 6000 Personen im aktiven Dienst (Angaben über die Bewerber sind nicht bekannt – sie werden sofort automatisch von der Armee abgewiesen) entdeckt. Theoretisch ist diesen 6000 Personen erlaubt, den Dienst so lange fortzusetzen, bis sich ihr Gesundheitszustand rapide verschlechtert.

In der texanischen Stadt San Antonio sprach ich mit dem Leiter des dortigen Aids-Fonds Robert Edwards. Ich saß bei ihm auf einem Baumstamm im Haus des Fonds, dessen einfache Einrichtung auf eine Vorliebe für Bauernmöbel deutete: hölzerne Balken und Zwischenwände, Holz-

stämme... Neben mir eine riesige Vase mit kostenlosen Präservativen in allen nur denkbaren Farben – zum Gebrauch der Besucher –, ferner lag dort ein Stapel von Broschüren und Flugblättern, in denen vielleicht nicht sehr fein, doch dafür klar erläutert wurde, was man darf und was nicht, wenn man Virusträger ist... Hinter einer Zwischenwand inhalierte ein Kranker, und Robert Edwards sprach von einem schrecklichen „HIV-Hotel“, das Militärs im texanischen Stützpunkt Fort Hood eingerichtet hatten...

Fort Hood ist der größte Panzer- und Artilleriestützpunkt der Welt. Im April 1988 wurden auf Befehl seines damaligen Chefs Generalleutnant Crosbie Saint (unlängst erhielt er den vierten Generalstern und übernahm die Leitung der US-Streitkräfte in Europa) die Soldaten mit einer positiven Reaktion auf den Virus zu einer Sondereinheit zusammengefaßt und in einem Extragebäude, das schon bald das „HIV-Hotel“ genannt wurde, unterge-

bracht. Wie Leute, die sich dort befanden, erklärten, erinnerte das „Hotel“ eher an ein Gefängnis: endlose Disziplinarstrafen, ständiger Nachtdienst, Ausgangsverbot.

Die Bewohner des „HIV-Hotels“ wurden degradiert, man drohte ihnen mit dem Tribunal. Die „Hotel-Bewohner“ wurden Parias, mußten Demütigungen über sich ergehen lassen. Die Politik „von oben“ war klar: die Reihen der Armee zu „säubern“, die Virusträger zu zwingen, die Streitkräfte zu verlassen.

Einige Personen im „HIV-Hotel“ trugen sich mit Selbstmordgedanken. Einer von ihnen, der 24jährige Soldat John Brisbois, flüchtete letztlich vom Stützpunkt und wandte sich, nachdem er 350 Meilen zurückgelegt hatte, um Hilfe an Robert Edwards:

„Er war mit den Nerven völlig down“, berichtete Robert Edwards. „Wir schickten ihn zu einem Psychiater, dann zu einem Juristen. Wir meinten, er solle sich am besten auf einem nicht weit von uns gelegenen Stützpunkt stellen – dort ist man zu Kranken humaner als in Fort Hood. Wir erklärten den Militärs, daß John in einem schweren Zustand ist.“

Doch zwei Tage später wurde er – in Handschellen und Ketten – nach Fort Hood überstellt. Dort wurde ihm im Duschraum ein Desinfektionsmittel gegeben, auf dem „GIFT“ geschrieben stand. Brisbois trank die Flüssigkeit ohne Bedenken aus. Doch man brachte ihn wieder auf die Beine und – schickte ihn ins „HIV-Hotel“ zurück.

„Ist denn nicht klar, was sie wollten“, empörte sich Robert. „Sie legten ihm Handschellen an, demütigten ihn – und dann gaben sie ihm ein Fläschchen mit der Aufschrift „GIFT“.“

...Fort Hood erinnert daran, was in Staaten geschieht, die versuchen, mit beliebigen Mitteln Unbequemes, „Überflüssiges“, die nicht in deren Struktur passen, loszuwerden. Dort isoliert man diese Menschen, und wenn Widerstand geleistet wird, befördert man sie eben ins Jenseits... Den Aids-Virusträgern und -Kranken droht in vielen Ländern ein solches Schicksal. Die USA müssen nur als erste diese Probe bestehen. Und insgesamt, trotz des schrecklichen Beispiels von Fort Hood, bestehen sie diese Probe.

Das Echo, die die Geschichte vom „HIV-Hotel“ gefunden hat, zeugt davon: Derartiges kann in den USA keine weite Verbreitung erfahren. Verletzungen der Menschenrechte von Aids-Opfern werden der Gesellschaft bekannt, und die Amerikaner, für die die Rechte des einzelnen der größte Wert sind, erheben sich dagegen. Offenbar führen gerade Versuche, die Aids-Kranken zu isolieren, in gewisser Hinsicht dazu, daß sich die öffentliche Meinung zu ihrer Gunst wendet.

Die Existenz von Behörden und geschlossener staatlicher Strukturen setzt von Anfang an die Möglichkeit voraus, daß die Rechte einer unpopulären Minderheit (in diesem Fall der Kranken und der Virusträger) verletzt werden können. Erforderlich ist ein Gegengewicht – in Form einer starken unabhängigen öffentlichen Meinung und einer freien Presse.

Lew Jelin

SAN-ANTONIO – MOSKAU



Robert Edwards vor dem Haus am Broadway im texanischen San Antonio: Dort hat der örtliche Aids-Fond ein Asyl für obdachlose Kranke eingerichtet...

Im Hauptsitz des Fonds inhalieren Kranke alle paar Stunden kostenlos ein Präparat

In diesem Land hat alles seinen Preis, seinen Rang, seinen Stolz. In der Schule für die Allerkleinsten trägt man das Abzeichen „Wir sind die Nr. 1!“ Wir sind die ersten, wir sind besser als die anderen, wir sind unter den ersten zehn. Und natürlich, nicht zurückbleiben! In der kleinen amerikanischen Stadt ist es das gleiche wie in einer großen, im Haus auf dem Lande das gleiche wie in einem Haus in der Stadt. Die Unterschiede, die wir aus Büchern kannten, sind längst verschwunden, es gibt keine Unterschiede. Das ist übrigens eine der Ursachen für die stürmische Entwicklung der amerikanischen Universitäten. In den USA gibt es so gut wie keine Provinz, das Lebensniveau ist überall gleich, deshalb ist auch der bedeutendste Wissenschaftler gern bereit, sich in einer kleinen Stadt niederzulassen, von der man nur weiß, daß es hier eine gute Universität und hervorragende Wissenschaftler gibt. Akademikerstädtchen wie bei uns in Nowosibirsk gibt es hier eine ganze Menge.

Die Universität des Bundesstaats Washington, an der ich studiere, gehört natürlich nicht zu den zehn, ja nicht mal zu den 25 angesehensten wie z. B. die Universität Yale, die den ersten Platz in der von der Zeitschrift „U.S. News & World Report“ zusammengestellten Tabelle der „Multiuniversitäten“ einnimmt, wie Princeton (2. Platz), Harvard (3. Platz) oder das berühmte Caltech, die Kalifornische Universität für Technologie, an der 21 Nobelpreisträger unterrichten. Und doch habe ich an meiner mittleren Universität all das, was auch die großen haben.

Alles hat seinen Rang, alles seinen Preis. Wie kann man jedoch den Preis einer Universität erfahren? Bei uns nach Gerüchten, bei den Amerikanern wissenschaftlich begründet. Der Rang einer Universität wird von fünf Kennziffern abgeleitet. Die wichtigste ist das akademische Ansehen, das durch eine Befragung von Präsidenten und Rektoren anderer Universitäten festgestellt wird; dann wird berücksichtigt, wie schwer es ist, an die Universität zu gelangen, welche Zensuren man haben muß, um immatrikuliert zu werden. Es ist sehr wichtig, wer neben dir lernen wird! Erfahrungen haben gezeigt, daß die Kommilitonen zumindest den gleichen, wenn nicht mehr Einfluß auf das Studium haben als die Dozenten. Dann geht ein, welcher Teil der immatrikulierten Studenten die Universität absolviert und einen wissenschaftlichen Grad erhält, das ist auch wichtig! Und erst dann kommt die Qualität des



Ich lerne an einer amerikanischen Universität

Lehrkörpers und die finanziellen Mittel. (Geld an letzter Stelle). Dem Ansehen nach ist Harvard an erster Stelle, hier bekommt man am schwersten einen Studienplatz, unter seinen Absolventen sind sechs Präsidenten, 29 Nobelpreisträger und 27 Inhaber des Pulitzer-Preises.

Die Qualität des Studiums wird vor allem durch das Verhältnis der Anzahl der Studenten zur Anzahl der Dozenten bestimmt. (Das höchste, in den USA einmalige Verhältnis ist am Caltech – 7:1). Dann wird die Ausbildung der Dozenten berücksichtigt und die Höhe ihres Verdienstes. Ich erzähle deshalb ausführlich von diesen Dingen, weil die Bewertung eines Instituts bei uns mehr davon abhängt, welches Verhältnis der Sekretär der Gebietsparteileitung zur Einrichtung hat und wie die übergeordnete Leitung zu ihm steht.

Nach Beendigung der 12jährigen Oberschule überlegt sich der Schulabgänger, auf welche Universität er gehen soll. Die Wahl hängt von seinen Interessen ab, von den finanziellen Möglichkeiten und von den Fähigkeiten. An einigen Colleges gibt es einen Numerus clausus (Princeton hat im vorigen Jahr nur 2000 von 12 000 Bewerbern angenommen). An der Universität des eigenen Bundesstaats zu studieren ist fünfmal billiger als ein Studium in einem anderen. Die Dozenten und Studenten in den USA reißen die Augen auf und schauen sich verwundert an, wenn sie erfahren, daß in unserem Land die Schulabgänger, die ein Institut besuchen wollen, in einem Sommer zweimal Examen ablegen müssen, erst die Schulabschlußprüfungen, dann die Aufnahmeprüfungen.

Die jungen Amerikaner legen überhaupt keine Prüfungen ab. Der Schulabgänger weiß genau, womit er rechnen kann, denn jedes College verkündet, welcher Noten-

durchschnitt und welche Zensuren für standardgemäße, in allen Bundesstaaten gleiche Tests notwendig sind, um angenommen zu werden. Ich sende an die Universität ein Blatt mit meinen Zensuren und den Ergebnissen der Tests, und man teilt mir mit, ob ich angenommen bin oder nicht. Das ist alles. Die Dozenten bekommen die Abiturienten überhaupt nicht zu Gesicht. Alles basiert auf Vertrauen.

Das Interessanteste sind die Tests. Bei uns hat man sie Anfang der 30er Jahre abgeschafft, und das hat sich auf den Zustand des Landes schlimmer ausgewirkt als die zeitweilige Verpönung der Kybernetik. Alles hat sich vermischt. Es gibt nichts Objektives. Alles hängt vom fremden Willen ab. Immer noch bestimmt die zufällige Bewertung eines zufälligen Dozenten das Leben eines Menschen.

Die amerikanischen Schüler werden in den Oberklassen mit Hilfe von Tests bewertet. Die einen Tests widerspiegeln die allgemeinen Fähigkeiten des Schülers, die anderen – sein Wissen. Die Tests sind kostenpflichtig und werden nicht von der Schule, sondern von einer unabhängigen, wirtschaftlich eigenständigen Organisation durchgeführt. Die Schule hat keinerlei Beziehungen zu den Tests, die Ergebnisse werden jedoch in die Karteikarte des Schülers eingetragen. Seit den 30er Jahren haben sich die Tests stark verändert, man ficht sie jetzt selten an.

Ich weiß, welche Fragen Ihnen auf der Zunge liegen, ich habe sie selbst gestellt. Was ist, wenn diejenigen, die die Tests durchführen, die Ergebnisse fälschen? Schmiergeld fordern?

Die Amerikaner verstanden meine Fragen nicht. Was hätte das für einen Sinn? Erstens verliert die Firma, die die Tests durchführt, das Vertrauen und geht pleite; zweitens, und das ist das Wichtigste, wenn ich durch Betrug einen Studienplatz bekomme, kann ich doch trotzdem nicht studieren, weil man mich exmatrikuliert. Warum also unnütz Geld für das Studium ausgeben? In den amerikanischen Schulen sagen die Kinder nicht vor, weil – zum Erstaunen unserer – sogar die Kinder Kenntnisse mehr schätzen als Zensuren und Zeugnisse. Hier wird keiner auf ein College gehen, wenn er da nicht lernen kann.

Somit gibt es die bei uns unlösbaren Probleme der Jagd nach den Prozenten, des Zensuredurchschnitts und der Bestechung bei den Aufnahmeprüfungen und vieles mehr in den USA nicht. Es gibt Probleme mit Alkoholikern, Drogensüchtigen, Rassenauseinandersetzungen in den Uni-Camps, doch nicht mit der Aufnahme von Studenten.

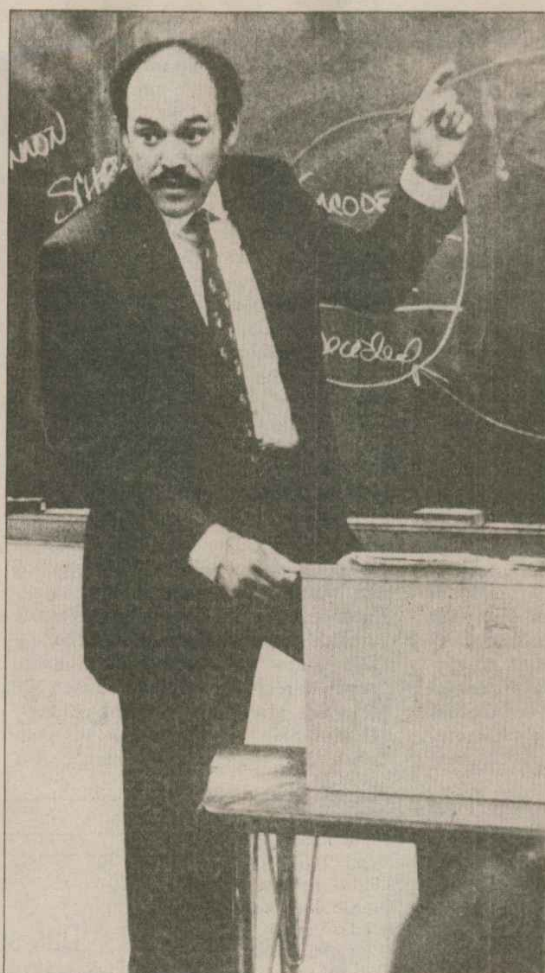
Ich studiere in Pullman, an einer Universität im Bundesstaat Washington. Hier muß

Schluß. Anfang s. NZ 2/90

man die Bezeichnung exakt wiedergeben, denn es gibt noch die Universität Washington (34 000 Studenten), die Universität West-Washington, die Universität Zentral-Washington und die Universität Ost-Washington (9000, 6000 und 7000). Ist ähnlich wie bei uns, staatliche Universität, Universität einer Stadt und Gebietsuniversität. Ich studiere an einer Gebietsuniversität. Meine Universität ist ein Städtchen, in dem es 100 Lehrgebäude, Bibliotheken und Wohnheime gibt, die im Laufe eines Jahrhunderts errichtet worden sind. Die Universität des Bundesstaates Washington begeht 1990 ihr 100jähriges Jubiläum. Wie alle amerikanischen Universitäten besteht das Studentenstädtchen in Pullman aus mehreren vierjährigen Colleges, dem für Landwirtschaft, dem pädagogischen, dem für Bauingenieure, dem pharmakologischen und dem veterinärmedizinischen. Es gibt hier auch ein College für Wissenschaft und Kunst und eine Business-Schule. Jedes College vermittelt eine Vielzahl von Spezialisierungsrichtungen, doch die Vorstellungen von der völligen Freiheit des amerikanischen Studenten sind arg übertrieben. Als ich jedenfalls Studenten des zweiten Studienjahres am veterinärmedizinischen College fragte, ob sie die freie Auswahl hätten, lachten sie nur. „Unsere Dozenten wissen besser, was sie uns beibringen müssen“, erklärten sie mir nicht ohne Ironie. In den geisteswissenschaftlichen Disziplinen ist die Auswahl natürlich größer, es gilt jedoch in der Regel, daß 80% der Fächer obligatorisch sind, der Rest je nach Wunsch.

An welches College soll ich gehen? An das pädagogische? Da ist die Konkurrenz groß, und außerdem muß man ein Dokument vorweisen, daß man mit Kindern gearbeitet hat. Ich wählte die Business-Schule, heute die prestigeträchtigste Lehrveranstaltung. Früher waren die Business-Schulen immer die schlechtesten gewesen, hierher gingen die weniger begabten Studenten, und die Dozenten verdienten hier erheblich weniger als anderswo... Doch vor 30 Jahren haben sich mehrere große Firmen zusammengeschlossen, um die Sache ins richtige Lot zu bringen. Jetzt bekommen die Dozenten der Business-Schulen erheblich mehr als Professoren der Physik, der Chemie oder der Literatur. An diese Colleges gehen jetzt Studenten, die in ihren Schulklassen zu den ersten zehn gehörten. Mit einem Schlag veränderte sich die gesamte Struktur der Hochschulbildung. Heute lernen fast 25% der amerikanischen Studenten in den Business-Schulen.

Das ist ein grundsätzlicher Unterschied zu unserem System. Bei uns ist das wichtigste Institut das ingenieurtechnische. Ingenieure leiten die Betriebe und das Land. Unlängst las ich in einer Meldung, daß im Apparat der Leningrader Gebietsparteileitung (über 200 Leute) fast die Hälfte Ingenieure sind. Ingenieure können aber doch keine Menschen anleiten! Das heißt, einige können schon, doch das ist Naturtalent. Viele unserer Führungsleute sind Usurpatoren und Autodidakten. Das Volk hat sie nicht dazu bestimmt, und zu leiten haben sie nicht gelernt. Im Prinzip sollte sogar der Betriebsdirektor nicht Ingenieur sein, sondern ein Experte auf dem Gebiet der Führungstätigkeit, ein Manager. Er sollte in einem Institut



In der Universität Minnesota

ausreichend lange den Prozeß der Entscheidungsfindung studieren. „Den Studenten beizubringen, Entscheidungen zu fällen, ist die wichtigste Aufgabe der Business-Schule“, sagte mir der Dekan. „Kann man denn das lernen?“ fragte ich. „Natürlich, manche sind von Natur aus begabt“, antwortete der Dekan, „vielen kann man es aber auch vermitteln.“

Ein „decision maker“ ist ein Mensch, der Entscheidungen fällt, ein „problem solver“ – einer, der Probleme löst. Ein „developer“ entwickelt irgend etwas... Solche Worte gehören nicht zu unserem Wortschatz. Ein talentierter Administrator, der fähig ist, treffsicher Entscheidungen zu fällen, mit Problemen fertig zu werden und einen Betrieb oder eine Stadt aufzubauen, ist in unserem Land eine Seltenheit. Das administrative Kommandosystem ist übrigens deshalb schlecht, weil hier nur kommandiert wird und es kaum ausgebildete Administratoren gibt. Ich geriet in eine Vorlesung im Fach Finanzen 427 „Analyse der Investitionen und Versicherung“. Der Hörsaal für ca. 100 Studenten war voll, jeder Student hat einen eigenen Sessel mit einem kleinen Tischchen, so daß das Schreiben einigermaßen bequem ist. Der Dozent James Sprow

ffelt seinen Vortrag über das finanzielle Risiko in häuslicher Manier, mit ganz normaler Stimme. Während er erzählte, machte er mit einem besonderen Faserstift auf einem Folienband im Projektor auf seinem Tisch Aufzeichnungen, und diese waren dann an der Wand zu sehen. Es hatte den Anschein, daß er vor dir sitzt, und ganz allein für dich erklärt und auf dem Papier zeichnet. Von Zeit zu Zeit erzählte der Professor, ohne dabei seinen Gesichtsausdruck zu ändern, etwas sehr Lustiges. Die Studenten brüllten vor Lachen, nur er blieb ernst, und dann war wieder absolute Ruhe, damit man ja kein Wort versäumd. Manchmal zeigte der Professor auf der Leinwand komplizierte Tabellen. Die Firma, die die Lehrbücher herausgibt, fertigt solche Tabellen speziell für die Dozenten an.

Das Fach „Finanzen 427“ ist also folgendermaßen ausgestattet: ein dickes Lehrbuch, ein Konспект der Vorlesungen des Dozenten (Fotokopien) und die eigenen Aufzeichnungen. Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die Aufzeichnungen auf dem Folienband, die der Professor vor den Augen der

Studenten gut leserlich anfertigte, fast das gleiche sind wie das, was bei uns Schatalow macht. Das gleiche Prinzip in der gleichen Ausführung. Nur bei uns führt man noch Kampf gegen Schatalow, wogegen man in anderen Ländern, wie man sieht, schon zum gleichen Ergebnis gekommen ist... Übrigens waren es die Amerikaner, die als erste auf die Veröffentlichung über Schatalow reagierten. Sie luden ihn sogleich offiziell in die USA zu einer gesamtationalen Lehrerkonferenz ein. Das war Ende der 70er Jahre, und natürlich hat man ihn nicht in die USA reisen lassen. Schatalow nach Amerika? Das soll wohl ein Witz sein?

Ich fragte den Dekan der Business-Schule, woher er seine Dozenten und Professoren nähme.

„Wir kaufen sie“, sagte der Dekan im vollen Ernst. „In Amerika ist alles käuflich.“

Wenn eine Stelle frei wird, bildet man eine Kommission, die im ganzen Land nach einem Professor sucht, ein bestimmtes Gehalt anbietet, bestimmte Fächer, Möglichkeiten für Forschungsarbeiten. Da der Unterschied in den Bedingungen und dem Verdienst sehr groß ist, kommt es meist so,

daß die besten Universitäten die besten Professoren bekommen („kaufen“) und damit die besten Studenten. Deshalb können sie die Studiengebühr erhöhen und noch bessere Professoren erwerben. Das ist eine natürliche Entwicklung. Von jedem Dozenten wird verlangt, daß er mit Erfolg die Studenten unterrichtet und eigene Forschungstätigkeit betreibt. Die wissenschaftlichen Erfolge eines Professors werden allein an Veröffentlichungen gemessen, wobei Veröffentlichungen in angesehenen Zeitschriften besonders hoch geschätzt werden. Die pädagogischen Fähigkeiten des Dozenten werden anhand von Befragungen der Studenten bewertet. Der Fragebogen umfaßt 30 Behauptungen negativen oder positiven Charakters („Der Dozent zeigt die Wichtigkeit und die Bedeutung seines Fachs auf“, „Es scheint, der Dozent ist nicht sonderlich an dem interessiert, was er unterrichtet“, „Das Fach fördert schöpferisches Denken“, „Der Dozent ist nicht an den Studenten interessiert“). Alle beurteilen, ob sie mit den Behauptungen einverstanden sind oder nicht und in welchem Maße sie einverstanden bzw. nicht einverstanden sind. Im Ergebnis bekommt der Dozent wie ein Schüler eine Durchschnittsnote, die in hohem Grade sein Schicksal bestimmt.

Nachdem man einen Pädagogen angestellt hat, wird er sechs Jahre getestet. Wenn sich nach sechs Jahren herausstellt, daß er ein schlechter Dozent ist (von Studenten mit schlechter Durchschnittsnote beurteilt) oder ein schlechter Forscher (Veröffentlicht keine Arbeiten, die der Universität angemessen wären), verabschiedet man sich von ihm, und er sucht sich eine Stelle an einer Universität geringeren Ranges. Wenn aber alles in Ordnung ist, bekommt er nach einigen Prozeduren den sogenannten „tenure“. Das Wort ist schwierig zu übersetzen. Der Besitzer eines tenure, einer Art lebenslänglichen Garantie, bekommt einen Vertrag auf Lebenszeit und darf nicht mehr aus dieser Universität entlassen werden, wenn er nicht gerade vor Gericht kommt. Seine Stelle und sein Verdienst sind ihm für alle Zeit garantiert. Er kann ab jetzt ruhig arbeiten, ohne jemanden zu fürchten, offen seine Meinung sagen, ohne um seine Zukunft bangen zu müssen. Das wird für die Wahrung der wissenschaftlichen und politischen Freiheit des Professors getan. Das Privileg, das bei uns nur Akademiemitgliedern zusteht, besitzt in den USA jeder Professor.

Darüber wird viel gestritten. So versuchte der Mathematikprofessor Scott Matulich, in dessen Haus mein Begleiter Sergej Jerschow aus Leningrad und ich fünf Tage zu Gast waren, hitzig zu beweisen (Scott beweist alles und immer hitzig), daß dieses System absolut unbrauchbar ist und daß einige Dozenten, nachdem sie

ihren tenure bekommen haben, überhaupt nichts mehr machen und am Lehrstuhl keiner mehr da ist, um zu arbeiten.

Ich traf jedoch mit einigen ehrbaren Professoren von drei Universitäten zusammen und muß sagen, daß sie am wenigsten Leuten ähneln, die zur Ruhe gekommen sind. Von den vielen Begegnungen möchte ich das sehr interessante Gespräch mit Professor Herbert Pic in der Universität Minnesota hervorheben, in dessen Arbeitszimmer sich eine riesige Sammlung sowjetischer psychologischer Literatur befindet. Interessant war es auch bei einem Seminar für russische Sprache und Literatur in Pullman, das von Rada Balasubramanjan geleitet wird. Noch vor kurzem lernten an der Universität des Bundesstaates Washington 40 Studenten Russisch, jetzt sind es Tausende. Russisch und Japanisch sind die Nummer 1. Die Studenten des Seminars haben sich russische Namen gegeben und bemühen sich, alles deutlich auszusprechen. Die Liste der Pflichtliteratur enthält folgende Bücher: „Pique Dame“, „Der Mantel“, „Schuld und Sühne“, „Anna Karenina“, „Krankenzimmer Nr. 6“, „Wir“, „Der Meister und Margarita“, „Doktor Shiwago“, „Ein Tag aus dem Leben des Iwan Denissowitsch“. Auf

den Regalen einige Lehrbücher der russischen Sprache, eins davon zusammengestellt nach Ilf und Petrow, „Zwölf Stühle“ und „Die Jagd nach der Million“. Alle Beispiele und alle Texte stammen aus diesen Büchern. Eine interessante Idee, die Studenten sind von dem Lehrbuch begeistert.

Ich lerne an einer amerikanischen Universität... Alles wie gewohnt, wie bei uns an der Lomonossow-Universität und alles ungewohnt... Zwischen den Vorlesungen laufen die Studenten von Gebäude zu Gebäude, alle in Jeans, weißen Socken und weißen Turnschuhen, alle mit einem Rucksack auf dem Rücken, alle ziehen die Ärmel bis über die Fingerspitzen, es ist kalt. Alle machen ernste, ich würde fast sagen, abwesende Gesichter. Ein Student hat viele Sorgen. Amerika studiert. Doch dem studierenden Amerika würde es nichts schaden, wenn die Russen auf dem Mars landen würden. Dann würden sie sich regen! Das ist nun mal so ein Volk, den Amerikanern steckt der Wettbewerb im Blut.

Simon
Solowejschik



Das sowjetisch-indische
Gemeinschaftsunternehmen
Moskau – Ashok

Restaurant „Delhi“

*Besucher von Moskau laden wir ein,
bei uns einzukehren.*

Es erwarten Sie indische Küche und Gastfreundschaft!

UdSSR, Moskau, ul. Krasnaja Presnja 23 B

Telefon: 252-17-66

255-04-92

Wir bedienen Sie
gegen frei konvertierbare Währung
und Reiseschecks in indischen Rupien.

Der Musik zu ihren Rechten verhelfen

Im geistigen Leben gebe es keine staatlichen Grenzen, sagt der Violinist Gideon Kremer

Gideon Kremer, der für 10 Jahre aus dem sowjetischen musikalischen Leben verschwunden war, machte im vorigen Frühjahr in der UdSSR wieder von sich sprechen. Leningrad, dann das Schnittke-Festival in Gorki. Nur drei Konzerte in Moskau, aber welch ein Begeisterungsturm im Publikum und welch ein bitteres Gefühl zugleich, daß wir diese Möglichkeit so lange hatten entbehren müssen! Gideon Kremer hat zwar den sowjetischen Paß (ihn zu behalten war übrigens gar nicht leicht), lebt jedoch in den letzten Jahren in Frankreich. Im Herbst

spielen sollen, leider konnte sie jedoch nicht mitkommen. Für sie sprang Tatjana Grindenko ein.

Mit Valeri Afanassjew, der ebenfalls in Paris lebt und an den sich das musikbegeisterte Publikum sicherlich erinnert, werden wir einen Sonatenabend geben.

NZ. Sie haben auch an einem Gubaidulina-Abend im Großen Saal des Moskauer Konservatoriums teilgenommen. Welche anderen Komponisten spielen Sie?

G. K. Außerdem Schnittke, Arthur Lurie und Schulhof. Alles Werke, die das sowjetische Publikum wenig oder gar nicht kennt,

Wir möchten es Ende Juni in Leningrad durchführen.

G. K. Es tut mir leid, aber ich kann das nicht: Mein Leben ist für lange Zeit im voraus verplant.

NZ. Unser Festival ist keine einmalige Aktion und wird fortgesetzt, da wir uns eine umfassendere Aufgabe stellen: das Verlorene – Kunst, Musik – wieder zu erlangen.

G. K. Ich verstehe das durchaus und unterstütze die Idee von ganzem Herzen. Ich bin überhaupt der Auffassung, daß Kunst keine Grenzen kennt, kein Hüben und Drüben. Das ist alles relativ, weil sich das geistige Leben über staatliche Grenzen hinweg abspielt. Wenn wir um ein Werk von Prokofjew oder Strawinski bereichert werden, kommt es nicht darauf an, ob es in Venedig oder New York entstand. Wenn das Werk seinem Wesen nach russisch ist, gehört es uns ebenso wie der ganzen Welt, uns vielleicht ein bißchen mehr.

NZ. Vorläufig läßt die Situation wohl kaum Optimismus aufkommen. Unsere Musiker reisen nach wie vor aus.

G. K. Man kann die Menschen nur festhalten, wenn Bedingungen bestehen, denen sie enthusiastisch zustimmen. Ich denke, daß viele von ihnen keine Geduld mehr haben, auf solche Bedingungen zu warten. Andere sind durch die Jahre von Verboten oder bürokratischem Papierkrieg, durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zermüht. Wieder andere verlassen das Land aus rein kommerziellen Erwägungen. Jeder trifft seinen Entschluß selbst, und ich kann diese Menschen um so weniger verurteilen, als ich selbst nicht in der Sowjetunion lebe. Meine Überzeugung ist jedoch, daß Wertvolles erhalten bleibt. Wenn etwas jemanden mit seinem Land fest verbindet, dann ist die Rückkehr unausweichlich. Ebendeshalb müssen wir das hegen und pflegen, was wichtiger ist als unsere territorialen Grenzen und unser Alltagskram. Wir müssen danach streben, zu erreichen, daß die Musiker von allein das Land besuchen wollen, daß ihre Gastspiele und Konzerte im Moskauer Konservatorium Bestandteil ihres schöpferischen Lebens werden.

NZ. Es ist aber kaum zu erwarten, daß Musiker die Wirtschaftslage beeinflussen.

G. K. Sicherlich fällt es schwer, das Schicksal des ganzen Landes zu beeinflussen. Besser ist, wenn jeder von uns das gewissenhaft tut, was er am besten tun kann.

NZ. Wann kommen Sie wieder?

G. K. Vorläufig habe ich keine bestimmten Pläne, aber wenn Sie mich etwa im Rahmen Ihres Festivals einladen, komme ich gern. Die diesjährige Reise war eigentlich mein Urlaub.

NZ. Ich danke Ihnen für dieses Gespräch und hoffe auf ein neues Treffen.



Gideon Kremer mit seinen Freunden, den bekannten Violinisten Viktor Tretjakow, Wladimir Spiwakow und Juri Baschmet (Moskau 1985). Damals beabsichtigte noch keine Konzertdirektion der UdSSR, den im Ausland lebenden sowjetischen Musiker offiziell zu einer Tournee einzuladen. Dafür mangelte es nie an Einladungen von Freunden

wandten wir uns in einer unserer Publikationen an Kremer mit der Aufforderung, am Festival „Nowoje Wremja“ teilzunehmen. Nun folgt also ein Interview mit ihm in Moskau.

NZ. Da wären Sie wieder in der UdSSR, und ebenso wie im vorigen Frühjahr geben Sie drei Konzerte in der Hauptstadt.

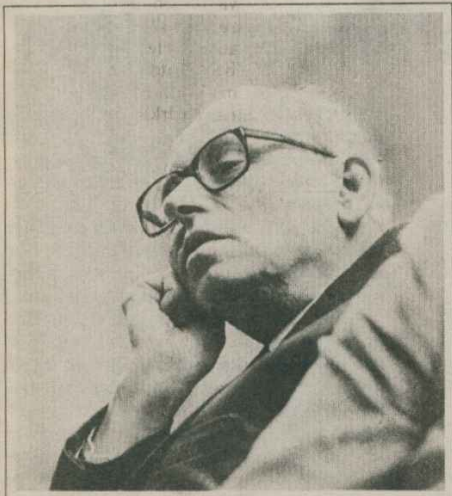
Gideon Kremer. Für die Reise in die UdSSR (Riga, Leningrad, Moskau) wurde ein kleines internationales Team gebildet. Zu ihm gehören der Bratschist Wladimir Mendelsohn aus den Niederlanden, der Schweizer Cellist Thomas Demenga, der amerikanische Bassist Marc Marber und unser alter Freund, der Pianist Wadim Sacharow, der jetzt in Paris lebt. Außerdem hätte noch eine niederländische Violonistin

weil Lurie und Schulhof in den letzten 60 Jahren in der UdSSR nicht gespielt wurden. Alfred Schnittke und Sonja Gubaidulina sind jetzt allen ein Begriff, aber wir spielten neue, in den letzten zwei Jahren entstandene Werke dieser beiden Komponisten. Eine unbekannte Musik, die deshalb von den Zuhörern viel Sammlung und Einfühlungsvermögen erfordert. Aber sie hat ein solches Format, ist so zugänglich und emotional, daß selbst Menschen, die für moderne Musik nicht viel übrig haben, da mitgehen.

NZ. Unsere Redaktion und die eben erst gegründete internationale Assoziation der Kulturschaffenden laden Sie ein, am Festival „Nowoje Wremja“, das diesmal Pjotr Tschaikowski gewidmet ist, teilzunehmen.

Interview von Tatjana Firssowa

Foto: E. Lewin



POLITISCHE
GEDANKEN
DES
20.
JAHRHUNDERTS

Die Schrift, aus der wir nachstehend einen Auszug bringen, erschien im Juli 1968. Ein „dritter Weltkrieg“ ging im Dschungel Indochinas und im Sand des Nahen Ostens um. Die Studentenunruhen an den westlichen Universitäten waren nur ein lauter Krach in der Kinderstube. Neue autoritäre Regimes in Indonesien, Griechenland, Argentinien und Brasilien schlugen die blutigen Rekorde in Massenrepressionen. In Osteuropa pirschte sich der Schatten des Stalinismus an den einsamen Sonnenstrahl des „Prager Frühlings“ heran.

Der Weise aus Rußland versuchte, die von Gewalt in eine Starre versetzte Welt zu entzaubern. Seine vom Glauben an den unvergänglichen Wert der Freiheit durchdrungenen Gedanken schienen manchen im Westen naiv und im Osten gefährlich. Dieser letztere Umstand bestimmte für lange 20 Jahre sein Schicksal, das Schicksal eines Propheten in seinem Vaterlande.

Gedanken an Fortschritt, friedliche Koexistenz und intellektuelle Freiheit

Andrej Sacharow

**Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.**

Goethe

Die Ansichten des Autors bildeten sich in jenem Kreise der wissenschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Intelligenz heraus, bei dem grundsätzliche und konkrete Fragen der Außen- und Innenpolitik, Fragen der Zukunft der Menschheit eine große Besorgnis auslösen. Sie erwächst u. a. aus dem Bewußtsein, daß die Leitung von Politik, Wirtschaft, Kunst, Bildung und Militärwesen noch nicht auf wissenschaftlicher Methode aufbaut. Als wissenschaftlich betrachten wir eine Methode, die auf einer tiefgründigen Erforschung von Fakten, Theorien und Anschauungen beruht und eine unvoreingenommene, in ihren Urteilen unparteiliche und offene Diskussion voraussetzt. Zugleich erfordern die Kompliziertheit und Vielschichtigkeit aller Phänomene des heutigen Lebens sowie die gewaltigen Möglichkeiten und Gefahren, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution und einigen sozialen Tendenzen zusammenhängen, gebieterisch ebendiese Betrachtungsweise, was auch in mehreren offiziellen Äußerungen eingeräumt wird.

In der vorliegenden Broschüre setzt sich der Autor das Ziel, mit der größten ihm möglichen Überzeugtheit und Aufrichtigkeit zwei Thesen darzulegen, die von sehr vielen Menschen in der ganzen Welt geteilt werden. Diese Thesen sind:

1. Die Uneinigkeit der Menschheit führt sie in den Untergang. Der Zivilisation drohen ein totaler thermonuklearer Krieg; ein katastrophaler Hunger für den größeren Teil der Menschheit; die Verdummung in den Schwaden der „Massenkultur“ und im Schraubstock eines bürokratisierten Dogmatismus; die Verbreitung von Massenmythen, die ganze Völker und Kontinente der Macht grausamer und hinterlistiger Demagogen preisgeben; der Untergang und die Ausartung als unabsehbares Ergebnis rascher Veränderungen der Existenzbedingungen auf unserem Planeten.

Angesichts der Gefahr sind jede Handlung, die die Uneinigkeit

der Menschheit verstärkt, und jede Predigt der Unverträglichkeit der weltweiten Ideologien* und Nationen Wahnsinn und Verbrechen. Nur eine weltweite Zusammenarbeit unter den Bedingungen der intellektuellen Freiheit, der hohen moralischen Ideale von Sozialismus und Arbeit, bei gleichzeitiger Beseitigung des Dogmatismus und des Drucks der verborgenen Interessen der herrschenden Klassen entsprechen dem Ziel, die Zivilisation zu erhalten.

Millionen Menschen in der ganzen Welt streben danach, das Elend zu überwinden, sie hassen Unterdrückung, Dogmatismus und Demagogie (ebenso wie den extremsten Ausdruck davon, d. h. den Rassismus, Faschismus, Stalinismus und Maoismus), sie glauben an einen Fortschritt, wenn unter den Bedingungen der sozialen Gerechtigkeit und intellektuellen Freiheit alle von der Menschheit gesammelten positiven Erfahrungen genutzt werden.

2. Die zweite Hauptthese: Die menschliche Gesellschaft braucht intellektuelle Freiheit, d. h. die Freiheit von Einziehung und Austausch von Informationen, die Freiheit einer unvoreingenommenen und furchtlosen Diskussion, die Freiheit vom Druck der Autorität und der Vorurteile. Eine solche dreifache Gedankenfreiheit ist der einzige garantierte Schutz vor der Infizierung des Volks durch Massenmythen, die in den Händen hinterlistiger und heuchlerischer Demagogen leicht zu einer blutigen Diktatur ausarten. Das ist die einzige Garantie dafür, daß ein wissenschaftlich-demokratisches Herangehen an Politik, Wirtschaft und Kultur real ist.

Aber die Gedankenfreiheit befindet sich in der heutigen Gesell-

*Der Leser versteht, daß hier nicht die Rede von einer ideologischen Welt ist mit jenen fanatischen, sektiererischen und extremistischen Ideologien, die jede Möglichkeit einer Annäherung an sie, einer Diskussion und eines Kompromisses ablehnen, z. B. von den Ideologien der faschistischen, rassistischen, militaristischen oder maoistischen Demagogie. (Hier und im weiteren Anmerkungen des Autors. — D. Red.)

schaft in dreifacher Gefahr: seitens der wohlberechneten Betäubung durch die Massenkultur, seitens der feigen und egoistischen Spießerideologie sowie seitens des verknöcherten Dogmatismus der bürokratischen Oligarchie und ihrer Lieblingswaffe, der ideologischen Zensur. Deshalb muß die Gedankenfreiheit von allen denkenden und aufrechten Menschen geschützt werden. Das ist eine Aufgabe nicht nur der Intelligenz, sondern aller Schichten der Gesellschaft, besonders ihrer aktivsten und organisiertesten Zwischenschicht, nämlich der Arbeiterklasse. Die weltweiten Gefahren von Krieg, Hunger, Personenkult und Bürokratismus bedrohen die ganze Menschheit.

Eine bemerkenswerte Erscheinung der Gegenwart besteht darin, daß die Arbeiterklasse und die Intelligenz die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennen. Man kann sagen, daß der progressivste, internationalistischste und selbstloseste Teil der Intelligenz im Grunde ein Bestandteil der Arbeiterklasse und deren fortschrittlichster, gebildetster und internationalistischster, dem Spießbürgertum am weitesten entfernter Teil zugleich ein Bestandteil der Intelligenz ist.*

Gegenwärtig hängen die Perspektiven des Sozialismus damit zusammen, ob es gelingt, den Sozialismus attraktiv zu machen, ob die moralische Anziehungskraft der sozialistischen Ideen und die Verherrlichung der Arbeit bei einer Gegenüberstellung mit dem egoistischen Prinzip des Privateigentums und der Verherrlichung von Kapital jener entscheidende Faktor sein wird, den die Menschen bei einem moralischen Vergleich zwischen Kapitalismus und Sozialismus berücksichtigen werden, oder ob die Menschen in erster Linie an die Beschränkungen der intellektuellen Freiheit im Sozialismus oder, noch schlimmer, an die faschistoiden Kult-Regimes denken werden. Ich betone gerade moralische Faktoren, weil der Kapitalismus und der Sozialismus bei der Gewährleistung einer höheren Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, bei der Entwicklung der Produktivkräfte und bei der Sicherung eines hohen Lebensstandards für das Gros der Bevölkerung patt sind. Wir wollen auf diese Frage näher eingehen.

A. Über tiefen Schnee gleiten zwei Skiläufer. Am Start hatte der eine, der in einem gestreiften Dreß, einen kilometerweiten Abstand, jetzt aber schließt der andere Läufer, in einem roten Dreß, dicht auf. Was kann man über ihre vergleichmäßige Stärke sagen? Nicht sehr viel, denn der Lauf der beiden Sportler spielt sich unter verschiedenen Bedingungen ab: Der „Gestreifte“ legt die Spur, während der „Rote“ das nicht tut (der Leser versteht, daß diese Skispur jene Last des technischen und organisatorischen Risikos der Entwicklungskosten darstellt, die auf dem technisch voraus-eilenden Land liegt). Man könnte höchstens behaupten, daß ein sehr großer Unterschied in der Stärke der beiden Skiläufer ausgeschlossen ist, weiter nichts.

Dieser Vergleich spiegelt natürlich keineswegs die ganze Kompliziertheit wider, die für die Dynamik des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der UdSSR und den USA, für die jeweilige Lebensfähigkeit des russischen revolutionären Elans und der amerikanischen Sachlichkeit typisch ist.

Wir müssen in Betracht ziehen, daß die UdSSR einen bedeutenden Teil der in Frage kommenden Zeit einen überaus schweren Krieg führte bzw. die vom Krieg geschlagenen Wunden heilte. Wir müssen in Betracht ziehen, daß einige Absurditäten unserer Entwicklung nicht etwa eine organische Folge des sozialistischen Weges waren, sondern eine Art tragischer Zufall, eine schwere, aber unvermeidliche Krankheit; andererseits muß man, wenn man den Vergleich ausdehnt, in Betracht ziehen, daß wir die USA heute nur in bezug auf einige alte, „traditionelle“ Zweige einholen, die ihre bestimmende Bedeutung für die USA in hohem Maße verloren haben (Eisenmetallurgie u. a.), während wir in neueren Zweigen (Produktion von Automatisierungsmitteln und Rechenmaschinen, Petrochemie, besonders wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Forschungen) nicht nur zurückbleiben, sondern auch ein geringeres Wachstumstempo haben, was die Möglichkeit eines vollen Sieges unserer Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten aus-

*Diese Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft macht die lauten Forderungen an die Intelligenz sinnlos, ihre Bestrebungen dem Willen und den Interessen der Arbeiterklasse unterzuordnen (UdSSR, Polen und andere sozialistische Länder). In Wirklichkeit ist mit solchen Aufforderungen die Unterordnung unter den Willen der Partei oder, noch konkreter, ihres zentralen Apparats, seiner Beamten gemeint. Wo ist aber die Garantie, daß diese Beamten immer die wahren Interessen der gesamten Arbeiterklasse, die wahren Interessen des Fortschritts und nicht ihre eigenen Kasteninteressen ausdrücken?

schließt. Zu berücksichtigen ist, daß unser Land über einen sehr reichen, unschätzbaren Komplex von Naturbedingungen (von Schwarzerde bis zu Kohle und Holz, bis zu Erdöl, Manganerz und Diamanten) verfügt. Man muß ferner berücksichtigen, daß in der in Frage kommenden Zeit unser Volk mit äußerster Anspannung arbeitete, was eine bestimmte Ausschöpfung der Ressourcen bewirkt hat. Wir müssen den erwähnten Effekt der „Skispur“ berücksichtigen, die Nutzung der in den USA bereits erprobten Prinzipien der Organisation der Produktion und der technischen Richtungen (man denke z. B. an das Problem der Brennstoffbilanz, an die Methoden der Organisation der massierten Fließbandproduktion, an Antibiotika, nukleare Energetik, Konverter-Stahlschmelzen, Maishybriden, selbstfahrende Kombines, die Kohlegewinnung im Tagebau unter Anwendung von Rotorbaggern, die Halbleiter in der Elektronik, die Umstellung von Dampf- auf Elektroloks und vieles andere).

Als die einzig begründete erscheint offenbar folgende vorsichtige Formulierung:

1) Bewiesen ist die Lebensfähigkeit des sozialistischen Weges, der dem Volk große materielle, kulturelle und soziale Errungenschaften gebracht und wie keine andere Gesellschaftsordnung die moralische Bedeutung der Arbeit erhöht hat.

2) Es gibt keinen Grund zu behaupten (wie das oft aus einer dogmatischen Tradition heraus getan wird), die kapitalistische Produktionsweise führe die Produktivkräfte in eine Sackgasse und sei vom Standpunkt der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit zweifellos schlechter als die sozialistische Produktionsweise; erst recht darf man nicht behaupten, daß der Kapitalismus immer zur absoluten Verelendung der Arbeiterklasse führe.

Die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung andauernde Entwicklung der Produktivkräfte ist für jeden undogmatischen Marxisten eine Tatsache von erstrangiger theoretischer, prinzipieller Bedeutung. Gerade diese Tatsache bildet die theoretische Grundlage für die friedliche Koexistenz und macht es prinzipiell möglich, daß ein in eine wirtschaftliche Sackgasse hineinmanövrierter Kapitalismus sich nicht unbedingt in ein verzweifeltes Kriegsabenteuer stürzt. Sowohl die kapitalistische als auch die sozialistische Ordnung haben Möglichkeiten, sich lange Zeit zu entwickeln, dabei einander positive Züge zu entlehnen (und sich faktisch in so mancher wesentlicher Hinsicht einander zu nähern).

In Gedanken höre ich schon das Geschrei über meinen Revisionismus und mein nachlassendes Klassengefühl und sehe das hämische Lächeln ob meiner politischen Naivität und Unreife. Aber Tatsachen zeugen von der realen Entwicklung der Produktivkräfte in den USA und anderen kapitalistischen Ländern, von der realen Nutzung sozialer Prinzipien des Sozialismus, von realen Verbesserungen in der Lage der Werktätigen. Vor allem aber sprechen Tatsachen davon, daß auf die Menschheit bei jedem anderen Weg außer einer immer intensiveren Koexistenz und Zusammenarbeit der beiden Systeme und der beiden Sphären unter Glättung von Widersprüchen und bei gegenseitiger Hilfe der Untergang lauert. Eine Alternative gibt es nicht.

B. Vergleichen wir die Verteilung des persönlichen Einkommens und des individuellen Verbrauchs der einzelnen Gruppen von Bürgern in der UdSSR und den USA. Gewöhnlich heißt es in unseren Propagandamaterialien, in den USA bestehe eine schreiende Ungleichheit, bei uns dagegen etwas sehr Gerechtes, etwas durchaus im Interesse der Werktätigen Liegendes. In Wirklichkeit enthalten diese beiden Behauptungen nur die halbe Wahrheit und dazu noch ein gewisses Quantum an heuchlerischem Verschweigen.

Es ist nicht meine Absicht, die Tragik von Elend, Rechtslosigkeit und Erniedrigung der 22 Millionen der schwarzen Amerikaner zu bagatellisieren. Man muß jedoch klar verstehen, daß sich dieses Problem in erster Linie nicht aus dem Klassenwesen, sondern aus dem Rassismus, darunter dem Rassismus und Egoismus der weißen Arbeiter, ergibt und daß die herrschende US-Gruppierung an der Lösung dieses Problems interessiert ist (wenn sie auch noch keine entsprechende Aktivität zeigt, da sie im Zusammenhang mit den Wahlen Befürchtungen hegt sowie Angst hat, das labile Gleichgewicht im Lande zu stören und die Tätigkeit der extrem linken, besonders aber der extrem rechten Gruppen zu beleben; ich denke, daß wir, das sozialistische Lager, daran interessiert sind, daß die herrschende US-Gruppierung das Problem der schwarzen Amerikaner ohne Zuspitzung der Lage im Lande löst.)

Andererseits ist das Bestehen von Millionen in den USA keine ernst zu nehmende wirtschaftliche Bürde, weil sie doch eher klein an der Zahl sind. Die summarische Konsumtion der „Reichen“ beträgt weniger als 20%, d. h. weniger als der summarische Zuwachs des

Volksverbrauchs innerhalb von fünf Jahren. Von diesem Standpunkt aus kann eine Revolution, die die wirtschaftliche Entwicklung für länger als 5 Jahre zum Stehen bringt, nicht als für die Werktätigen nützlich betrachtet werden. Ich spreche schon gar nicht vom vergossenen Blut des Volkes, das von einer Revolution gefordert wird. Ich spreche auch nicht von der Gefahr, daß jene Ironie der Geschichte zum Vorschein kommt, von der Friedrich Engels in seinem berühmten Brief an Vera Sassulitsch so ausdrucksvoll schrieb. Von der Ironie, die in unserem Land die Form des Stalinismus annahm.

Selbstverständlich gibt es eine Situation, in der die Revolution der einzige Ausweg aus der Sackgasse ist. Besonders oft trifft das für eine nationale Erhebung zu.

Aber in den USA und einigen anderen entwickelten kapitalistischen Ländern ist dem nicht so (was auch die Programme der kommunistischen Parteien dieser Länder widerspiegeln). Was unser Land angeht, so darf man hier ebenfalls keine idyllischen Zustände voraussetzen.

Es gibt eine sehr große Vermögensungleichheit zwischen Stadt und Land, besonders schlecht steht es um Gebiete, die keinen Verkehrsweg zu einem privaten Markt haben und keine für den Privathandel besonders vorteilhaften Produkte herstellen. Sehr groß ist der Unterschied zwischen den Städten mit entwickelter Industrie von privilegierten Branchen und alten, „überlebten“ Städten. Infolgedessen sehen sich ca. 40% der Bevölkerung unseres Landes in einer sehr schweren Wirtschaftslage (in den USA leben ungefähr 25% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze).

Andererseits sind etwa 5% der Bevölkerung, die zur „Obrigkeit“ gehören, zumindest ebenso privilegiert wie die Oberschicht in den USA.

Die Entwicklung der modernen Gesellschaft verläuft in der UdSSR und den USA nach dem gleichen Gesetz der immer komplizierteren Struktur und der immer komplizierteren Aufgaben der Kooperation in der Leitung. Das führt zur Absonderung einer in ihrem Wesen sehr ähnlichen „leitenden“ Gruppierung.

Somit müssen wir zugeben, daß in der gesellschaftlichen Struktur nach dem Merkmal der Verteilung des Verbrauchs kein qualitativer Unterschied besteht. Leider wird die Effektivität der „leitenden“ Gruppierung in unserem Land (wie übrigens auch in den USA, aber in geringerem Maße) nicht nur durch rein wirtschaftliche oder produktionsmäßige Resultate eingeschätzt (wer würde heute von großer wirtschaftlicher Bedeutung des sozialistischen Wettbewerbs reden?): Es gibt eine verborgene Schutzfunktion, ihr entsprechen im Bereich des Verbrauchs verborgene, geheime Privilegien der leitenden Gruppierung. Nur ganz wenige wissen von dem in den Stalin-Jahren praktizierten System der „Gehälter in geschlossenen Umschlägen“; von dem bald in dieser, bald in jener Form entstehenden System der versteckten Verteilung von knappen Lebensmitteln und Industriewaren sowie von Dienstleistungen; von Vergünstigungen bei der Zuteilung von Reiseschecks u. ä. Ich möchte betonen, daß ich keineswegs gegen das sozialistische Prinzip der Entlohnung nach Quantität und Qualität der Arbeit bin, denn relativ hohe Löhne und Gehälter für die besten Leitungsmitarbeiter, hochqualifizierten Arbeiter, Lehrer und Ärzte, die Vertreter von gefährlichen und schädlichen Berufen, die Wissenschaftler, Kultur- und Kunstschaffenden (diese Löhne und Gehälter machen einen sehr geringen Anteil des gesamten Lohnfonds aus), mit der keine heimlichen Vergünstigungen verbunden sind, bedrohen die Gesellschaft nicht, mehr noch, sie nutzen der Gesellschaft, wenn sie nach Verdienst gezahlt werden. Jede falsch genutzte Minute eines großen Administrators bedeutet nämlich schwere materielle Verluste, jede verlorene Minute eines Künstlers bedeutet Verluste im emotionalen und philosophisch-künstlerischen Reichtum der Gesellschaft. Sobald aber etwas insgeheim geschieht, argwöhnt man, daß da etwas nicht mit rechten Dingen geschieht, daß da die treuen Diener des Systems bestochen werden. Ich glaube, eine vernünftige Methode zur Lösung dieses „heiklen“ Problems wäre nicht ein für die Parteimitglieder obligatorisches Höchstgehalt oder etwas ähnliches, sondern das Verbot aller Privilegien und die Einführung eines Lohnsystems, das den gesellschaftlichen Wert einer Arbeit berücksichtigt und bei dem das Problem der Löhne und Gehälter vom Standpunkt der Marktwirtschaft herangegangen würde.

Meines Erachtens werden alle Unebenheiten unserer Verteilung im Zuge der sich vertiefenden Wirtschaftsreform schmerzlos und glücklich beseitigt sein, wenn die Rolle der wirtschaftlichen Marktfaktoren steigt und die unerläßliche Bedingung eingehalten wird, daß die Volkskontrolle über die leitende Gruppierung verstärkt wird (das ist auch für die kapitalistischen Länder wichtig). Noch wichti-

ger, grundsätzlich wichtig ist die Vertiefung der Wirtschaftsreform für die Regulierung und Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion mit Hilfe einer richtigen (sich über den Markt abspielenden) Preisbildung, einer zweckmäßigen Steuerung und raschen, effektiven Verwendung von Investitionen, der richtigen, unserer ganzen Gesellschaft zunutze kommenden Verwendung der Naturreichtümer und des sachgemäßen Einsatzes der Arbeitskräfte aufgrund der entsprechenden Rente.

Gegenwärtig experimentieren mehrere sozialistische Länder, darunter die UdSSR, Jugoslawien und die Tschechoslowakei, weitgehend im Bereich der wichtigsten Wirtschaftsprobleme: Verhältnis der Rolle von Plan und Markt, von Staats- und Genossenschaftseigentum usw. Dieses Suchen und Experimentieren ist von sehr großer Bedeutung.

Wenn wir den Inhalt der ersten Abschnitte zusammenfassen, gelangen wir zu unserem wichtigsten Schluß über den sittlichen, moralisch-ethischen Charakter des Vorzugs des sozialistischen Entwicklungswegs für die menschliche Gesellschaft. Von unserem Standpunkt aus mindert das die Bedeutung des Sozialismus in keiner Weise herab. Denn ohne den Sozialismus brachten der bürgerliche Praktizismus und das egoistische Prinzip des Privateigentums „Menschen des Abgrunds“ hervor, die Jack London in seinen bekannten

Reportagen und noch früher Friedrich Engels geschildert haben. Erst die Konkurrenz mit dem Sozialismus, der Druck der Arbeiterklasse haben den sozialen Fortschritt des 20. Jahrhunderts und erst recht die weitere, jetzt schon unausweichliche Annäherung der beiden Systeme aneinander möglich gemacht. Erst der

Sozialismus hat die Arbeit zu einer moralischen Großtat erhoben. Ohne den Sozialismus brachte der nationale Egoismus koloniale Unterdrückung, Nationalismus und Rassismus hervor. Jetzt ist aber schon klar, daß die allgemeinmenschliche, internationalistische Sicht siegt.

Die kapitalistische Welt mußte die sozialistische hervorbringen, aber diese darf den Boden, auf dem sie entstand, nicht durch Waffengewalt zerstören: Unter den jetzt bestehenden konkreten Bedingungen wäre das der Selbstmord der Menschheit. Der Sozialismus muß diesen Boden um sein Beispiel und andere indirekte Druckformen bereichern und eine einzige Substanz mit ihm werden. Die Annäherung an die kapitalistische Welt darf nicht prinzipienlos, darf kein volksfeindliches „Komplotz der herrschenden Gruppierungen“ sein (im Prinzip ist das möglich, und das „extreme“ Beispiel der Ereignisse von 1939/40 veranschaulicht das), und sie muß nicht nur auf sozialistischer Grundlage, sie muß vielmehr auf gesamtnationaler demokratischer Grundlage geschehen, unter Kontrolle der Öffentlichkeit vermittelt aller demokratischen Institute wie Glasnost, Wahlen usw.

Eine solche Verschmelzung setzt nicht nur umfassende soziale Reformen in den kapitalistischen Ländern voraus, sie bedeutet auch eine wesentliche Umstrukturierung des Eigentums in den sozialistischen Ländern, bei der das Staats- und Genossenschaftseigentum verstärkt und zugleich das Eigentum an Produktionsinstrumenten und -mitteln in seinen Grundzügen erhalten bleibt. Unsere Verbündeten auf diesem Weg sind nicht nur die Arbeiterklasse und die fortschrittliche Intelligenz, die an der friedlichen Koexistenz und dem sozialen Fortschritt, am demokratischen, friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus interessiert sind (was in den Programmen der kommunistischen Parteien verschiedener Länder seinen Niederschlag findet), sondern auch der reformfreudige Teil* der Bourgeoisie, der praktisch durch die Kraft der Dinge diesem Programm der „Konvergenz“ nahestehe (wir gebrauchen ein Wort der westlichen Literatur, legen jedoch, wie unsere obigen Ausführungen

*Typische Vertreter solcher Reformkreise sind C. Eaton sowie die Ex-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und besonders J. Kennedy. Ohne hier auf N. S. Chrushschow einen Schatten werfen zu wollen, muß ich immerhin an eine Äußerung von ihm zurückdenken; freilich war sie vielleicht für seine Umgebung typischer als für ihn selbst. Am 10. Juli 1961 erzählte Gen. Chrushschow bei einem Empfang für Spezialisten von seinem Treffen mit Kennedy und erwähnte dessen Bitte, bei der Durchführung der Politik und bei der Formulierung von Forderungen an die realen Möglichkeiten und Schwierigkeiten der „neuen Administration Kennedy“ zu denken und von ihr nicht mehr zu verlangen, als sie ohne die Befürchtung tun könne, sich zu übernehmen und von den Rechtskräften gestürzt zu werden. Damals schenkte Chrushschow Kennedys beispiellos Bitterkeit nicht die nötige Aufmerksamkeit – gelinde gesagt, er schimpfte. Jetzt, nach dem Schuß in Dallas, kann niemand sagen, welche günstigen Möglichkeiten der Weltgeschichte wegen dieses Mißverständnisses wenn nicht verschwunden, so doch in beträchtlicher Weise in die Ferne gerückt sind.

zeigen, einen sozialistischen und demokratischen Sinn hinein).

Bei einem Moskauer Kongreß der Friedensfreunde sagte Bertrand Russell: „Die Welt wird vor einem thermonuklearen Untergang gerettet sein, wenn die Führer jedes Systems den vollen Sieg des anderen Systems einem Kernwaffenkrieg vorziehen.“ (Ich zitiere aus dem Gedächtnis.) Wie ich glaube, ist eine solche Lösung für die Mehrheit der Menschheit in jedem Land, gleich, ob sozialistisch oder kapitalistisch, annehmbar. Ich glaube, daß die Kraft der Dinge die Führer des kapitalistischen und des sozialistischen Systems allmählich dazu zwingt, den Standpunkt der Mehrheit der Menschheit anzunehmen. Die intellektuelle Freiheit der Gesellschaft wird diese Umstellung von Dogmatismus, Angst und Abenteuerlichkeit auf Toleranz, Flexibilität und Sicherheit erleichtern und evolutionär gestalten. Die ganze Menschheit, darunter ihre organisiertesten und aktivsten Kräfte – die Arbeiterklasse und die Intelligenz –, brauchen Freiheit und Sicherheit.

Nachdem wir im ersten Teil dieser Arbeit die Entwicklung der Menschheit nach der „schlechteren“ Variante betrachtet haben, einer Variante, die zu ihrem Untergang führt, müssen wir versuchen, uns eine alternative, eine „bessere“ Variante wenigstens schematisch vorzustellen.*

Erste Etappe. Der in den sozialistischen Ländern anwachsende ideologische Kampf zwischen stalinistischen und maoistischen Kräften einerseits und den realistischen Kräften der linksstehenden Kommunisten-Leninisten sowie der „linken Westler“ andererseits verursacht einen tiefen ideologischen Bruch innerhalb von Nationen und Parteien und im internationalen Ausmaß.

In der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern führt dieser Prozeß zunächst zu einem Mehrparteiensystem, da und dort** zu einem scharfen ideologischen Kampf, zu Diskussionen und dann auch zum ideologischen Sieg der Realisten, zur Durchsetzung des Kurses auf Vertiefung der friedlichen Koexistenz, Festigung der Demokratie und Erweiterung der Wirtschaftsreform (1968–1980). Die Jahreszahlen betreffen die optimistischste Variante der Entwicklung.

Zweite Etappe. In den USA und anderen kapitalistischen Ländern führen die dringlichen lebenswichtigen Erfordernisse des sozialen Fortschritts, der friedlichen Koexistenz sowie der Druck des Beispiels der sozialistischen Länder und der eigenen Fortschrittskräfte (Arbeiterklasse und Intelligenz) zum Sieg des linken, reformfreundlichen Flügels der Bourgeoisie, der sich in seiner Tätigkeit an das Programm der Annäherung an den Sozialismus („Konvergenz“) hält: soziale Reformen, friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit mit dem Sozialismus im Weltmaßstab und Umstrukturierung des Eigentums. Dieses Programm schließt eine starke Erhöhung der Rolle der Intelligenz und eine Offensive gegen die Kräfte des Rassismus und Militarismus ein (1972–1985). (Die Termine der Etappen überlappen sich.)

Dritte Etappe. Die UdSSR und die USA überwinden die Uneinigkeit und lösen das Problem, wie die „ärmere“ Hälfte der Erde zu retten ist. Die 20prozentige Besteuerung des Nationaleinkommens der entwickelten Länder wird Wirklichkeit. Gigantische Mineraldüngerefabriken und mit Atomenergie betriebene Bewässerungssysteme entstehen. Die Nutzung des Weltmeeres nimmt kolossal zu, nationale Fachkräfte werden ausgebildet, die Industrialisierung wird durchgeführt. Es entstehen ferner gigantische Betriebe zur Produktion von synthetischen Aminosäuren und zur mikrobiologischen Synthese von Eiweißen, Fetten und Kohlenhydraten. Zugleich wird abgerüstet (1972–1990).

Vierte Etappe. Die sozialistische Konvergenz ebnet die Unterschiede zwischen den sozialen Strukturen ein und führt zur Entwicklung der intellektuellen Freiheit, der Wissenschaft und der Produktivkräfte, zur Bildung einer Weltregierung und zur Glättung der nationalen Gegensätze (1968–2000). In diesem Zeitraum lassen sich entscheidende Erfolge bei der Entwicklung der Kernenergie voraussetzen, sowohl auf der Basis von Uran und Thorium als auch wahrscheinlich auf der Basis von Deuterium und Lithium.

So erscheint es einer Reihe von Autoren glaubwürdig, daß man das Explosionsbreeding (Brüten der aktiven Stoffe von Plutonium,

*Der Autor ist sich dessen bewußt, wie primitiv sein „futurologischer“ Versuch ist, der in Wirklichkeit die Anstrengungen sehr vieler Experten erfordert, und hofft hier, noch mehr als an anderen Stellen des Artikels, auf positive Kritik.

**Der Autor gehört nicht zu jenen, die das Mehrparteiensystem für eine unbedingt notwendige Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaftsordnung oder gar für das Allheilmittel halten; er nimmt jedoch an, daß die Entstehung eines Mehrparteiensystems in einigen Fällen eine unvermeidliche Folge der Entwicklung ist, wenn eine herrschende kommunistische Partei aus diesen oder jenen Gründen sich weigert, nach einer wissenschaftlich-demokratischen Methode zu leiten, die historisch notwendig ist.

Uran 233 und Tritium bei unterirdischen oder Kammerexplosionen) verwertbar machen werde.

Im selben Zeitraum wird die Entwicklung von Weltraumflügen das ständige Leben von Tausenden Menschen auf anderen Planeten, auf unserem Mond sowie auf künstlichen Monden und durch Kernexplosionen in neue Orbits gebrachten Asteroiden notwendig machen. Man kann annehmen, daß die Synthese von Stoffen, die schon bei Zimmertemperatur zu Supraleitern werden, den technischen Aspekt der gesamten Elektrotechnik und der Kybernetik, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens absolut verändern werden. Erfolge in den biologischen Wissenschaften (in dieser und späteren Perioden) werden die Möglichkeit geben, alle Lebensprozesse auf biochemischer, zellulärer, organischer, ökologischer und sozialer Ebene effektiv zu kontrollieren und zu steuern, von Geburtenhäufigkeit und Altern bis zu psychischen Prozessen und Erbanlagen. Selbstverständlich ist eine dermaßen *allgegenwärtige*, unzählige Wohltaten versprechende wissenschaftlich-technische Revolution *nur möglich und ungefährlich, wenn die größte wissenschaftliche Umsicht und Vorsicht an den Tag gelegt und den allgemeinsinnlichen Werten von moralisch-ethischer und persönlicher Ausprägung die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird.* Über die Gefahren einer gedankenlos-bürokratischen Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der uneinigen Welt schrieb ich kurz im Abschnitt „Gefahren“, könnte aber noch viel hinzufügen. (Eine solche Revolution ist nur bei einer im weiten Sinne des Wortes „intelligenten“ weltumspannenden Führung möglich und ungefährlich.)

Also knüpfen wir unsere Hoffnungen an:

a) die weltweite Interessiertheit an der Überwindung der Uneinigkeit;

b) verschiedenartige Erscheinungen und die Suche sowie die Modifikationen in sozialistischen und kapitalistischen Ländern, die in mehreren Fällen den Charakter abnehmender Widersprüche und Unterschiede haben;

c) das weltweite Interesse der Intelligenz, der Arbeiterklasse und anderer Fortschrittskräfte an einem wissenschaftlich-demokratischen Herangehen an Politik, Wirtschaft und Kultur;

d) die Tatsache, daß es in beiden Weltwirtschaftssystemen keine unüberwindlichen Hindernisse für die Entwicklung der Produktivkräfte gibt, denn sonst würden sie *unbedingt* in eine ausweglose Situation, zu Verzweiflung und Abenteuerlichkeit führen.

Jeder ehrliche und denkende Mensch, der nicht mit der spießhaften Gleichgültigkeit vergiftet ist, strebt danach, daß die Entwicklung nach der „besseren“ Variante verläuft. Aber erst eine umfassende Erörterung ohne den Druck von Angst und Vorurteilen wird der Mehrheit zu einer richtigeren und besseren Handlungsweise verhelfen.

Abschließend fasse ich einige konkrete Vorschläge von verschiedenem Wichtigkeitsgrad zusammen, die im Text erwähnt wurden. Diese Vorschläge, die sich an die Führung unseres Landes richten, erschöpfen den Inhalt des Artikels nicht.

1. Es ist notwendig, die Strategie der friedlichen Koexistenz und Kooperation auf jede Weise zu vertiefen. Wissenschaftliche Methoden und Prinzipien der internationalen Politik, die auf wissenschaftlicher Voraussicht entfernter und unmittelbarer Folgen beruhen, auszuarbeiten.

2. Bei der Ausarbeitung eines umfassenden Programms der Hungerbekämpfung Initiative an den Tag zu legen.

3. Es gilt, ein „Gesetz über Presse und Information“ auszuarbeiten, in breiten Kreisen zu erörtern und zu verabschieden. Sein Ziel soll nicht nur darin bestehen, die verantwortungslose ideologische Zensur zu beseitigen, sondern auch darin, die Erforschung unserer Gesellschaft von innen auf jede Weise zu fördern, desgleichen den Geist einer furchtlosen Diskussion und Wahrheitsfindung. Das Gesetz muß materielle Ressourcen der Gedankenfreiheit vorsehen.

4. Es ist notwendig, alle verfassungswidrigen Gesetze und Weisungen, die die Menschenrechte verletzen, aufzuheben.

5. Es ist notwendig, alle politischen Häftlinge zu amnestieren sowie mehrere der jüngsten politischen Prozesse (z. B. Daniel und Sijnawski, Galanski und Ginsburg) zu überprüfen. Es gilt, sofort das Lagerregime für die politischen Häftlinge zu erleichtern.

6. Es ist notwendig, die Enthüllung des Stalinismus bis zu Ende zu führen, d. h. bis zur vollen Wahrheit und nicht bis zu einer auf der Waage der kassenbedingten Zweckmäßigkeit gewogenen Halbwahrheit. Es ist notwendig, den Einfluß der Neostalinisten auf unser politisches Leben in jeder Weise zu beschränken...

7. Man muß auf jede Weise die Wirtschaftsreform vertiefen, die Sphäre des Experiments erweitern und aus seinen Resultaten alle Schlüsse ziehen.

8. Es ist notwendig, nach breiter wissenschaftlicher Erörterung ein Gesetz über die Geohygiene zu verabschieden, das später mit den weltweiten Anstrengungen auf diesem Gebiet verschmelzen soll.



Bei seiner Reise nach Jakutien vereinbarte der 44jährige Präsident der Handelsgesellschaft Interhult **Heiner Helmigk** mit seinen sowjetischen Partnern, daß seine Firma die „Jagdinteressen“ Jakutiens in den deutschsprachigen Ländern Europas vertreten wird.

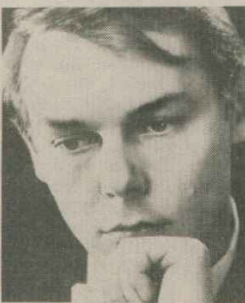
Als Enkel eines in den 20er Jahren aus der Ukraine emigrierten Sowjetdeutschen und Sohn eines Gutsbesitzers aus Ostpreußen hat sich Helmigk das Geschäfts-ABC nicht aus Büchern angeeignet. Erst half er den Eltern, das 1213 errichtete mittelalterliche Familienschloß in ein Drei-Sterne-Hotel umzubauen, dann beschäftigte er sich mit Handelsoperationen und Werbung. Später hatte er den richtigen Riecher für das Videogeschäft, begann vor 10 Jahren Dokumentarfilme und Werbestreifen zu drehen und eröffnete dann ein eigenes Videozentrum.

Den Erfolg brachten aber nicht Video und die Werbung, sondern der Service für Weidmänner. In den letzten 10 Jahren hat seine Firma Filialen in Kanada, Schottland, Ungarn, Jugoslawien und Alaska eröffnet.

In Sibirien reizt den österreichischen Geschäftsmann nicht nur die Möglichkeit, für seine Kunden exotischen Tourismus und Jagden zu organisieren, sondern auch die Vielfalt des Materials, das man vor-

teilhaft auf den europäischen Märkten verkaufen kann – Würstdelikatessen aus Rentierfleisch, Bälge des jakutischen Pferdes, ökologisch saubere Naturgaben der Taiga. Bei seinem nächsten Besuch will Heiner Helmigk Partner für die Lieferung von getrockneten Steinpilzen nach Österreich finden...

Wladimir Siwa ist einer der ersten Chefdirigenten in der Sowjetunion, der von den Musikern selbst gewählt wurde. Und einer der jüngsten dazu, der neue Leiter des Philharmonischen Orchesters Gorki ist 32 Jahre alt.



Vor einigen Jahren vertraute Swjatoslaw Richter einem völlig unbekannten Studenten die musikalische Leitung der Aufführung von Benjamin Britens Oper „Albert Herring“ beim gerade erst geborenen Internationalen Musikfestival „Dezemberabende“ an. Der Debütant verlor sich nicht neben Richter und Boris Pokrowski, und seither dirigierte er fast alle Opernaufführungen im Rahmen der „Dezemberabende“ im Puschkin-Museum für Bildende Künste. Das unter seiner Mitwirkung entstandene Bühnenstück „Die Brüder Karamasow“ von Alexander Cholminow hat nicht nur in Moskau, sondern auch in Dresden und Berlin einen überwältigenden Eindruck hinterlassen. Zusammen mit dem Orchester des Moskauer Konservatoriums war Siwa an der gemeinsa-

men sowjetisch-französischen Inszenierung der Oper von Debussy „Pelleas et Melisande“ und am Festival der sowjetischen Musik in den USA beteiligt. Drei Jahre lang war Wladimir Assistent von Dmitri Kitajenko beim Orchester der Moskauer Philharmonie und leitet nun eines der größten „Provinzorchester“.

In den Programmen von Wladimir Siwa findet man Konzertvarianten von Opern, die neuesten Werke moderner Komponisten, halbvergessene Musik russischer Komponisten und schon oft gespielte klassische „Schlager“, denen er frische und unerwartete Klangfarben zu verleihen versteht.

Das einzige, was er nicht schaffte, ist die Teilnahme an irgendeinem Wettbewerb. Wladimir ist der Meinung, daß er Glück hatte. Sein künstlerisches Schaffen hat ihn so in Anspruch genommen, daß er einfach keine Zeit hatte, sich auf Wettbewerbe vorzubereiten.



Obwohl er sich mir gegenüber als Pensionär vorstellte, ist er immer noch der Vorstandsvorsitzende einer amerikanischen Gesellschaft, Ehrenvorsitzender einer anderen und Direktor einer dritten. Den wichtigsten Posten, den der Ingenieur **Hugh Archer** allerdings bekleidet, ist der des Präsidenten von Rotary International. Das ist die weitverzweigteste Assoziation von Gesellschaftsclubs in der Welt. Mit-

glieder von Rotary werden in der Regel die angesehensten Persönlichkeiten, führende Geschäftsleute und Experten auf ihrem Gebiet. Sie vereinen ihre Anstrengungen, finanziellen Mittel und ihre Freizeit, um der Gesellschaft sowohl im lokalen als auch im globalen Maßstab zu dienen.

Jetzt zählt man in 167 Ländern der Erde (sogar die UNO hat weniger Mitglieder) mehr als 24 400 Rotary-Clubs, denen über 1,1 Mio führende Vertreter des öffentlichen Lebens angehören. Jeder Club führt wöchentliche Versammlungen durch, bei denen in gemüthlicher Atmosphäre die weitere Arbeit und die dringendsten Probleme der Gesellschaft sowie mögliche Lösungswege besprochen werden. Rotary kann man als Clubs der „grauen Kardinäle“ bezeichnen, im positiven Sinne dieses Ausdrucks. Denn durch die Anstrengungen und

Schwarzweiß in Farbe



Der gegenwärtige Botschafter der USA in der UdSSR Jack Matlock hat sich als Schüler ein Taschengeld verdient, indem er Hochzeiten und Geburtstage fotografierte. Ihre Hochzeitsreise finanzierten die Matlocks im September 1949 mit dem Geld, das sie beim Verkauf der alten Kamera „Spingraphic“ bekamen, die zuletzt noch das glückliche Paar festgehalten hatte.

1977 während eines Brands in der amerikanischen Botschaft in Moskau beschloß **Rebecca Matlock**, daß es an der Zeit sei, die Kamera in die Hand zu nehmen, und machte

einige beeindruckende Aufnahmen. Um nicht als Dilettantin zu gelten, nahm sie Unterricht beim amerikanischen Fotografen Don Schomacker. Schon wenige Jahre später war es auf einer gemeinsamen Ausstellung in New York für einen Laien schwierig, einen Unterschied zwischen den Arbeiten des Meisters und seiner Schülerin zu finden. Allmählich erarbeitete sie sich ihren eigenen Stil: Schwarzweißfotografie in Farbe. Die Kunst besteht darin, bei der Verwendung eines Farbfilms einen besonderen Schwarzweißeffekt mit einem Minimum anderer Töne zu erzielen. Rebecca Matlock spezialisierte sich auf Architekturaufnahmen, menschliche Porträts und gastronomische Stillleben. Ihre Arbeiten fanden Eingang in den Bildband „Ein Tag aus dem Leben der Sowjetunion“. Die Dienststellung des Ehegatten erlaubt ihr manchmal, seltene Aufnahmen zu machen. So z. B. während des Besuchs von Präsident Reagan in Moskau oder beim Empfang in der Botschaft, obwohl sie in diesem Falle ihre Pflichten als Dame des

mit den Mitteln der Rotary-Clubs werden in verschiedenen Ländern zahlreiche Wohltätigkeitsprogramme, angefangen mit der Schutzimpfung gegen Kinderlähmung bis hin zu Stipendien für Studenten, die in anderen Ländern studieren, verwirklicht.

Es ist Hugh Archers Idee (die von der gesamten Leitung der Rotary unterstützt wird), in der Sowjetunion entsprechende Clubs zu eröffnen. „Auf dem Territorium Ihres Landes gab es sie früher in Vilnius, Tallinn und Riga, doch vor dem Krieg wurden sie aus verständlichen Gründen geschlossen“, sagt Hugh Archer. „Erst vor kurzem nahmen Clubs in Warschau und Budapest wieder ihre Arbeit auf. Jetzt ist die UdSSR dran. An uns wandten sich schon bekannte Vertreter der sowjetischen Intelligenz aus Moskau,

Tallinn, Kiew, Irkutsk und anderen Städten. Unlängst war in der Zentrale der Rotary-Clubs in Evanston, Bundesstaat Illinois, eine große Gruppe führender Wissenschaftler und Kulturschaffender sowie Volksdeputierter zu Gast, deren Mitglieder in den Familien der Rotary-Mitglieder wohnten. Sie sind ein würdiger Bestandteil der Weltgemeinschaft und ihre Mitwirkung bei Rotary wäre nur folgerichtig.“

Hugh Archer ist sicher, daß man in nächster Zukunft das angesehene Abzeichen mit dem Zahnrad, Symbol der Rotary-Clubs, auch an den Anzugrevers von Geschäftsleuten und anderen geachteten sowjetischen Menschen sehen kann. „Mitglied von Rotary kann jener werden, der einen hohen Grad an Professionalität auf seinem Gebiet erreicht hat, frei über

sich verfügen kann und eine Einladung von den ständigen Mitgliedern bekommen hat“, erklärte Hugh Archer. „Es wird natürlich in der ersten Zeit Probleme geben mit der Bezahlung des Beitrittsbeitrages, ca. 30 Dollar. Doch hier läßt sich durchaus eine Lösung finden.“

Als der 19jährige Amerikaner **Yasokichi Konishiki**, damals noch unter seinem richtigen Namen, in aller Ruhe für die Mannschaft des örtlichen Colleges auf Hawaii Fußball spielte, schlug man ihm vor, sich mit Sumo zu befassen. Einige Zeit mußte er eine spezielle „Diät“ einhalten, um auf ein Gewicht von 225 kg zu kommen. Dann begann er seinen sportlichen Aufstieg mit unwahrscheinlicher Geschwindigkeit und wurde zum ersten ausländischen Sumokämpfer,



der den Ehrentitel „ozeki“ – Meister – erhielt. Sumo ist eine traditionelle japanische Kampfsportart, und die Japaner verhalten sich sehr eifersüchtig jedem Ausländer gegenüber, der in dieser Sportart zu Ehren gelangen möchte. Selbst die wenigen, die bis in den Ring vordringen können, treten unter japanischen Pseudonymen auf. Der Weg

zum Ruhm war auch für Yasokichi Konishiki mit öffentlichen Beleidigungen und telefonischen Drohungen gepflastert. Und dann der Sieg bei einem Turnier in der japanischen Stadt Fukuoka. Es gab Tränen der Freude, ein Glückwunschtelegramm von Präsident Bush, originelle Preise, darunter 4 Tonnen Reis, 5000 Aale, eine Coca-Cola-Flasche aus massivem Silber... Die höchste Anerkennung waren jedoch die Worte des Generaldirektors des Japanischen Verbandes der Sumokämpfer Katsuji Futagoyama: „Er ist ein großer Kämpfer geworden. Er ist kein Ausländer mehr.“ Wenn Konishiki das Turnier im Januar 1990 gewinnt, wird er der erste Ausländer der Geschichte sein, dem der Titel „yokozuna“ – Großer Meister – verliehen wird.

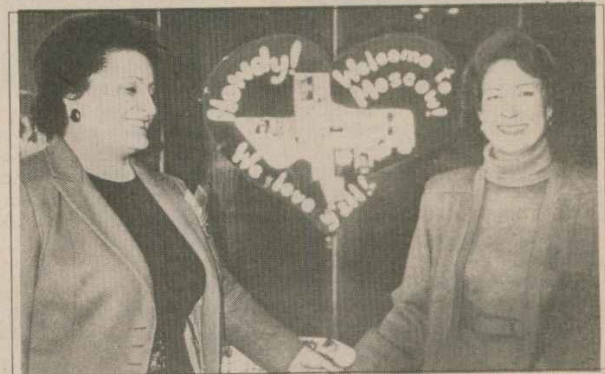
Hauses und ihr Hobby unter einen Hut bringen muß.

Ihre Ausstellung, die im Zentralen Haus der Literaten eröffnet wurde, ist die vierte in Moskau.

„Als man mir vorschlug, diese Ausstellung zu veranstalten“, erzählt Rebecca Matlock, „entschloß ich mich, Fotoporträts zu zeigen, weil die Menschen das wichtigste Objekt der Literatur sind. Ich nannte sie ‚Bekannte und unbekannte Gesichter‘.“

V. Chiltsewskaja

Auf den Fotos von Rebecca:
Andrej Wosnessenski und
Soja Boguslawskaja,
Jesse Jackson,
Katholikos Wasgen,
Bischof Nippon...
Das Foto von Rebecca
stammt von Jack Matlock



Stenka Rasin an der Seine

Der russische vorrevolutionäre Film löste bei einem Festival in Paris einen sensationellen Schockeffekt aus. Was das Pariser Publikum sehen konnte, ist dem sowjetischen Filmfreund noch unbekannt

Neja Sorkaja

Vor dem Eingang zum Filmsaal des berühmten Musée d'Orsay hat sich eine Menschenmenge gebildet. Von den Plakaten blicken Iwan Moschuchins „rätselhaft“ Augen herab. So wurden sie jedenfalls von den Zeitgenossen des „Königs der Leinwand“ bezeichnet. Das Festival läuft auf vollen Touren.

Eine Entdeckung...

Bekanntlich kam der Film schon im Mai 1896 aus Frankreich nach Rußland. Das war kurz nach dem historischen Filmkunst-Debüt der Brüder Lumière, das in den letzten Dezembertagen des Jahres 1895 nicht weit vom Musée d'Orsay auf den Grands Boulevards am rechten Seine-Ufer stattfand. Die eigene russische Filmproduktion begann 1908. Heute also, Jahrzehnte später, trifft Frankreich, die Heimat des Films, seinen kleinen Bruder, die zutiefst eigenständige russische, unter privater Regie geführte Filmkunst bei sich wieder. Dieser war vom Schicksal eine kurze, dafür aber stürmische und fruchtbare Lebenszeit bestimmt: von 1908 bis 1918. Dann begann mit dem bekannten Dekret über die Nationalisierung des Filmwesens vom 27. August 1919 die Geschichte der sowjetischen staatlichen Filmkunst.

... Klavierakkorde. Schwankende, lautlose Schatten schweben über die Leinwand der fernen Jahre 1910 und danach. Die schöne Vera Cholodnaja schmachtet, auf üppigen Damenhüten wedeln Straußenfedern. Bilder, wie man meinen sollte, aus längst vergangenen Zeiten. Es hätte auch nach Mottenpulver riechen und der Schnee von vorgestern sein können.

Wenn da nicht die Presse ein Aufheben gemacht und lärmende Texte unter Überschriften gebracht hätte wie „Die Entdeckung“, „Eine Offenbarung“, „Unbekannter Kontinent“, „Der Deckel der Schatztruhe ist geöffnet“ usw.

Tatsächlich: Etwa 50 völlig unterschiedliche Filme, von denen jeder eine Sensation für sich war, sind innerhalb eines Monats vor Pariser Cineasten abgelaufen. Gleichsam als Vorschau wurden bei der Eröffnungsveranstaltung zwei Filme gezeigt: ein neugeborener „Stenka Rasin (Das freie Leben an der unteren Wolga)“, 1908, ein Erzeugnis des russischen nationalen Films, und ein Streifen, der einer Laune des Schicksals zufolge zu den Abschiedswerken

des privatbetriebenen Films gehörte, nämlich „Polikuscha“, 1918–1919. Ein plumpe Filmchen, ein offenerziger Primitivling, aber mit Temperament und Schwung gedreht, jedenfalls zu Anfang. Dann folgt die Verfilmung der gleichnamigen Erzählung von Lew Tolstoi, wie der Regisseur Alexander Sanin sie sah, der größte Sorgfalt darauf verwandte, die Idiotie des Landlebens zu reproduzieren. Prächtig mimit die Hauptrolle Iwan Moskwins vom Moskauer Künstlertheater.

Zwischen diesen beiden Punkten, der wirklichen Geschichte des Films und seiner Vorführung während dieses Festivals liegt eine enorme Entfernung, liegt der weite Weg von den Kindertagen zur Erwachsenenreife. Innerhalb von 10 Jahren sind 2000 (!) Filme gedreht, ist ein starkes wirtschaftliches und technisches Fundament gelegt, sind Filmstudios und Filmfabriken gebaut und mit der neuesten Technik ausgestattet, ist ein weit verzweigtes Verleihsnetz geknüpft worden. Unternehmerisch begabte Persönlichkeiten, Film-Manager im besten Sinne des Wortes wie Chanshokow, Timan, Reinhardt, Jermolow oder Charitnow, traten neben Besitzern von Firmen und Ateliers auf den Plan. Unter Regisseuren, Kameralauten und Drehbuchautoren wuchsen kreative Talente heran. Dutzende von Zeitschriften befaßten sich ausschließlich mit Filmkunst. Die Stars des großen russischen Stummfilms, die Könige und Königinnen der Leinwand und ersten Künstler des jungen Films wurden zu allgemeinen Lieblingen und Idolen. Es gab eine ganze Filmwelt, voller Kraft und Möglichkeiten, voller kreativer Vielfalt.

Auf der Leinwand im Musée d'Orsay ist das alles vorgestellt worden. Es gibt unschätzbar wertvolle Bilder einer Filmchronik, die das letzte Jahr im Leben von Lew Tolstoi, die Jasnaja Poljana, Familie und Umgebung des Schriftstellers enthalten. Gibt es vielleicht viele Filmarchive, die eine solche Chronik aus dem Leben ihrer Genies aufzuweisen haben? Einzigartige Werke des Filmmeisters und Magiers Wladislaw Starewitsch, der den Trickfilm erfand, in dem die Hauptdarsteller handgezeichnete Käfer und ähnliche Insekten sind, wobei das Geheimnis ihrer Bewegung und ihres Verhaltens dem Außenstehenden verborgen blieb: „Die Grille und die Ameise“, „Heitere Szenen aus dem Leben der Tiere“.

Die wirkliche Sensation dieses Festivals war für mich jedoch die Bekanntschaft mit dem Werk des Filmregisseurs Jewgeni Bauer. Wie konnte es geschehen, daß sein Erbe bis heute im Westen noch nicht bekannt war? Wer ist Bauer, der Filme geschaffen hat wie „Leben um Leben“, „Der

sterbende Schwan“, „Die Kinder des Jahrhunderts“, „Dämmerung einer Frauenseele“, „Stumme Zeugen“ und weitere erstklassige Werke?

„Bürgerliche, dekadente Kunst“,

„Kunst des Zarismus“

Ein gewisses böses Omen muß schon vor Lenins Dekret über den Menschen des vorrevolutionären russischen Films gegangen haben, als mußte es vorsorglich darauf hinweisen, daß sie bald von der historischen Bühne, viele auch aus dem Leben, zu scheiden hätten.

Jewgeni Bauer wurde 1865 geboren und kam 1913 in der Firma von Chanshokow zum Film. Vorher hatte er im Musiktheater als Dekorationskünstler gearbeitet. Er hat innerhalb von fünf Jahren ungefähr 80 Filme gedreht, eine echte Leinwandchronik des letzten Abschnitts des zaristischen Rußlands. Der Entdecker der expressiven Sprache der Filmkunst, der Meister der Bildkomposition mit einem besonders fein entwickelten Gefühl für den Filmraum, der Gründer einer eigenen Filmschauspielschule, Bauer, der seine Schauspieler als „lebende Modelle“ bezeichnete und um Natürlichkeit rang, kam 1917 durch einen dummen Zufall ums Leben, als er am Strand der Krim auf den nassen Uferkieseln ausrutschte. 1919 raffte eine Grippe-Epidemie im winterlichen Odessa die von Bauer entdeckte 26jährige Vera Cholodnaja dahin, diesen Star, diese Königin der Leinwand, deren allzu kurzes Leben, bescheiden und von Arbeit erfüllt, zunehmend in einen Zyklus von romantischen Legenden, bis hin zu „Sklavin der Liebe“ von Nikita Michalkow, weitergesponnen wurde. Im selben Jahr starb auch Vera Cholodnajas Partner, der unwiderstehliche Witold Polonski. 1920 sind Iwan Moschuchin, Natalia Lissenko und andere Filmstars emigriert. Die Filmfabriken verwaisten, bis völlig neue Menschen kamen, von sowjetischem Zuschnitt, die Generation der Revolutionäre, die Avantgarde. Sie kümmerten sich, was völlig verständlich ist, nicht allzu sehr um ihre Vorgänger, diese „vom Winde Verwehten“.

Die vulgärsoziologischen Klischees, diese primitiven Klassenkampf-Schablonen, die nach der Oktoberrevolution dem alten Film angehängt, während des Stalinismus noch mit zusätzlichem Schimpf versehen und in den Jahrzehnten der Stagnation erhärtet und verknöchert sind, haben sich auch heute leider noch nicht völlig überlebt.

Schwer und an Wirren reich war der Weg des kinematographischen Erbes aus den Jahren vor der Revolution, das sofort und mit leichter Hand als „bürgerlicher Kintopp“ abgetan wurde. Zuerst kam die physische Vernichtung der Filmkopien, dann wurden sie ins Ausland verbracht oder an gehei-



Die ersten Stars des russischen Films:
Vera Chodnaja
und Iwan Moschuchin



men Orten versteckt. Aufgefunden werden sie heute noch, wie neulich in der Ukraine, die Presse hat darüber berichtet. Die Filme wurden außerdem gewaschen, damit man das Zelluloid anderweitig verwerten konnte. Die Materialkrise im sowjetischen Film ist eine stabile Erscheinung. Unsachgemäße Lagerung führte zu tödlicher Hydrolyse. Infolgedessen sind von jenen 2000 heute nur noch 300 Filme erhalten, und auch das ist nach internationalem Standard nicht übel. Die ersten Filmhersteller sind insgesamt äußerst leichtsinnig mit ihrem Reichtum umgegangen, während bei uns noch revolutionäre Lösungen dazukamen wie „Sagen wir uns von der alten Welt los, schütteln wir uns ihren Staub von den Füßen!“ Also schüttelten wir.

Nach dem vaterländischen Krieg besannen wir uns eines besseren. Während des Festivals fand im Musée d'Orsay ein internationales Colloquium unter dem Motto „Begegnungen mit dem russischen Film“ statt, bei dem Swetlana Skoworodnikowa, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Staatlichen Filmfonds der UdSSR, die sich eingehend mit vorrevolutionärem Filmmaterial beschäftigt hat, anschaulich berichtete, wie anhand von Filmschnipseln und einzelnen Bildern Filme gerettet und restauriert werden konnten. Vieles verdanken wir der früheren Cutterin der Firma „A. A. Chanshokow“ und Witwe ihres Begründers Vera Chanshokowa-Popowa, einer Pionierin der russischen Filmkunst, die ihr Leben diesem Werk gewidmet hat.

Der nicht gefragte Film

„Zum erstenmal seit 70 Jahren Sowjetmacht öffnen die Filmarchive der UdSSR ihre Pforten. Sie gestatten Ausländern einen Einblick und lüften den Vorhang, der einen Teil des weltweiten Filmschaffens verdeckt hatte.“ Diese und ähnliche Phrasen gehen in Frankreich durch die Zeitungen. Hierzulande hat die nimmermüde Werbung, die auch politische Effekte aufgreift, unser Festival als eindeutiges Ergebnis der Perestroika dargestellt und sah in den Filmen von Jewgeni Bauer Werke, die jahrelang in den Archiven hatten schmoren müssen, die der Öffentlichkeit unzugänglich und verboten waren, wie

der „Kommissar“ von Askoldow oder der „Lange Abschied“ von Kira Muratowa, die heute im Sinne der Glasnost „erlaubt“ sind.

Natürlich ist das nicht ganz so. Der staatliche Filmfonds der UdSSR hat weder Bauer noch andere Regisseure, die in den Jahren 1910 und danach gefilmt haben, verboten, sondern sie ganz im Gegensatz dazu in Kinos wie „Illusion“, an Filmhochschulen und in Filmklubs verstärkt propagiert. Natürlich haben sowjetische Filmkenner mehrerer Generationen, angefangen mit Boris Lichatschow (nicht zu verwechseln mit seinem Namensvetter, dem Akademiemitglied Dmitri Lichatschow), Nikolai Jesuitow, Semjon Ginsburg und andere ernst zu nehmende Forscher den dünnen Faden des Studiums weitergezogen. Leider aber, wie das oft vorkam, lasch, widerwillig, mit diesen ewigen Entschuldigungen, wie sie für uns so typisch sind: Also, obwohl das hier noch keine richtige Kunst ist und mehr zu billiger Unterhaltung tendiert, hat es doch einen gewissen Charme, und so weiter und so fort. Ich kann bezeugen, daß ich, die ich viel über Vera Chodnaja, Bauer und Moschuchin geschrieben habe, mich während der Vorführungen in Paris geirrt und geschämt habe.

Weil nämlich in diesem wunderschönen Saal am alten Quai d'Orsay in seiner ganzen Schönheit und Unnachahmlichkeit vor den Zuschauern, unter anderem auch vor uns sowjetischen Zuschauern, keine verbotenen, versteckten, sondern, was vielleicht noch schlimmer ist, nicht gefragte Filme gezeigt wurden. Filme, die wir in erster Linie selbst nicht verlangt haben. Filme auch, die von Ausländern lange nicht angefordert worden sind. Ein Verbot weckt den Wunsch zu öffnen und zu erlauben. Vergessen und Gleichgültigkeit führen wieder nur zu Vergessen und Gleichgültigkeit.

Die russischen Filme der Jahre 1910 und danach, mit ihrem Spiel fließenden Lichts, die so künstlerisch wertvoll, voller Liebe zu den leidenden Menschen, die wirklich humanistisch sind, reich an herausstechenden schauspielerischen Leistungen, die uns erlauben, uns an der „Suche nach der verlorenen Zeit“ zu ergötzen, haben das Schick-

sal vieler ungefragter Malereisammlungen, für immer verlorener Objekte der Materialkultur und literarischer Werke geteilt, die erst heute, fast ein Jahrhundert später, in ihrer Heimat veröffentlicht werden. Dabei handelt es sich um ein Erbstück unseres „silbernen Zeitalters“, auf das wir mit Recht stolz sind.

Wie sollte man dem Musée d'Orsay nicht dankbar sein, das Vorführungen organisiert hat, wie sie in dieser Größenordnung bisher noch nirgendwo zu sehen waren? Höchstens ebenfalls in diesem Herbst und ebenfalls weit von uns entfernt bei den traditionellen 8. Tagen des Stummfilms im italienischen Pordenone, wo das Pariser Programm ebenfalls abgekurbelt wurde. Bei uns aber, in der Heimat von Bauer und Stawitsch, hat nichts dergleichen stattgefunden.

Man verstelle den Lichtregler am Projektor ein ganz klein wenig, und schon fängt eine zauberhafte kleine Neuschöpfung an zu spielen! Die Disponentin des Museums, Frau Aicha Kherroubi, ihre Assistentin Valerie Pozner und die französische Filmkritikerin Marilynne Fellous haben ihre Absicht mit Liebe verwirklicht. Eine atemberaubende Projektion, bei der der Zeitrhythmus der Bewegungen völlig mit dem heute üblichen übereinstimmt und das berichtigte Flimmern der Stummfilmbilder vollständig ausbleibt. Die musikalische Begleitung war einmalig: improvisierende Klavierspieler der Spitzenklasse, in Einzelfällen ein Trio aus Geige, Akkordeon und Balalaika. Bei der Vorführung des „Schwanenliedes“ in dem vorrevolutionären Film „Schweige meine Trauer, Schweige“ erklingen Töne einer echten Romanze, zwei Stimmen, ein Mann und eine Frau, die vor der Leinwand singen. Zum Festival erschien ein handfester Katalog mit einer schönen Auswahl an illustrierendem Material, an dem auch wir, sowjetische Filmhistoriker, lebhaften Anteil hatten. Leider konnte das nicht verhindern, daß sich einige Fehler in die durchaus unvollständige Bibliographie einschlichen und ärgerlicherweise ein Filmnachweis zum Programm fehlt. Filmnachweise wurden den Zuschauern übrigens bei jeder Vorführung angeboten.

Das Musée d'Orsay ist den Einwohnern von Paris wie auch in der übrigen Kulturwelt als Musentempel bekannt. Der ehemalige von Dichtern und Malern besungene Bahnhof dient heute als Repräsentationsort der neueren französischen Kunst von Edouard Manet und den Impressionisten bis zu vielen Werken unserer Tage. Diese Mauern, gläsernen Decken und die verspielte Dekoration passen zum russischen Stummfilm. Die nicht gefragten Werke russischer Filmkünstler haben sich eine würdige und ehrenwerte Nachbarschaft erworben. In der Kultur kommt eben nichts um. Wann aber werden wir uns selbst entdecken, für uns selbst?

PARIS-MOSKAU

In der Salaskin-Straße, in Asuncion...

Die russische Kolonie sieht die „Wremja“-Nachrichtensendung

Ein Team junger sowjetischer Tennisspieler besuchte Paraguay – ein Land, zu dem die UdSSR bis heute nie diplomatische Beziehungen unterhielt und dessen Boden noch nie ein Sowjetbürger betreten hatte.

Meine Vorstellungen von Paraguay waren sehr düftig: die langjährige Stroessner-Diktatur, ein faschistisches Regime, Morde und Folterung politischer Häftlinge, die ärmliche Existenz eines Großteils der Bevölkerung, Asyl-Land für Naziverbrecher, fanatischer Antikommunismus, Korruption und dominierender Einfluß der Rauschgiftmafia. Aus unserer Presse erfuhr ich ferner, daß Stroessner im Februar 1989 von General Andres Rodriguez abgelöst worden war und sich der greise Ex-Diktator ins Exil nach Brasilien begeben hatte.

Der erste Eindruck von Paraguay, den man bei der Ankunft im Lande gewinnt, ist sehr positiv – ein schönes, gepflegtes, reiches Land, das an Florida erinnert: Imposante Luxusvillen liegen an der ganzen Straße vom Flughafen in die Hauptstadt.

Wir, Gäste aus 22 Ländern, die zum Tennis-Weltpokal angereist waren, wurden in einem „Goldenen Käfig“ untergebracht – im etwa 20 Kilometer vom Zentrum Asuncions entfernten Yacht-Club am Paraguay-Fluß, in einem 5-Sterne-Hotel.

Zum Programm des Turniers gehörten Bankette und Empfänge, Pressekonferenzen und Konzerte, es war jedoch kein einziger Ausflug in die Stadt vorgesehen.

Offenbar, weil man bei einem Bummel über Straßen und Plätze von Asuncion auch die Elendshütten, Arbeitslose, die den ganzen Tag auf den Bänken der zahlreichen Parks verbringen, barfußige Kinder, die mit allem schwunghaften Handel treiben (übrigens ist in Paraguay der „Beruf“ des Schmugglers halboffiziell) Arbeiter, die direkt auf dem Bürgersteig hockend essen, buntemaltes Indianer, die den Passanten aufdringlich Schmuck verkaufen wollen und Prostituierte treffen würde... In unmittelbarer Nähe des luxuriösen Präsidentenpalastes liegt in einer vom Hochwasser des Paraguay überfluteten Niederung ein Viertel, das eher an eine Müllhalde erinnert.

In Asuncion gibt es keine Bedürfnisanstalten, was die verblüffende Ungezwungenheit im Verhalten der Einwoh-

ner erklärt, es gibt auch keine Telefonzellen...

Dafür, daß ich einige Male den „Goldenen Käfig“ verlassen und mir die Hauptstadt recht gründlich anschauen konnte, sei unseren Landsleuten, russischen Emigranten, herzlich gedankt. Etwa 200 Familien zählt die russische Kolonie – vor allem Vertreter der dritten Emigrantengeneration. Ihre Vorfahren verließen Rußland in den 20er und 30er Jahren.

In Asuncion kann man mit Hilfe von Parabolantennen (sie gibt es in jeder wohlhabenden Familie, und die meisten russischen Familien sind wohlhabend) um 7 Uhr morgens die Nachrichtensendung „Wremja“ sehen. Doch das eine ist ein Fernseher, etwas ganz anderes aber ein lebendiger Zeitgenosse, der gerade erst aus Moskau kommt. So gut wie alles interessierte die Landsleute: von den Brotpreisen bis zu der Frage, wie das jetzige sowjetische Geld aussieht. Eines meiner Geschenke, ein Schwarzbrot der Sorte „Borodinski“, rief Begeisterung hervor.

Zum ehemaligen Diktator Stroessner hat die russische Kolonie eine positive Einstellung: Er hat sie nie drangsaliert. Überdies war ein vor 4 Jahren gestorbener Emigrant aus Rußland namens Wyssokolian Stroessners engster Berater und Präsident der staatlichen Zentralbank von Paraguay. Einige Minister stammten ebenfalls aus Rußland. Swjatoslaw Kanonnikow ist Millionär, besitzt 60 Schiffe, die einen Großteil des Seeverkehrs Paraguays abwickeln.

1966 mußte eine sowjetische Maschine beim Flug nach Buenos Aires auf dem Flughafen von Asuncion notlanden. Einer

der ersten der vielen Menschen, die zum Flugzeug kamen, war Stroessner. Er begrüßte die Mannschaft und fragte, ob er helfen könne. Diese Episode berichtete mir Olga Dehure, deren Vater eine Zeit lang Dolmetscher beim Präsidenten war. „Er interessierte sich überhaupt wenig für Ideologie, die Hauptsache war für ihn das Geld“, sagte man mir.

Die Menschen in Paraguay sprechen jetzt weniger von Stroessner, sein ehemaliger Palast steht leer... Den jetzigen Präsidenten aber sah ich nicht nur auf den zahlreichen Bildern: Rodriguez kam zur feierlichen Eröffnung der Meisterschaft. Er verspätete sich um 40 Minuten, und alle warteten geduldig auf ihn.

Der Präsident des paraguayischen Tennis-Verbandes ergriff das Wort. Er schloß seine Rede mit einem Hochruf auf Rodriguez, den er den ersten Tennis-Spieler des Landes nannte. Mich erinnerte das sehr an den „besten Freund der sowjetischen Sportler“.

Doch sicher wollen nicht alle, daß sich der „eiserne Vorhang“ zwischen Paraguay und der Sowjetunion hebt. Kurz vor unserer Ankunft wurde in der Presse ein „Konservenskandal“ breitgetreten. In einer Bauernfamilie hatte man einige sowjetische Krabbendosen entdeckt: „Die Sowjets füttern ihre Agenten!“ Doch eine Zeitung rückte die Story ins rechte Licht. Sie schrieb: „Wenn wir arme, analphabetische Bauern, zu denen die sowjetischen Konserven über Argentinien geschmuggelt wurden, als Agenten des Kreml bezeichnen, kann man auch alle Minister als sowjetische Spione ansehen – trinken sie ja jeden Tag russischen Wodka und essen russischen Kaviar.“

...In den 30er Jahren war Paraguay im Krieg gegen Bolivien. In den Reihen der paraguayischen Armee kämpften auch ehemalige russische Offiziere. Neun Militärs, darunter Oberst Sergej Salaskin, der ein Bataillon befehligte, fielen, und im Nationalpantheon im Zentrum von Asuncion soll schon bald eine Tafel mit ihren Namen angebracht werden (die russische Kolonie sammelte das Geld, die Erlaubnis wurde bereits erteilt). Bislang aber tragen nur zwei Straßen in Paraguays Hauptstadt den Namen russischer Bürger: die Salaskin-Straße und die Doktor-Artur-Weiss-Straße...

Andrej
Nowikow



Russisches Emigrantenorchester beim Frühlingsfest

Foto des Autors

Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der
Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre
Probleme beim internationalen
Lufttransport und bei der Gründung von
Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen
Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche
Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklu-
sive Lufttransport und Service in
der UdSSR und im Ausland; Devi-
sen- und Finanzverrechnungen;
Abschluß von Verträgen und Ver-
einbarungen; Werbung für Luft-
transport und Service; technische
Hilfe für sowjetische und ausländi-
sche Organisationen, Firmen und
Einzelpersonen bei Wartung und
Reparatur von Flugtechnik, bei Lie-
ferungen von Ausrüstung und
Material und bei der Ausbildung
von Fachleuten.

***Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen
und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luft-
fahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern
ohne zusätzliche Ausgaben.***

Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969



*Aeroflot offeriert eine neue internationale
Flugroute, die die Sowjetunion und
die VR China miteinander verbindet:*

ALMA-ATA – ÜRÜM

14159 3
UTPAITEL, C
1055 3016 4964

100 000 002
MTZR 11

Flug	Abflug	Ankunft	Wochentag
SU 819	Alma-Ata 09.00	Ürümqi 15.50	Dienstag
SU 820	Ürümqi 17.20	Alma-Ata 14.10	
CA 967	Ürümqi 11.00	Alma-Ata 07.35	Freitag
CA 968	Alma-Ata 09.10	Ürümqi 15.35	

(Ortszeit)

Für Geschäftsleute und Touristen!
AEROFLOT
Soviet airlines



Die TU 154 hilft Ihnen Zeit zu sparen.

Der Komfort und die traditionelle Gastfreundschaft lassen Ihre Reise in die Hauptstadt des sonnigen Kasachstan angenehm, ja unvergeßlich werden.

Das bedeutende kulturelle und industrielle Zentrum Alma-Ata ist durch bequeme Flugrouten mit vielen Städten unseres Landes verbunden.

FLIEGEN SIE DIE NEUE ROUTE!